

# STATISTISCHE MONATSHEFTE RHEINLAND-PFALZ

24. JAHRGANG

M A I 1971

5

INHALT

Seite

Entwicklung des Steueraufkommens 1970	101
Erwerbstätigkeit im April 1970	109
Tiefbauaufträge der öffentlichen Hand 1970	111
Aufwand der Sozialhilfe 1970	115
Struktur der bewohnten Gebäude 1968	117
Ertragslage und Investitionstätigkeit der Handwerkswirtschaft <del>1970</del> <sup>1967</sup>	123
Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz	33*
Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes	39*



HERAUSGEBER  
STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ BAD EMS



# NEUE FÜNFBÄNDIGE GEMEINDESTATISTIK

Gemeindestatistiken werden nur im Anschluß an Volks-, Berufs-, Wohnungs- und Betriebszählungen herausgegeben und behalten somit für rund zehn Jahre ihre Gültigkeit. Die in der Reihe "Statistik von Rheinland-Pfalz" erscheinende neue Gemeindestatistik 1970 bringt rund 350 Strukturdaten für jede Gemeinde des Landes. Der erste Band mit 107 Angaben über Gebäude und Wohnungen nach dem Gebietsstand 7.11.1970 ist soeben erschienen. Außer 356 Tabellenseiten enthält er eine methodische Einführung, ein alphabetisches Verzeichnis der Gemeinden mit Postleitzahl und eine Zusammenstellung der im Zuge der Verwaltungsreform aufgelösten Gemeinden.

Subskription bis Oktober 1971:

## 20% Nachlaß

bei Abnahme aller fünf Bände



Teil I: Gebäude und Wohnungen 1968  
 Teil II: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit 1970  
 Teil III: Arbeitsstätten 1970  
 Teil IV: Landwirtschaft 1971/72  
 Teil V: Weitere Strukturdaten

Band 220, DIN A 4, 400 Seiten, DM 20,—  
 Band 221  
 Band 222 } in Vorbereitung; erscheinen in den nächsten  
 Band 223 } 2 - 3 Jahren.  
 Band 224 }

Gesamtpreis aller 5 Bände etwa DM 80,— (Subskription DM 60,—).

Absender: \_\_\_\_\_

(       ) \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_  
Datum

\_\_\_\_\_  
Stempel und Unterschrift

290/71

**Statistisches Landesamt  
Rheinland - Pfalz**

Abt. Z / Veröffentlichungen

**5427 BAD EMS**

Mainzer Straße 15/16



Ich bestelle hiermit

..... Ex. der fünfbändigen Gemeindestatistik 1970 und erhalte die einzelnen Bände jeweils sofort nach Erscheinen mit dem Subskriptions-Nachlaß von 20 %;

als ersten Band 220 "Gemeindestatistik, Teil I: Gebäude und Wohnungen 1968" zum Subskriptionspreis von DM 16,—

..... Ex. des Bandes 220 "Gemeindestatistik, Teil I: Gebäude und Wohnungen 1968", 400 Seiten, DIN A 4, Karton, Preis DM 20,—



# *Für den eiligen Leser*

## **Steueraufkommen 1970**

Seite 101

Das Steueraufkommen erhöhte sich 1970 um 11,1% auf 7 077 Mill. DM. Die Zunahme war damit etwas niedriger als die Zuwachsrate für das Bruttoinlandsprodukt (14,2%). Das Aufkommen aus den Gemeinschaftsteuern stieg um 13,7%, was ausschließlich auf eine Zunahme der Steuern vom Einkommen um 23,1% zurückzuführen ist, da das Aufkommen aus den Steuern vom Umsatz stagnierte. Bei den Bundessteuern machte die Zuwachsrate auf Grund von Sondereinflüssen 26,3% aus, während die Zunahme des Aufkommens aus Landessteuern um 11,3% der allgemeinen Entwicklung entsprach. Das Aufkommen aus Gemeindesteuern ging um 13,5% zurück, da das Gemeindefinanzreformgesetz vom 8. September 1969 ein „Vorziehen“ der Gewerbesteuererinnahmen durch die Gemeinden im vierten Quartal 1969 auslöste.

## **Erwerbstätigkeit 1970**

Seite 109

Von den im April 1970 gezählten 1,532 Mill. Erwerbspersonen waren 1,508 Mill. erwerbstätig und 24 000 erwerbslos. Die Erwerbsquote erreichte mit 42% einen neuen Tiefstand. Von 100 Erwerbstätigen waren 44 Arbeiter, 26 Angestellte, 13 Selbständige, 11 mithelfende Familienangehörige und 6 Beamte oder Richter. Das produzierende Gewerbe lag unter den Wirtschaftsbereichen mit 44% aller Erwerbstätigen an der Spitze, 26% arbeiteten im Dienstleistungsbereich, 16% im Handel und Verkehr und 14% in der Land- und Forstwirtschaft.

## **Tiefbauaufträge der öffentlichen Hand 1970**

Seite 111

Im Jahre 1970 wurden öffentliche Tiefbauaufträge in Höhe von 723 Mill. DM vergeben, 22% weniger als 1969. 42% der Gesamtsumme entfielen auf Straßenbauten, jeweils knapp ein Fünftel auf Straßenbrückenbauten und wasserwirtschaftliche Tiefbauten, 5% auf Tiefbauten an Bundeswasserstraßen und 15% auf sonstige Tiefbauten. Unter den Bauherren rangierte der Bund mit gut der Hälfte der Auftragssumme an der Spitze, gefolgt von den Gemeinden mit reichlich einem Viertel und dem Land mit knapp einem Zehntel. Gemeindeverbände waren mit 6%, sonstige Bauherren mit 7% beteiligt. Über ein Drittel aller Tiefbauaufträge hatte eine vorgesehene Ausführungszeit von mehr als 12 Monaten.

## **Sozialhilfeaufwand 1970**

Seite 115

Die Ausgaben der Sozialhilfe sind 1970 um 18% auf rund 156 Mill. DM angestiegen und erreichten damit fast den dreifachen Betrag von 1960. Je Einwohner wurden 42 DM ausgegeben.

Ein Drittel des Betrags entfiel auf die Hilfe zum Lebensunterhalt und zwei Drittel kamen auf die Hilfe in besonderen Lebenslagen. Der größte Ausgabeposten war mit 60 Mill. DM die Hilfe zur Pflege. Die Kosten der übrigen Hilfearten, vor allem der Eingliederungshilfe für Behinderte und der Blindenhilfe, sind erheblich gestiegen. Leicht rückläufig blieben die Ausgaben für die Tuberkulosehilfe.



Aus der Zeit nach 1948 stammen 39% der bewohnten Gebäude mit 43% des Wohnungsbestandes. Bei den nichtlandwirtschaftlichen Wohngebäuden waren es 42% der Gebäude mit 46% der Wohnungen und bei Gebäuden mit drei oder mehr Wohnungen sogar 46% mit 55% der Wohnungen. Volle Unterkellerung wiesen von den landwirtschaftlichen Wohngebäuden nur 38% auf, bei den nichtlandwirtschaftlichen mit einer Wohnung betrug der entsprechende Wert 57% und bei denen mit drei und mehr Wohnungen 81%. 98% der Wohngebäude mit 99% der Wohnungen hatten Anschluß an das öffentliche Wassernetz.

**Ertragslage und Investitionen des Handwerks 1967**

Seite 123

Der Materialverbrauch des selbständigen rheinland-pfälzischen Handwerks belief sich 1967 auf insgesamt fast 3,9 Mrd. DM. Bei einem Bruttoproduktionswert von nahezu 7,7 Mrd. DM betrug die durchschnittliche Materialquote 50,4%. Der daraus resultierende Nettoproduktionswert von rund 3,8 Mrd. DM verzeichnete gegenüber 1962 eine überproportionale Steigerung um 45,7% (Bruttoproduktionswert + 37,4%). Die Bruttoanlageinvestitionen stellten sich auf über 260 Mill. DM, was 3,3% des Umsatzes entspricht (1962: 4,4%). Für die Vorratsinvestitionen errechnet sich ein negativer Saldo von 231,7 Mill. DM.

*Kurz und aktuell***Spareinlagen I. Quartal 1971**

Nachdem der Spareinlagenbestand bei den rheinland-pfälzischen Kreditinstituten im Dezember 1970 mit knapp 10,5 Mrd. DM erstmals die 10-Mrd.-DM-Grenze überschritten hatte, war im ersten Vierteljahr 1971 ein weiterer Zuwachs um 296 Mill. DM oder 2,8% auf 10,79 Mrd. DM zu verzeichnen. Dieser Betrag liegt um 12% über dem Vergleichswert des ersten Quartals 1970, in welchem der Einlagenzuwachs 2,0% betragen hatte. Je Einwohner stiegen die durchschnittlichen Spareinlagen um 75 auf 2 918 DM an. Die Sparneigung ist also auch bei der derzeitigen Geldwertentwicklung unvermindert groß.

**Berufsbildende Schulen 1966—1970**

In diesem Zeitraum verringerte sich die Zahl der Schüler an den 78 Berufsschulen um 12 858 oder 10% auf 116 459, während die Anzahl der Schulen nahezu unverändert blieb (1966: 80). An 186 Berufsfachschulen wurden 1970 13 450 Schüler gezählt, was einer Zunahme um 30% gegenüber 1966 entspricht. Nicht ganz + 47% betrug die Steigerungsrate bei den Jungen, um etwa 21% nahm die Zahl der Mädchen zu. Unter 3 521 Schülern der 52 Berufsaufbauschulen waren 277 Mädchen. Demgegenüber betrug ihr Anteil an den rund 9 500 Fachschülern über 50%. Die ersten 24 Fachoberschulen gab es 1969, 33 waren es im Jahr 1970. Ihre Schülerzahl stieg von 606 auf 1 856.



# STATISTISCHE MONATSHEFTE

## RHEINLAND-PFALZ

24. Jahrgang

Heft 5

Mai 1971

### Entwicklung des Steueraufkommens 1970

#### 1. Neuordnung der Steuerverteilung

Zum 1. Januar 1970 trat das als Finanzreformgesetz bezeichnete 21. Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes vom 12. Mai 1969 in Kraft, das eine einschneidende Neuordnung in der Verteilung der Steuern von Bund, Ländern und Kommunen bewirkte. Am bedeutendsten war dabei wohl, daß der bisherige „kleine Steuerverbund“, in den lediglich die Einkommen- und Körperschaftsteuer eingebracht wurde, durch den sogenannten „großen Steuerverbund“ abgelöst wurde, bei dem die Einnahmen aus den Steuern vom Umsatz in die Verbundmasse mit einbezogen werden. Hinzu kommt, daß die Gemeinden an dieser vergrößerten Verbundmasse beteiligt werden. Bisher floß den Ländern und dem Bund gemäß Art. 106 Abs. 3 bis 5 GG eine bestimmte Quote des Aufkommens der Einkommen- und Körperschaftsteuer zu, wobei das Beteiligungsverhältnis jeweils den Änderungen des Verhältnisses zwischen den Einnahmen und Ausgaben beim Bund einerseits und den Ländern andererseits angepaßt werden sollte. Zum letztenmal wurden die Anteile für das Jahr 1969 durch das Dritte Gesetz über das Beteiligungsverhältnis an der Einkommen- und Körperschaftsteuer vom 3. März 1969 neu festgelegt, und zwar auf 35% für den Bund und 65% für die Länder. Die Aufschlüsselung der nunmehr in den großen Steuerverbund eingehenden Finanzmasse erfolgt dagegen zum Teil nach konstanten, das heißt im Grundgesetz verankerten Quoten, zum Teil nach variablen Quoten, die durch einfaches Gesetz festgesetzt werden.

Das Aufkommen an Einkommen- und Körperschaftsteuer steht nach dem neuen Art. 106 Abs. 3 GG nunmehr Bund und Ländern je zur Hälfte zu. Die im Grundgesetz bereits vorgesehene Beteiligung der Gemeinden an der Einkommensteuer wurde im einzelnen durch das Gemeindefinanzreformgesetz vom 8. September 1969 geregelt. Danach erhalten die Gemeinden 14% des Aufkommens an der Lohnsteuer und der veranlagten Einkommensteuer, die je zur Hälfte von den dem Bund und den Ländern zustehenden Steuerbeträgen abgezweigt werden. Auszugehen ist dabei von den Steuerbeträgen, die von den Steuerbehörden im Gebiet eines Landes vereinnahmt werden, bei der Lohnsteuer nach der Zerlegung gemäß § 5 des Zerlegungsgesetzes vom 25. Februar 1971. Die weitere Aufteilung des gesamten Gemeindeanteils an der Einkommensteuer auf die einzelnen Gemeinden erfolgt nach einem Schlüssel, dem die im Rahmen der Lohn- und Einkommensteuerstatistik 1968 ermittelten Lohn- und Einkommensteuerbeträge zugrunde liegen, die auf die zu versteuernden Einkommen bis zu 8 000 DM jährlich, in den Fällen des § 32 a Abs. 2 bis 4 EStG bis zu 16 000 DM jährlich entfallen.

Diese Verbreiterung der Steuerbasis der Gemeinden auf der einen Seite ging jedoch konform mit einer entsprechenden Schmälerung auf der anderen Seite, indem nämlich die im Art. 106 Abs. 6 GG eingeräumte Mög-

lichkeit, Bund und Länder am Aufkommen der den Gemeinden zustehenden Gewerbesteuer zu beteiligen, durch § 6 des Gemeindefinanzreformgesetzes konkretisiert wurde. Die Umlage wird dabei in der Weise berechnet, daß das Istaufkommen aus der Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital im Erhebungsjahr durch den von der Gemeinde für dieses Jahr festgesetzten Hebesatz der Steuer dividiert und mit 120 multipliziert wird. Dieser Berechnungsmodus erklärt sich daraus, daß eine 40%ige Umlage beabsichtigt ist, der jedoch nicht das tatsächliche Aufkommen, sondern das sich bei einem zuvor ermittelten bundesdurchschnittlichen Hebesatz von 300% ergebende fiktive Aufkommen zugrunde gelegt wird. Für Gemeinden, die sich genötigt sehen, ihren Betrieben einen höheren Hebesatz aufzuerlegen, liegt der Umlagesatz deshalb — gemessen am tatsächlichen Aufkommen — unter 40%, während Gemeinden, die es sich leisten können, mit geringeren Hebesätzen zu arbeiten, entsprechend mit einer relativ höheren Umlage belastet werden.

Die Aufteilung der Einnahmen aus der Umsatzsteuer wurde im Grundgesetz selbst nicht näher geregelt. Man begnügte sich vielmehr damit, bestimmte Grundsätze festzulegen, wahren alle Einzelheiten einfachen Bundesgesetzen vorbehalten bleiben, die der Zustimmung des Bundesrates bedürfen. Dadurch wird es möglich, über eine Änderung des Aufteilungsschlüssels für die Umsatzsteuer Verschiebungen in der Relation zwischen Einnahmen und Ausgaben bei Bund und Ländern zu korrigieren, so daß eine größere Flexibilität in der finanziellen Anpassung an gewandelte Verhältnisse erreicht wird. Auf Artikel 106 Abs. 3 GG fußend, wurden in § 1 des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern vom 28. August 1969 die Bund und Ländern zustehenden Anteile an der Umsatzsteuer zunächst nur für die Jahre 1970 und 1971 auf 70 und 30% festgelegt. Für die Aufteilung des Länderanteils auf die einzelnen Bundesländer wurde ein differenzierter Schlüssel eingeführt: 75% des gesamten Länderanteils werden auf die einzelnen Länder nach der Zahl ihrer Einwohner verteilt. Für die Verteilung der restlichen 25% wird zwischen „finanzschwachen“ Ländern, deren Einnahmen aus der Einkommen- und Körperschaftsteuer, der Gewerbesteuerumlage und den wichtigsten Landessteuern — je Einwohner gerechnet — unter dem Länderdurchschnitt bleiben, und „finanzstarken“ Ländern, bei denen der entsprechende Pro-Kopf-Betrag über dem Länderdurchschnitt liegt, unterschieden. Die ersteren erhalten aus den verbleibenden 25% des gesamten Länderanteils Ergänzungsanteile, durch die die Pro-Kopf-Einnahmen aus den genannten Steuern bis auf 92% des Länderdurchschnitts angehoben werden sollen. Ergibt sich allerdings bei der Aufschlüsselung des restlichen Länderanteils nach der Zahl der Einwohner ein höherer Betrag, so ist dieser anzusetzen. Sofern die Ergänzungsanteile mehr als ein Viertel des Gesamtanteils eines Landes an der Umsatz-



steuer ausmachen, sind sie auf den Mindestbetrag, der durch den Bevölkerungsanteil des Landes bestimmt wird, herabzusetzen. Die finanzstarken Länder partizipieren an dem restlichen Anteil an der Umsatzsteuer entsprechend ihrem Bevölkerungsanteil. Wenn danach jedoch die Pro-Kopf-Einnahmen eines dieser Länder aus den genannten Steuern und der Umsatzsteuer unter dem Länderdurchschnitt bleiben, ist der Anteil dieses Landes an der Umsatzsteuer um diesen Differenzbetrag zu erhöhen und die Beteiligung der finanzschwachen Länder in gleichem Umfang zu vermindern. Die Zahlung der sich nach diesem Berechnungsmodus für die einzelnen Länder ergebenden Anteile an dem den Ländern insgesamt zustehenden Umsatzsteueraufkommen, die für das jeweils laufende Jahr zunächst an Hand vorläufiger Bemessungsgrundlagen ermittelt werden müssen, wird in der Weise realisiert, daß die Ablieferung des Bundesanteils an der durch die Landesfinanzbehörden verwalteten Umsatzsteuer um die zwischen den Ländern zu berechnenden Beträge erhöht oder vermindert wird. Bei der Festlegung der an den Bund abzuliefernden Quoten sind darüber hinaus gemäß § 14 Abs. 1 des Finanzausgleichsgesetzes die nach der vorläufigen Bemessung im Finanzausgleich unter den Ländern zu verrechnenden Ausgleichsbeiträge und Ausgleichszuweisungen mit zu veranschlagen. Auf die Feststellung dieser Beträge soll hier nicht näher eingegangen werden, da die im Länderfinanzausgleich geleisteten Zahlungen nicht Gegenstand der vorliegenden Darstellung sind.

Im Vergleich zu den vorstehenden Neuerungen war die Erweiterung des Katalogs der Bundessteuern um die Kapitalverkehrsteuern, die Versicherungssteuer und die Wechselsteuer, die bisher den Ländern zugestanden hatten, weniger gravierend, da die Erträge aus diesen Steuern relativ gering sind. Von größerer Bedeutung waren dagegen die Bestimmungen, die auf die konsequente Verteilung der Erträge aus der Einkommen- und Körperschaftsteuer nach dem örtlichen Aufkommen abzielten. Ansatzpunkt hierfür bildete Artikel 107 Abs. 1 GG, der vorsieht, daß für Körperschaftsteuer und Lohnsteuer die Abgrenzung sowie Art und Umfang der Zerlegung des örtlichen Aufkommens durch Bundesgesetz im einzelnen zu regeln sind. Das auf dieser Grundgesetzbestimmung fußende Gesetz zur Änderung des Zerlegungsgesetzes vom 17. Dezember 1970 bewirkte, daß der allgemeine Grundsatz, nach dem die Landessteuern und der Länderanteil an der Einkommen- und Körperschaftsteuer den Ländern insoweit zustehen, als die Steuern in ihrem Gebiet vereinnahmt werden, für die Körperschaftsteuer und die Lohnsteuer in der Weise abgewandelt wurde, daß die Körperschaftsteuer den Ländern zufließen soll, in denen die Betriebsstätten der Körperschaften ihren Sitz haben, während die Lohnsteuer von den Ländern vereinnahmt werden soll, in denen die Lohnsteuerpflichtigen wohnen. Für die Einkommensteuer erübrigte sich eine derartige Vorschrift, da die Einkommensteuerpflichtigen ja schon von den für ihren Wohnort zuständigen Finanzämtern veranlagt werden. Bei der Körperschaftsteuer sind die Steuerbeträge der Körperschaften, deren Einkommen mehr als 3 Mill. DM und deren Einkünfte aus Gewerbebetrieb ebenfalls mehr als 3 Mill. DM im Jahr betragen und die Betriebsstätten in mehreren Ländern unterhalten, auf die beteiligten Länder nach den für die Gewerbesteuerzerlegung geltenden Bestimmungen aufzuschlüsseln. Zerlegungsmaßstab sind danach bei den Versicherungs-, Bank- und Kreditunternehmen die Betriebseinnahmen, bei allen übrigen Unternehmen mit Ausnahme der Wareneinzelhandelsunternehmen die Summe der Arbeitslöhne und bei den Wareneinzelhandelsunternehmen je zur Hälfte die Betriebseinnahmen und Summe der Arbeitslöhne. Bei den kleineren und

mittleren Körperschaften, deren Einkommen und Einkünfte aus Gewerbebetrieb unter den festgelegten Schwellenwerten bleiben, wird der Einfachheit halber auf eine Zerlegung verzichtet. Für die Zerlegung der Lohnsteuereinnahmen ließ sich ein entsprechender Schlüssel aus den Ausgangsdaten für die Lohnsteuerstatistik bilden. Da in der Lohnsteuerstatistik die Lohnsteuerpflichtigen regional bereits nach ihrem Wohnort zugeordnet werden, konnte hier durch einen zusätzlichen Aufbereitungsgang festgestellt werden, in welchen Fällen der Lohnsteuerpflichtige in einem außerhalb des jeweiligen Landes gelegenen Betrieb gearbeitet hat und die Lohnsteuer daher nicht von einem Finanzamt des Landes, in dem der Lohnsteuerpflichtige wohnt, einbehalten worden ist. Setzt man die einem Land von den Lohnsteuerpflichtigen mit Wohnsitz in einem anderen Land zugeflossenen Lohnsteuerbeträge in Beziehung zu den Lohnsteuereinnahmen des Landes insgesamt, so erhält man die für die Zerlegung anzuwendenden Schlüsselzahlen. Da Lohnsteuerstatistiken nur im Abstand von drei Jahren durchgeführt werden, müssen die Schlüsselzahlen für einen entsprechenden Zeitraum konstant gehalten werden; der Lohnsteuerzerlegung 1970 lagen die Ergebnisse der Lohnsteuerzerlegungsstatistik für 1968 zugrunde.

## 2. Steueraufkommen nach Steuerarten

Das Gesamtaufkommen aus den Gemeinschaftsteuern, den Bundes-, Landes- und Gemeindesteuern erhöhte sich 1970 um 11,1% auf 7 077 Mill. DM. Diese Zunahme entspricht etwa der Wachstumsrate für das Bruttoinlandsprodukt, die 14,2% betrug. Da durch die progressiv steigenden Steuersätze bei der Einkommensteuer, zum Teil aber auch bei anderen Steuern (zum Beispiel der Körperschaftsteuer und der Gewerbesteuer nach dem Ertrag) von den steigenden Einnahmen und Erträgen ein wachsender Anteil im Wege der Besteuerung abgeschöpft wird und das Steueraufkommen deshalb ceteris paribus stärker zunimmt als das Bruttoinlandsprodukt, hätte man an sich für 1970 ein höheres Steueraufkommen erwarten können. So hatte 1969 die Wachstumsrate für das Steueraufkommen mit 21,6% noch ganz erheblich über der Zunahme des Bruttoinlandsprodukts von 12,5% gelegen. Wie nachstehend noch näher gezeigt werden soll, ist die ceteris-paribus-Annahme im vorliegenden Fall aber eine schlechte Hypothese, da eine ganze Reihe von Umständen — Änderungen der Steuer- und Finanzgesetze, Variation des Steuereinzugs, unterschiedliche Entwicklung der verschiedenen Besteuerungsgrundlagen und anderes mehr — eine enge Korrelation zwischen Bruttoinlandsprodukt und Steueraufkommen vereiteln. Im Bundesgebiet, in dem das Verhältnis zwischen den Wachstumsraten für das Steueraufkommen und das Bruttoinlandsprodukt 1969 noch ähnlich gewesen war wie in Rheinland-Pfalz (11,8% zu 22,1%), sackte die Zunahme des Steueraufkommens 1970 sogar auf nur 3,8% ab, obwohl sich für das Bruttoinlandsprodukt ein Anstieg ergab, der mit 12,8% nicht viel niedriger war als in Rheinland-Pfalz (14,2%).

Dem Anstieg des gesamten Steueraufkommens um 11,1% liegt im einzelnen eine recht differenzierte Entwicklung zugrunde. Das Aufkommen aus den Gemeinschaftsteuern, auf die mit 66,9% etwa zwei Drittel des gesamten Steueraufkommens ent-



Das Steueraufkommen nach Steuerarten und seine Verteilung auf die Gebietskörperschaften 1966 - 1970

Steuerart <sup>1)</sup>	1966	1967	1968	1969	1970	1967	1968	1969	1970
	1 000 DM					Veränderung zum Vorjahr in %			
Steueraufkommen nach Steuerarten									
<u>Gemeinschaftssteuern</u>	3 136 482	3 134 732	3 370 370	4 161 789	4 733 681	- 0,1	7,5	23,5	13,7
Steuern vom Einkommen	1 921 743	1 953 761	2 146 856	2 478 715	3 050 572	1,7	9,9	15,5	23,7
Lohnsteuer	824 617	850 593	959 370	1 154 135	1 726 909	3,2	12,8	20,3	49,6
Veranlagte Einkommensteuer	723 065	716 019	751 821	803 781	755 089	- 1,0	5,0	6,9	- 6,1
Kapitalertragsteuer	66 885	74 293	86 078	89 247	101 730	11,1	15,9	3,7	14,0
Körperschaftsteuer	307 176	312 856	349 587	431 552	466 844	1,8	11,7	23,4	8,2
Steuern vom Umsatz	1 214 739	1 180 971	1 223 514	1 683 074	1 683 109	- 2,8	3,6	37,6	0,0
Umsatzsteuer	1 214 739	1 180 971	954 190	1 309 240	1 255 856	- 2,8	- 19,2	37,2	- 4,1
Einfuhrumsatzsteuer	-	-	269 324	373 834	427 253	-	-	38,8	14,3
<u>Bundessteuern</u>	746 540	693 592	693 841	828 338	1 046 265	- 7,1	0,0	19,4	26,3
Straßengüterverkehrsteuer	-	-	-	21 659	24 310	-	-	-	12,2
Kapitalverkehrsteuern	11 195	6 390	11 000	27 181	15 170	- 42,9	72,1	147,1	- 44,2
Versicherungsteuer	4 723	4 949	5 252	5 787	6 090	4,8	6,1	10,2	5,2
Wechselsteuer	6 946	6 403	7 003	7 681	9 169	- 7,8	9,4	9,7	19,4
Zölle und Verbrauchsteuern									
(ohne Biersteuer)	697 870	650 342	639 950	730 890	950 004	- 6,8	- 1,6	14,2	30,0
Zölle	167 843	137 349	97 542	122 107	129 280	- 18,2	- 29,0	25,2	5,9
Tabaksteuer	111 899	67 761	77 692	79 060	95 094	- 39,4	14,7	1,8	20,3
Kaffeesteuer	45 089	51 738	54 605	69 655	62 346	14,7	5,5	27,6	- 10,5
Zuckersteuer	6 274	5 839	7 314	7 158	7 663	- 6,9	25,3	- 2,1	7,1
Branntweinmonopol	203 988	204 104	230 252	262 637	277 200	0,1	12,8	14,1	5,5
Schaumweinsteuer	85 790	97 912	92 646	94 652	95 837	14,1	- 5,4	2,2	1,3
Zündwarensteuer	533	493	559	567	911	- 7,5	13,4	1,4	60,7
Leuchtmittelsteuer	597	557	747	1 068	1 606	- 6,7	34,1	43,0	50,4
Mineralölsteuer	75 582	84 461	78 337	93 636	280 047	11,7	- 7,3	19,5	199,1
Sonstige Verbrauchsteuern	275	128	256	350	20	- 53,5	100,0	36,7	- 94,3
Ergänzungsabgabe zur Einkommen- und Körperschaftsteuer	-	-	27 377	34 779	41 382	-	-	27,0	19,0
Sonstige Bundessteuern	25 806	25 508	3 259	361	140	- 1,2	- 87,2	- 88,9	- 61,2
<u>Landessteuern</u>	345 600	377 090	390 047	415 319	462 353	9,1	3,4	6,5	11,3
Vermögensteuer	75 682	92 418	89 529	93 116	117 606	22,1	- 3,1	4,0	26,3
Erbschaftsteuer	8 169	12 136	9 172	11 498	16 146	48,6	- 24,4	25,4	40,4
Kraftfahrzeugsteuer	175 020	183 251	199 505	214 243	232 693	4,7	8,9	7,4	8,6
Rennwett- und Lotteriesteuer	22 072	24 194	25 530	25 086	25 104	9,6	5,5	- 1,7	0,1
Feuerschutzsteuer	4 265	4 110	3 741	3 875	4 588	- 3,6	- 9,0	3,6	18,4
Biersteuer	60 398	60 981	62 570	67 501	66 375	1,0	2,6	7,9	- 1,7
Sonstige Landessteuern	- 6	-	-	-	- 159	.	-	-	-
<u>Gemeindesteuern</u>	738 407	738 692	784 657	964 257	834 412	0,0	6,2	22,9	- 13,5
Grundsteuer A	38 840	38 818	38 164	38 741	38 089	- 0,1	- 1,7	1,5	- 1,7
Grundsteuer B	94 409	99 640	105 879	111 283	115 869	5,5	6,3	5,1	4,1
Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital <sup>2)</sup>	513 783	510 721	541 976	698 510	550 333	- 0,6	6,1	28,9	- 21,2
Lohnsummensteuer	36 695	36 093	38 565	42 521	50 654	- 1,6	6,8	10,3	19,1
Grunderwerbsteuer	41 409	40 181	46 581	59 230	65 250	- 3,0	15,9	27,2	10,2
Sonstige Gemeindesteuern	13 271	13 239	13 492	13 972	14 217	- 0,2	1,9	3,6	1,8
<b>In s g e s a m t</b>	<b>4 967 029</b>	<b>4 944 106</b>	<b>5 238 915</b>	<b>6 369 703</b>	<b>7 076 711</b>	<b>- 0,5</b>	<b>6,0</b>	<b>21,6</b>	<b>11,1</b>
Steuerverteilung									
<u>Steuereinnahmen des Bundes</u>	2 687 903	2 579 718	2 688 440	3 338 313	3 686 055	- 4,0	4,2	24,2	10,4
Bundesanteil an den Steuern vom Einkommen	749 488	722 897	794 340	867 550	1 351 547	- 3,5	9,9	9,2	55,8
vom Umsatz <sup>3)</sup>	1 214 739	1 180 971	1 223 514	1 683 074	1 178 175	- 2,8	3,6	37,6	- 30,0
Bundesanteil an der Gewerbesteuerumlage	-	-	-	-	110 068	-	-	-	.
<u>Steuereinnahmen des Landes</u>	1 540 719	1 625 696	1 765 818	2 067 133	2 658 050	5,5	8,6	17,1	28,6
Landesanteil an den Steuern vom Einkommen	1 172 255	1 230 864	1 352 516	1 611 165	1 351 547	5,0	9,9	19,1	- 16,1
vom Umsatz <sup>3)</sup>	-	-	-	-	734 081	-	-	-	.
Landesanteil an der Gewerbesteuerumlage	-	-	-	-	110 068	-	-	-	.
<u>Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände</u>	738 407	738 692	784 657	964 257	919 855	0,0	6,2	22,9	- 4,6
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	-	-	-	-	305 599	-	-	-	.
Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital nach Abzug der Gewerbesteuerumlage	-	-	-	-	330 177	-	-	-	.

1) Gliederung der Steuern gemäß der seit 1970 gültigen Zuordnung. - 2) Nach Berücksichtigung der Gewerbesteuerausgleichszuschüsse.  
3) Bis 1969 Bundessteuern.



fallen, erhöhte sich um 13,7% auf 4 734 Mill. DM. Dieser Anstieg beruht ausschließlich auf einer Zunahme der Steuern vom Einkommen um 23,1% auf 3 051 Mill. DM, während das Aufkommen der Steuern vom Umsatz bei 1 683 Mill. DM stagnierte. Bei den Steuern vom Einkommen war auf der einen Seite eine außergewöhnliche Zuwachsrate von 49,2% für die Lohnsteuer zu verzeichnen, auf der anderen Seite jedoch ein Rückgang des Aufkommens an veranlagter Einkommensteuer um 6,1%. Der Vergleich zwischen dem Lohnsteueraufkommen des Landes für 1969 und 1970 wird allerdings dadurch gestört, daß auf Grund der Finanzreform die Lohnsteuer erstmals für 1970 den Ländern zufließt, in denen die Lohnsteuerpflichtigen ihren Wohnsitz haben. Die sich darauf gründende Lohnsteuerzerlegung führte zu einer Erhöhung des Aufkommens um 189 Mill. DM, da die Zahl der in Rheinland-Pfalz wohnenden Auspendler, die in Betrieben außerhalb des Landes arbeiten und deren Lohnsteuer daher von den Finanzämtern eines anderen Bundeslandes einbehalten wird, erheblich größer ist als die entsprechende Zahl von Einpendlern. In dem Lohnsteueraufkommen für 1970 sind jedoch nur die Einnahmen aus der Lohnsteuerzerlegung für die ersten drei Quartale des Jahres enthalten; gemessen an dem für diesen Zeitraum verbuchten Gesamtaufkommen (einschließlich Lohnsteuerzerlegung) machen sie immerhin 15% aus. Setzt man die Einnahmen aus der Lohnsteuerzerlegung von dem Lohnsteueraufkommen ab, so ergibt sich ein Betrag von 1 538 Mill. DM, der immer noch um 33,3% über dem Aufkommen von 1969 liegt, während im Bundesgebiet insgesamt ein Zuwachs von 29,7% erreicht wurde. Dieses Heraufschneiden des Lohnsteueraufkommens ist in erster Linie durch die starke Anhebung der Löhne und Gehälter bedingt; so erhöhten sich die durchschnittlichen Bruttowochenlöhne der Industriearbeit von 1969 auf 1970 um 15%, die durchschnittlichen Bruttomonatsgehälter der Angestellten in der Industrie um 13% und im Dienstleistungsbereich (Handel, Banken und Versicherung) um 11%. Hinzu kam, daß der Beschäftigtenstand in der Industrie 1970 um 5% höher war als 1969. Ein Vergleich dieser Zuwachsraten mit der sehr viel stärkeren Erhöhung des Lohnsteueraufkommens zeigt, in welchem Umfang die Löhne und Gehälter in die Progression des Einkommensteuertarifs hineingewachsen sein müssen, um eine derartige Zunahme des Lohnsteueraufkommens zu bewirken. Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß das Zweite Vermögensbildungsgesetz das Lohnsteueraufkommen mindernde zusätzliche Vergünstigungen brachte, da der Höchstbetrag an vermögenswirksamen Leistungen, die nicht in das lohnsteuerpflichtige Einkommen einzu beziehen sind, für das Jahr 1970 von bisher 312 auf 624 DM heraufgesetzt worden war. Das Lohnsteueraufkommen wird aber insofern zu hoch ausgewiesen, als die zuviel gezahlten Lohnsteuerbeträge, die an nach § 46 EStG zur Einkommensteuer veranlagte Steuerpflichtige auf Grund der Einkommensteuerveranlagung erstattet werden, nicht bei der Lohnsteuer, sondern bei der Einkommensteuer verbucht werden. Diese Buchungstechnik

hat eine „unechte“ Minderung des Einkommensteuereinkommens zur Folge. Da mit steigendem Einkommen eine immer größere Zahl von Lohnsteuerpflichtigen über die Veranlagungsgrenze von 24 000 DM hinausgewächst, erhalten diese Erstattungsbeträge ein zunehmendes Gewicht, so daß das Lohn- und Einkommensteueraufkommen immer weniger bestimmten Gruppen von Einkommensbeziehern eindeutig zugeordnet werden kann.

Für den Rückgang des Einkommensteueraufkommens dürften daneben vor allem zwei Momente eine Rolle gespielt haben. Zum einen wurden die Gewinne in der gewerblichen Wirtschaft durch steigende Kosten nicht unerheblich eingeeengt, nachdem die Entwicklung 1969 noch sehr günstig verlaufen war. So erhöhten sich 1969 in der verarbeitenden Industrie des Landes die Löhne und Gehälter und der Umsatz je Beschäftigten etwa gleich stark um 9%; 1970 übertraf jedoch die Zuwachsrate für die Lohn- und Gehaltssumme je Beschäftigten (+ 16%) die Zunahme des Umsatzes je Beschäftigten (+ 9%) ganz beträchtlich. Im Bundesgebiet war das Bild etwa das gleiche. Die verschlechterte Gewinnsituation veranlaßte eine Reihe von Unternehmen eine Herabsetzung der Vorauszahlungen auf die Einkommensteuer zu beantragen. Hinzu kam, daß 1969 eine Sonderanpassung der Vorauszahlungen an die durch den anhaltenden Konjunkturaufschwung wachsenden Erträge der Unternehmen angeordnet worden war, womit aber gleichzeitig für 1970 größere Nachzahlungen entfielen. Im Gegensatz zu der Verminderung des Einkommensteueraufkommens, die im Bundesgebiet mit — 5,8% übrigens etwa gleich groß war wie in Rheinland-Pfalz (— 6,1%), nahm das Aufkommen aus der Kapitalertragsteuer wegen der erhöhten Zins- und Dividendenzahlungen um 14% auf 102 Mill. DM zu; im Bundesgebiet war die Zuwachsrate mit 17,8% noch höher.

Bei der Körperschaftsteuer vermittelt die nachgewiesene Zuwachsrate von 8,2% insofern ein falsches Bild, als in dem Aufkommen 1970 die Einnahmen aus der Körperschaftsteuerzerlegung für die ersten drei Quartale des Jahres mitenthalten sind. Ebenso wie bei der Lohnsteuer profitiert Rheinland-Pfalz auch von der durch die Finanzreform neu eingeführten Körperschaftsteuerzerlegung, da die Zahl und das Produktionspotential der Betriebe, die von Unternehmen mit Sitz in anderen Bundesländern in Rheinland-Pfalz unterhalten werden, erheblich größer ist als Zahl und Produktionspotential der in den anderen Bundesländern bestehenden Zweigniederlassungen rheinlandpfälzischer Unternehmen. Die in dem Körperschaftsteueraufkommen enthaltenen Einnahmen aus der Körperschaftsteuerzerlegung, die sich wie bei der Lohnsteuerzerlegung auf die ersten drei Quartale des Jahres beziehen, betrugen 83 Mill. DM und machen damit 25% des für die ersten neun Monate verbuchten Gesamtaufkommens aus der Körperschaftsteuer (einschließlich Körperschaftsteuerzerlegung) aus. Vermindert man das Aufkommen aus der Körperschaftsteuer 1970 um die Einnahmen aus der Körperschaftsteuerzerlegung, so ergibt sich auch hier gegenüber 1969 ein Rückgang, der mit



— 11,0% (Bundesgebiet — 20%) noch größer war als bei der Einkommensteuer.

Die Steuern vom Umsatz hielten sich mit 1 683 Mill. DM 1970 auf der gleichen Höhe wie 1969. Dabei war für die Umsatzsteuer sogar ein Rückgang der Einnahmen um 4,1% auf 1 256 Mill. DM zu verzeichnen, während sich das Aufkommen aus der Einfuhrumsatzsteuer um 14,3% auf 427 Mill. DM erhöhte. Im gesamten Bundesgebiet war die Entwicklung insofern etwas günstiger, als hier das Aufkommen aus der Umsatzsteuer noch um 1,4% zunahm, so daß sich bei einem gleichzeitigen Anstieg der Einnahmen aus der Einfuhrumsatzsteuer um 9,9% für die Steuern vom Umsatz insgesamt eine Zuwachsrate von 3,8% ergab. Von der Umsatzentwicklung selbst her gesehen wären an sich weit höhere Erträge aus der Umsatzsteuer zu erwarten gewesen; so erhöhten sich die Nettoumsätze (ohne Mehrwertsteuer) der Industrie und des Bauhauptgewerbes 1970 um 14,2 und 16,4%, die Bruttoumsätze (einschließlich Mehrwertsteuer) des Einzelhandels sowie des Gaststätten- und Beherbergungsgewerbes um 11,7 und 10,5%. Die aus den steigenden Umsätzen resultierenden Mehreinnahmen wurden jedoch durch den Wegfall der Einnahmen aus der Sonderumsatzsteuer kompensiert, die bis Oktober 1969 auf Grund des Gesetzes über Maßnahmen zur außenwirtschaftlichen Absicherung erhoben worden waren und mit der Aufwertung der D-Mark entfielen. Das Absicherungsgesetz, das im November 1968 in Kraft getreten war und die Ergebnisse für dieses Jahr nicht mehr wesentlich beeinflussen konnte, hatte dazu geführt, daß die Erträge aus der Umsatzsteuer 1969 mit + 37,2% weit stärker anstiegen, als es der Umsatzentwicklung entsprach. Allerdings hatten noch andere Faktoren zu dieser hohen Zuwachsrate beigetragen, so, daß die Minderung der Umsatzsteuer durch die 1968 mit dem Übergang zum Mehrwertsteuersystem eingeräumte Entlastung der Altvorräte auslief.

Das Aufkommen aus Bundessteuern, das im gesamten Bundesgebiet nur um 5,8% zunahm, erhöhte sich in Rheinland-Pfalz um 26,3% auf 1 046 Mill. DM. Diese von der allgemeinen Entwicklung abweichende Zuwachsrate ist ausschließlich dadurch bedingt, daß die Einnahmen aus der Mineralölsteuer in Rheinland-Pfalz durch Inbetriebnahme einer neuen großen Raffinerie von 94 auf 280 Mill. DM anstiegen. Die Mineralölsteuer ist damit auch in Rheinland-Pfalz die ertragreichste Bundessteuer, wenn ihr Anteil an den Zöllen und Verbrauchsteuern mit 29% auch bei weitem nach nicht so groß ist wie im Bundesgebiet (46%). Hohe Erträge bringen von den übrigen Verbrauchsteuern noch das Branntweinmonopol (277 Mill. DM), die Schaumweinsteuer (96 Mill. DM), die Tabaksteuer (95 Mill. DM) und die Kaffeesteuer (62 Mill. DM). Zusammen mit den Zöllen (129 Mill. DM) stellen die Verbrauchsteuern 91% des Aufkommens aus den Bundessteuern. Mit Ausnahme der Ergänzungsabgabe zur Einkommen- und Körperschaftsteuer kommt den übrigen Bundessteuern, gemessen an ihren Erträgen, nur eine geringe Bedeutung zu. Das Aufkommen aus der Ergänzungsabgabe zur

Einkommen- und Körperschaftsteuer, das 1969 bereits um 27% zugenommen hatte, stieg 1970 nochmals um 19% (Bundesgebiet 16,5%) auf 41 Mill. DM. Diese hohen Zuwachsraten entstehen dadurch, daß eine zunehmende Zahl von Einkommensteuerpflichtigen zur Ergänzungsabgabe herangezogen wird, da ihre Einkommen die für die Besteuerung maßgeblichen Grenzwerte von 16 020 DM bzw. 32 040 DM bei nach § 32 a Abs. 2 oder 3 EStG veranlagten Steuerpflichtigen überschritten haben. Bezüglich der Entwicklung der übrigen Bundessteuern ist noch anzumerken, daß der Zeitvergleich für die Einnahmen aus den Kapitalverkehrsteuern insofern gestört ist, als 1969 nicht unbedeutende Nachzahlungen zu leisten waren, nachdem durch ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts klar gestellt worden war, daß die GmbH & Co. KG der Gesellschaftsteuer unterliegen. Dies führte 1969 zu einem Anstieg des Aufkommens aus den Kapitalverkehrsteuern um 147,1%, dem dann 1970 ein Rückgang um 44,2% auf ein normales Niveau folgte.

Das Aufkommen aus den Landessteuern erhöhte sich 1970 um 11,3% (Bundesgebiet 10,3%) auf 462 Mill. DM, von denen etwa die Hälfte allein auf die Kraftfahrzeugsteuer, die ergiebigste Landessteuer, entfiel. Die Einnahmen aus der Kraftfahrzeugsteuer stiegen, der Ausweitung des Kraftfahrzeugbestandes entsprechend, um 8,6% (Bundesgebiet 9,2%) auf 233 Mill. DM. Erheblich höhere Erträge ergaben sich auch für die Vermögensteuer, für die ein Zuwachs von 26,3% (Bundesgebiet 17,0%) auf 118 Mill. DM zu verzeichnen war. Die Einnahmen aus der Biersteuer waren mit 66 Mill. DM um 1,7% (Bundesgebiet 0,4%) geringer als 1969, obwohl der Bierausstoß noch um 2,7% zunahm; diese Divergenz erklärt sich daraus, daß das Aufkommen 1969 auf Grund von Mehreinnahmen, die sich aus einer Änderung der Zahlungsfristen ergaben, überhöht war. Das Aufkommen aus den übrigen Landessteuern ist vergleichsweise gering; es belief sich 1970 für die Rennwett- und Lotteriesteuer auf 25 Mill. DM, für die Erbschaftsteuer auf 16 Mill. DM und für die Feuerschutzsteuer auf nicht ganz 5 Mill. DM.

Das Aufkommen aus den Gemeindesteuern blieb 1970 mit 834 Mill. DM um 13,5% hinter dem Ergebnis für 1969 zurück, was darauf zurückzuführen ist, daß die Einnahmen aus der Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital mit 550 Mill. DM um 21,2% geringer waren als 1969, ein Verlauf, der in ganz ähnlicher Form im gesamten Bundesgebiet zu beobachten war, wo die Gemeindesteuern insgesamt um 16,7% und die Einnahmen aus der Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital um 24,5% abnahmen. Der Rückgang erklärt sich daraus, daß auf Grund des Gemeindefinanzreformgesetzes vom 8. September 1969 Bund und Länder mit Beginn des Jahres 1970 durch eine Umlage am Istaufkommen an der Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital beteiligt wurden. Das hatte zur Folge, daß die Gemeinden den Einzug der Gewerbesteuer im letzten Quartal 1969 besonders intensiv betrieben. Das „Vorziehen“ der Gewerbesteuererinnahmen mußte sich 1970 dann in einem entsprechend geringerem Aufkommen



auswirken. Der Betrag, um den die Gewerbesteuer-einnahmen 1969 überhöht sind, läßt sich natürlich sehr schwer schätzen. Geht man von der relativ realistischen Annahme aus, daß bei normaler Entwicklung im vierten Vierteljahr etwa die gleichen Zuwachsraten Platz gegriffen haben dürften wie in den vorangegangenen drei Quartalen des Jahres, so sind die Mehreinnahmen aus dem forcierten Einzug der Gewerbesteuer auf etwa 100 Mill. DM zu veranschlagen. Wird dieser Betrag vom Aufkommen für 1969 abgesetzt und dem Aufkommen für 1970 zugeschlagen, so vermindert sich die Zuwachsrate für 1969 von 28,9 auf 10,4%, während sich für 1970 anstelle eines Rückgangs von 21,2% ein Anstieg von 8,7% ergibt. Bei der Grundsteuer hielten sich die Veränderungen im Rahmen der bisherigen Entwicklung. Das Aufkommen aus der von dem land- und forstwirtschaftlichen Vermögen erhobenen Grundsteuer A verminderte sich weiter geringfügig um 1,7% (Bundesgebiet — 0,5%) auf 38 Mill. DM. Für die Grundsteuer B, mit der das Grundvermögen und die Betriebsgrundstücke belastet sind, war durch den aus der Bautätigkeit resultierenden Wertzuwachs eine Zunahme von 4,1% (Bundesgebiet 4,4%) auf 116 Mill. DM zu verzeichnen. Außergewöhnlich hoch waren dagegen die Mehreinnahmen aus der Lohnsummensteuer; mit 51 Mill. DM war das Aufkommen um 19,1% größer als 1969 (Bundesgebiet 18,8%). Die in Rheinland-Pfalz den kreisfreien Städten und Landkreisen zufließende Grunderwerbsteuer erbrachte 65 Mill. DM, 10,2% mehr als im Jahr zuvor.

### 3. Steuerkraft nach Steuerarten

Recht aufschlußreich ist ein Vergleich des Steuer-aufkommens je Einwohner in Rheinland-Pfalz und im Bundesgebiet, der für die einzelnen Steuerarten Anhaltspunkte über die Steuerkraft gibt, so wie sie sich auf Grund der bestehenden gesetzlichen Regelung darstellt. Differenzen gegenüber den Werten für das gesamte Bundesgebiet können dabei zunächst durch Unterschiede in den steuerlichen Bemessungsgrundlagen bedingt sein. Eine ganze Reihe anderer Faktoren, die zu weiteren Abweichungen oder zu einer Annäherung der Steuerkraftzahlen beitragen können, kommt jedoch hinzu, wie die nach der Höhe der Bemessungsgrundlage variierte Tarifgestaltung, die Festlegung des Steuerschuldners, die Abgrenzung des Steuergegenstandes im einzelnen, der Katalog von Steuerbefreiungen und das für die Steuer gewählte Einzugsverfahren. Es wäre deshalb falsch, wenn man jeweils Parallelen zwischen der Steuerkraft und den ökonomischen Größen, auf denen die jeweilige Steuer basiert, ziehen wollte. Daß die Steuerkraft eines Landes nicht mit seiner Wirtschaftskraft gleichgesetzt werden kann, soll noch unter Heranziehung der Ergebnisse aus den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen weiter unten in Abschnitt 5 gezeigt werden.

Insgesamt machte das Pro-Kopf-Aufkommen aus den Gemeinschaftsteuern sowie den Bundes-, Landes- und Gemeindesteuern in Rheinland-Pfalz mit 1 928 DM 77% des entsprechenden Betrages für das Bundesgebiet (2 493 DM) aus. Gegenüber

dem Jahr zuvor, in dem es noch bei 72% des Bundesdurchschnitts lag, ist damit eine merkbare Verbesserung eingetreten. Dieser Verschiebung liegt eine in der Richtung einheitliche, im Umfang allerdings unterschiedliche Entwicklung bei allen Gruppen von Steuerarten zugrunde. Bei den Gemeinschaftsteuern erreichte das Pro-Kopf-Aufkommen 1970 mit 1 298 DM 79% des Bundesdurchschnitts (1969: 74%). Die einschneidendsten Veränderungen haben sich hier bei der Lohnsteuer und der Körperschaftsteuer durch die Zerlegung der Steuereinnahmen nach dem örtlichen Aufkommen ergeben; bei der Lohnsteuer stieg das Pro-Kopf-Aufkommen von 71 auf 82% des Bundesdurchschnitts und bei der Körperschaftsteuer von 66 auf 89%, so daß das Pro-Kopf-Einkommen aus den Steuern vom Einkommen insgesamt 82% des Bundesdurchschnitts erreichte (1969: 73%). Bei den Steuern vom Umsatz war das Pro-Kopf-Aufkommen jedoch gemessen am Bundesdurchschnitt leicht rückläufig: die Meßzahl sank hier von 76 auf 74%.

Das Pro-Kopf-Aufkommen aus den Bundessteuern liegt mit einem Betrag von 285 DM von allen Steuergruppen am stärksten unter dem Bundesdurchschnitt (64%). Ausschlaggebend ist dafür, daß aus den beiden ergiebigsten Steuerarten dieser Gruppe, der Mineralölsteuer und der Tabaksteuer, in Rheinland-Pfalz nur ein relativ geringes Aufkommen erzielt wird, da die Unternehmen der Mineralölverarbeitung — trotz einiger großer neuer Anlagen — und ebenso die Tabakindustrie in Rheinland-Pfalz nur schwach vertreten sind; das Pro-Kopf-Aufkommen machte deshalb bei diesen beiden Steuerarten nur 41% und 24% des Bundesdurchschnitts aus. Insbesondere durch die Erhöhung der Einnahmen aus der Mineralölsteuer hat sich jedoch der Abstand des Pro-Kopf-Aufkommens aus den Bundessteuern gegenüber dem Bundesdurchschnitt nicht unbeträchtlich vermindert; 1969 war das Pro-Kopf-Aufkommen bei einer Meßzahl von 53% nur etwas mehr als halb so groß wie im Bundesgebiet gewesen. Eine recht große Bedeutung besitzen dagegen in der Produktionsstruktur des Landes die Sektkellereien und die Spirituosenindustrie, so daß die Pro-Kopf-Einnahmen aus der Schaumweinsteuer und dem Branntweinmonopol 685 bzw. 207% des Bundesdurchschnitts erreichten. Auch die Kaffee verarbeitende Industrie besitzt auf Grund eines größeren Betriebes in Rheinland-Pfalz ein gewisses Gewicht; die Pro-Kopf-Einnahmen entsprechen daher hier etwa dem Bundesdurchschnitt.

Auch bei den Landessteuern, deren Pro-Kopf-Aufkommen mit 126 DM bei 81% des Bundesdurchschnitts liegt, ist die Ergiebigkeit der einzelnen Steuerarten im Vergleich zum Bundesgebiet recht unterschiedlich. Erheblich unter dem Bundesdurchschnitt bleibt vor allem das Pro-Kopf-Aufkommen aus der Vermögensteuer (68%) und der Erbschaftsteuer (52%), was gewisse Rückschlüsse auf die in Rheinland-Pfalz relativ geringe Anzahl mittlerer und größerer Vermögen erlaubt, obwohl die Zahl wegen der Fluktuation der Einnahmen aus diesen beiden Steuern nur Anhaltspunkte geben können. Dagegen ist das Pro-Kopf-Aufkommen aus



der Kraftfahrzeugsteuer etwa genauso groß wie im Bundesgebiet, was mit den Angaben über die Kraftfahrzeugdichte in Übereinstimmung steht; auf ein Kraftfahrzeug kommen in Rheinland-Pfalz im Durchschnitt 3,6, im Bundesgebiet 3,7 Personen. Auch das Pro-Kopf-Aufkommen aus der Biersteuer kommt sehr nahe an den Bundesdurchschnitt heran (94%). Anders als bei den übrigen Gruppen von Steuerarten hat sich die auf den Landessteuern beruhende Steuerkraft im letzten Jahr nur wenig dem Bundesdurchschnitt genähert: das Pro-Kopf-Aufkommen erhöhte sich lediglich von 80 auf 81%.

Das Pro-Kopf-Aufkommen aus den Gemeindesteuern machte mit einem Betrag von 227 DM gemessen am Bundesdurchschnitt 89% (1969: 85%) aus. Wenn man die Verhältnisse im gesamten Bundesgebiet als Vergleichsmaßstab anlegt, ist damit die Steuerkraft aus den Gemeindesteuern relativ höher als bei den anderen Gruppen von Steuerarten. Dazu trägt unter anderem bei, daß die Grunderwerbsteuer in Rheinland-Pfalz den kreisfreien Städten und Landkreisen zufließt und den Gemeindesteuern zugerechnet wird, während in den übrigen Ländern die kreisfreien Städte und Landkreise nur einen Zuschlag zur Grunderwerbsteuer erheben, die Einnahmen aus der Grunderwerbsteuer selbst aber den Ländern zustehen. Faßt man die Einnahmen aus der Grunderwerbsteuer und aus dem Zuschlag zur Grunderwerbsteuer zusammen, so ist das Pro-Kopf-Aufkommen im Bundesdurchschnitt mit 17,20 DM etwa genauso groß wie in Rheinland-Pfalz mit 17,77 DM; der Zuschlag zur Grunderwerbsteuer beläuft sich dagegen im Bundesdurchschnitt nur auf 9,61 DM. Von den Realsteuern liegen nur die Pro-Kopf-Einnahmen aus der Grundsteuer A über dem Bundesdurchschnitt (Meßzahl 142%), darunter dagegen die Pro-Kopf-Einnahmen aus der Grundsteuer B (Meßzahl 86%), aus der Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (Meßzahl 86%) und aus der Lohnsummensteuer (Meßzahl 61%). Die relativ sehr niedrigen Einnahmen aus der Lohnsummensteuer in Rheinland-Pfalz sind auf den ersten Blick insofern überraschend, als der Bevölkerungsanteil der Gemeinden, die Lohnsummensteuer erheben, mit 45% größer ist als im Bundesgebiet mit 32% (nach den Ergebnissen für 1969, da die Angaben aus dem Realsteuervergleich noch nicht verfügbar sind). Allerdings war der gewogene durchschnittliche Hebesatz in Rheinland-Pfalz mit 473% sehr viel geringer als im Bundesgebiet (779%).

#### 4. Steuereinnahmen der Gebietskörperschaften

Die Steuereinnahmen der Gebietskörperschaften betrugen 1970 insgesamt 7 264 Mill. DM und lagen damit um 187 Mill. DM über dem gesamten Steueraufkommen. Die Differenz ist zum größeren Teil durch die Aufteilung des gesamten Länderanteils an den Steuern vom Umsatz auf die einzelnen Länder bedingt (s. Abschnitt 1). Der dafür maßgebliche Verteilungsschlüssel hat zur Folge, daß die Einnahmen des Landes aus den Steuern vom Umsatz den Länderanteil von 30% um 229 Mill. DM übersteigen, so daß die gesamten Einnahmen des

Steueraufkommen je Einwohner nach Steuerarten in Rheinland-Pfalz und im Bundesgebiet 1970

Steuerart <sup>1)</sup>	Bundes- gebiet	Rheinland-Pfalz	
	DM je Einwohner		Bundes- gebiet = 100
<u>Gemeinschaftssteuern</u>	1 633, 30	1 289, 38	78, 9
Steuern vom Einkommen	1 010, 29	830, 93	82, 2
Lohnsteuer	573, 35	470, 38	82, 0
Veranlagte Einkommensteuer	261, 48	205, 68	78, 7
Kapitalertragsteuer	33, 02	27, 71	83, 9
Körperschaftsteuer	142, 44	127, 16	89, 3
Steuern vom Umsatz	623, 01	458, 45	73, 6
Umsatzsteuer	437, 79	342, 08	78, 1
Einfuhrumsatzsteuer	185, 22	116, 37	62, 8
<u>Bundessteuern</u>	447, 67	284, 99	63, 7
Straßengüterverkehrsteuer	7, 17	6, 62	92, 3
Kapitalverkehrsteuer	6, 11	4, 13	67, 6
Versicherungssteuer	10, 08	1, 66	16, 5
Wechselsteuer	3, 80	2, 50	65, 8
Zölle und Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	404, 96	258, 77	63, 9
Zölle	46, 91	35, 21	75, 1
Tabaksteuer	106, 81	25, 90	24, 2
Kaffeesteuer	17, 28	16, 98	98, 3
Zuckersteuer	2, 04	2, 09	102, 5
Branntweinmonopol	36, 41	75, 51	207, 4
Schaumweinsteuer	3, 81	26, 10	685, 0
Zündwarensteuer	0, 43	0, 25	58, 1
Leuchtmittelsteuer	1, 70	0, 44	25, 9
Mineralölsteuer	188, 12	76, 28	40, 5
Sonstige Verbrauchsteuern	1, 44	0, 01	0, 7
Ergänzungsabgabe zur Einkommen- und Körperschaftsteuer	15, 49	11, 27	72, 8
Sonstige Bundessteuern	0, 05	0, 04	80, 0
<u>Landessteuern</u>	155, 75	125, 94	80, 9
Vermögensteuer	47, 01	32, 03	68, 1
Erbschaftsteuer	8, 55	4, 40	51, 5
Kraftfahrzeugsteuer	62, 59	63, 38	101, 3
Rennwett- und Lotteriesteuer	9, 25	6, 84	73, 9
Feuerschutzsteuer	1, 57	1, 25	79, 6
Biersteuer	19, 19	18, 08	94, 2
Grunderwerbsteuer	7, 59	- 0, 04	.
Sonstige Landessteuern	-	-	.
<u>Gemeindesteuern</u>	256, 22	227, 28	88, 7
Grundsteuer A	7, 29	10, 37	142, 2
Grundsteuer B	36, 56	31, 56	86, 3
Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital <sup>2)</sup>	175, 30	149, 90	85, 5
Lohnsummensteuer	22, 70	13, 80	60, 8
Grunderwerbsteuer	9, 61	17, 77	184, 9
Sonstige Gemeindesteuern	4, 75	3, 87	81, 5
Insgesamt	2 492, 93	1 927, 59	77, 3

1) Gliederung der Steuern gemäß der seit 1970 gültigen Zuordnung. -  
2) Nach Berücksichtigung der Gewerbesteuerausgleichszuschüsse.

Bundes und Landes aus den Steuern vom Umsatz um diesen Betrag über dem gesamten Aufkommen in Rheinland-Pfalz liegen. Diesem Mehrbetrag steht jedoch ein Minderbetrag von 42 Mill. DM gegenüber, der sich aus dem Verfahren der Verrechnung und Überweisung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer ergibt. Die Ermittlung und Überweisung des Anteils der einzelnen Gemeinden an der Einkommensteuer und ebenso der Gewerbesteuerumlage erfolgt nämlich vierteljährlich auf Grund des Aufkommens im jeweils vorangegangenen Quartal, wobei für das letzte Vierteljahr, ausgehend von den Ergebnissen für das dritte Quartal, eine Abschlagszahlung erfolgt. Bund und Länder verbuchen aber monatlich nur den ihnen zustehenden Anteil an der Lohn- und der veranlagten Einkommensteuer von jeweils 43% als Einnahmen. Der für die Gemeinden von dem Aufkommen an Lohn- und veranlagter Einkommen-



steuer abgesetzte Betrag von 347 Mill. DM war so 1970 um 42 Mill. DM höher als der von den Gemeinden vereinnahmte Gemeindeanteil an der Einkommensteuer von 305 Mill. DM. Bei der Gewerbesteuerumlage können sich Abweichungen dieser Art deshalb nicht ergeben, weil von dem vierteljährlichen Istaufkommen an Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital die für das vorangegangene Vierteljahr berechnete und unmittelbar zu überweisende Gewerbesteuerumlage abgesetzt wird. Die entsprechenden Einnahmen des Bundes und Landes aus der Gewerbesteuerumlage können hier nur dann geringer sein, wenn keine rechtzeitige Überweisung durch die Gemeinden erfolgt. Für das Jahr 1970 ergab sich hieraus eine Differenz von rund 20 000 DM. Da aber auch die Gewerbesteuerumlage in der endgültigen Abrechnung ein Vierteljahr nachhinkt, muß die sich nach dem Istaufkommen eines Jahres ergebende Gewerbesteuerumlage natürlich von den für dieses Jahr festgesetzten Umlagezahlungen abweichen; 1970 lag die Gewerbesteuerumlage nach der Schlußabrechnung mit 229 Mill. DM um 9 Mill. DM über den von den Gemeinden in diesem Jahr zu leistenden Betrag.

Von den Steuereinnahmen der Gebietskörperschaften in Höhe von 7 264 Mill. DM entfielen 3 686 Mill. DM (50,7%) auf den Bund, 2 658 Mill. DM (36,6%) auf das Land und 920 Mill. DM (12,7%) auf die Gemeinden und Gemeindeverbände. Gegenüber 1969 erhöhten sich damit die Steuereinnahmen des Bundes aus dem rheinland-pfälzischen Aufkommen um 10,4% und die des Landes um 28,6%, während für die Gemeinden und Gemeindeverbände ein Rückgang von 4,6% eintrat. Diese Änderungen wurden wesentlich durch die Neuordnung der Steuerverteilung beeinflusst, so daß es interessant ist zu sehen, wie hoch die Steuereinnahmen gewesen wären, wenn die bisherige Form der Steuerverteilung beibehalten worden wäre (s. Abschnitt 1). Die Steuereinnahmen des Bundes aus dem rheinland-pfälzischen Aufkommen wären danach um 12,8% auf 3 767 Mill. DM und die des Landes um 19,8% auf 2 476 Mill. DM gestiegen, während sich die Einnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände um 13,5% auf 834 Mill. DM vermindert hätten. Die Neuverteilung ging also insoweit zu Lasten des Bundes, dessen Steuereinnahmen aus dem rheinland-pfälzischen Aufkommen um 81 Mill. DM (2,2%) geringer waren als bei der bisherigen Regelung, während das Land, die Gemeinden und Gemeindeverbände Mehreinnahmen in Höhe von 182 Mill. DM (7,4%) und 85 Mill. DM (10,2%) verzeichnen konnten. Für das gesamte Bundesgebiet sieht diese Vergleichsrechnung allerdings etwas anders aus: Hier liegen die Steuereinnahmen des Bundes um 2 335 Mill. DM (2,7%) und die Steuereinnahmen der Länder um 459 Mill. DM (0,9%) unter den Beträgen, die Bund und Länder bei der alten Steuerverteilung verbucht hätten; den Gemeinden und Gemeindeverbänden flossen dagegen auf Grund der Finanzreform um 2 561 Mill. DM (16,3%) höhere Beträge zu.

Trotz der durch die Finanzreform bewirkten Verbesserungen bleiben die Steuereinnahmen des Lan-

des gemessen an der Einwohnerzahl noch erheblich unter dem Bundesdurchschnitt, so daß im Rahmen des Finanzausgleichs beträchtliche Ausgleichsleistungen erforderlich sind, wenn die Finanzkraft der Länder ausgeglichen und die Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse im Bundesgebiet gewahrt werden soll (Art. 107 Abs. 2 und Art. 106 Abs. 3 Nr. 2 GG). Während im Bundesdurchschnitt die Pro-Kopf-Einnahmen der Länder aus Steuern 1970 bei 825 DM lagen, machte dieser Betrag in Rheinland-Pfalz nur 724 DM aus und erreichte damit erst 88% des Bundesdurchschnitts; 1969 hatte diese Meßzahl allerdings noch bei 74% gelegen. Etwas verschlechtert hat sich dagegen im Vergleich zum Bundesgebiet die Situation bei den rheinland-pfälzischen Gemeinden und Gemeindeverbänden, deren Pro-Kopf-Einnahmen aus Steuern von 85,1% des Bundesdurchschnitts im Jahre 1969 auf 84,1% im Jahre 1970 sanken. Der Rückgang war zwar nur geringfügig, hält nun aber schon das zweite Jahr an. Für 1968 war noch eine Meßzahl von 87,8% zu verzeichnen.

### 5. Steueraufkommen und Wirtschaftsentwicklung

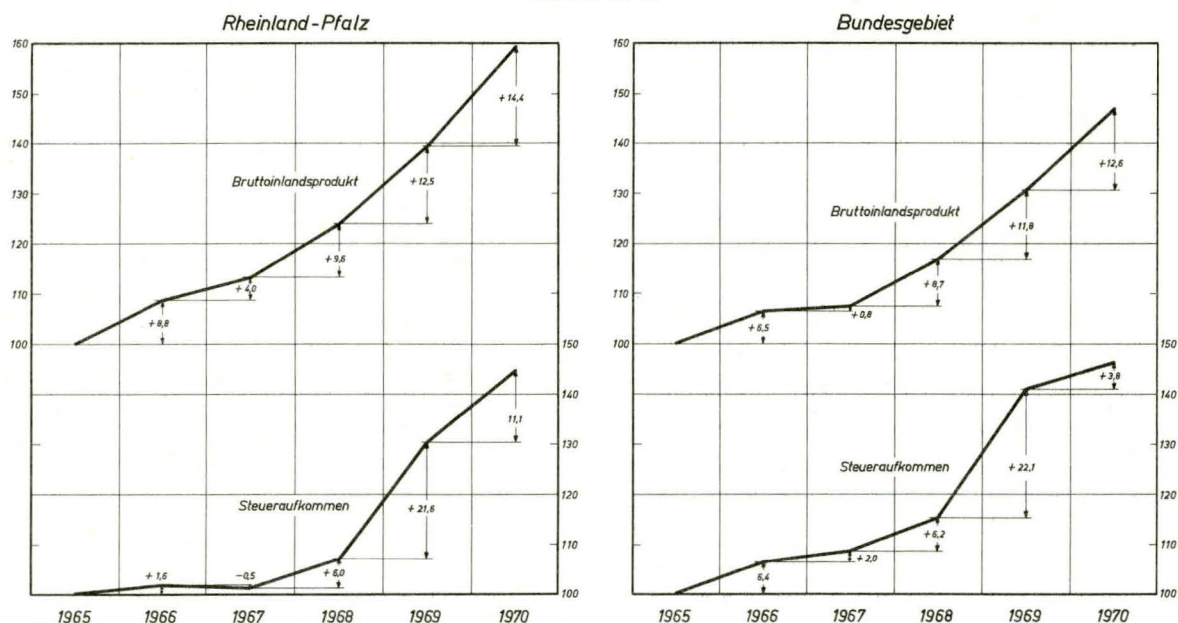
Um die steuerliche Belastung der Wirtschaft und ihre Veränderungen zu erkennen, ist ein Vergleich zwischen der Entwicklung des Steueraufkommens und des wirtschaftlichen Wachstums erforderlich. Die besten Ausgangsgrößen wären hierfür das Volkseinkommen (Nettosozialprodukt zu Faktorkosten) oder das Bruttosozialprodukt; da Angaben hierüber für das letzte Jahr für Rheinland-Pfalz noch nicht verfügbar sind, soll das Bruttoinlandsprodukt, das den Geldwert aller innerhalb der Grenzen des jeweiligen Gebiets erzeugten Güter und Dienstleistungen darstellt, als Maßstab dienen. Wie die Angaben für die letzten zehn Jahre zeigen, weichen die jährlichen Zuwachsraten für das Steueraufkommen und das Bruttoinlandsprodukt in Rheinland-Pfalz erheblich voneinander ab, während sie im Bundesgebiet in den meisten Jahren mit Ausnahme von 1969 und 1970 sehr viel näher beieinander liegen, da hier Änderungen in der regionalen Erfassung der Steuern als ein Moment, das die Entwicklung des Steueraufkommens unabhängig von der wirtschaftlichen Entwicklung beeinflussen kann, ausscheiden, und weil sich außerdem regionale Sonderentwicklungen in einem größeren Wirtschaftsgebiet besser ausgleichen. Der zusätzliche Anfall an Mineralölsteuer durch die Inbetriebnahme einer neuen Raffinerie, durch den sich das Steueraufkommen in jedem Fall sehr viel stärker erhöht als das Bruttoinlandsprodukt, wird sich zum Beispiel in dem betreffenden Land — vor allem, wenn es klein ist — sehr viel stärker auswirken als im Bundesgebiet.

Sehr viel enger liegen die Veränderungsraten aber auch in Rheinland-Pfalz beieinander, wenn man einen längeren Zeitraum betrachtet. So erhöhte sich das Steueraufkommen in Rheinland-Pfalz von 1960 bis 1970 um 154%, das Sozialprodukt um 150%. In den letzten fünf Jahren war jedoch überraschenderweise der Anstieg des Steueraufkommens mit 44,7% geringer als die Zunahme des Bruttoinlandsprodukts, obwohl bei steigendem



## Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und des Steueraufkommens in Rheinland-Pfalz und im Bundesgebiet 1966-1970

Meßzahlen: 1965 = 100



52/71

STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ H

Einkommen insbesondere auf Grund des progressiven Einkommensteuertarifs überproportional zunehmende Steuererträge zu erwarten sind. Im Bundesgebiet war die Erhöhung des Steueraufkommens und des Bruttoinlandsprodukts in den letzten fünf Jahren etwa gleich hoch (46,1 gegenüber 47,0%), während bei einem Vergleich der letzten zehn Jahre der Gesamtzuwachs für das Steueraufkommen die Zunahme des Bruttoinlandsprodukts übertrifft (129,1 gegenüber 124,4%).

Wie diese Daten zeigen, hat sich der Anteil des Steueraufkommens am Bruttoinlandsprodukt, von jährlichen Schwankungen einmal abgesehen, langfristig kaum verändert. Auffällig ist nur, daß diese sogenannte volkswirtschaftliche Steuerquote

in Rheinland-Pfalz in den letzten zehn Jahren ständig geringer war als im gesamten Bundesgebiet (1970: 19,8 gegenüber 22,5%). Die Gründe dafür sind mannigfaltig und wurden zum Teil bereits bei der Darstellung des Steueraufkommens und der Steuerkraft nach Steuerarten erwähnt. Es ist jedoch klar, daß das Land, seine Gemeinden und Gemeindeverbände bei der Finanzierung der öffentlichen Aufgaben mit einem erheblichen Handicap belastet sind, wenn das Steueraufkommen relativ, das heißt im Vergleich zu anderen Ländern, hinter seiner Wirtschaftskraft zurückbleibt, zumal der Umfang der öffentlichen Aufgaben mit der Höhe des Bruttoinlandsprodukts steigt.

Dr. K. Nold

## Erwerbstätigkeit im April 1970

### 1. Beteiligung am Erwerbsleben

Nach den Ergebnissen des Mikrozensus waren Ende April 1970 von den 3,647 Mill. in Rheinland-Pfalz lebenden Menschen 1,532 Mill. Erwerbspersonen. Der weitaus größte Teil von diesen, nämlich 1,508 Mill., gehörte zu der Gruppe der Erwerbstätigen, also zu jenen Personen, die in irgendeiner Form am Erwerbsleben aktiv teilnahmen, ohne Rücksicht auf die Bedeutung der Arbeit für den Lebensunterhalt und ungeachtet dessen, ob die Tätigkeit regelmäßige oder nur gelegentlich aus-

geübt wurde. 24 000 Menschen, das sind 1,6% aller Erwerbspersonen, waren Erwerbslose.

Im Vergleich zum Vorjahr verringerte sich, trotz einer Zunahme der Wohnbevölkerung um 23 000, die Zahl der Erwerbspersonen um 39 000. Die Erwerbsquote, das heißt der prozentuale Anteil der im Erwerbsleben stehenden Personen an der gesamten Wohnbevölkerung, sank daher von 43% im April 1969 auf 42% im Berichtsjahr und erreichte damit den bisher tiefsten Stand seit Bestehen des Landes. Im Jahre 1950 hatte die



Erwerbsquote gut 49%, im Jahre 1961 noch 47% betragen. Die Belastungsquote dagegen, das ist die auf 100 Erwerbspersonen entfallende Zahl der Nichterwerbspersonen, stieg auf 138 an und übertraf das Ergebnis des Jahres 1961 um 28 Personen, das des Jahres 1950 sogar um 36 Personen.

## 2. Geschlecht

Eine geschlechtsspezifische Betrachtung zeigt erwartungsgemäß, daß die Erwerbsbeteiligung der Frauen zum einen bedeutend geringer ist als die der Männer — 56% der männlichen, jedoch nur 29% der weiblichen Bevölkerung nahmen im April 1970 am Erwerbsleben teil —, zum andern die weibliche Arbeitskraft aus dem heutigen Wirtschaftsleben jedoch nicht mehr wegzudenken ist. Die große Bedeutung, die die berufstätige Frau in der modernen Volkswirtschaft gewonnen hat, zeigt sich in der Tatsache, daß am Erhebungsstichtag gut jede dritte (37%) Erwerbsperson weiblichen Geschlechts war und damit mindestens jeder dritte Arbeitsplatz von einer Frau eingenommen wurde.

Wohnbevölkerung nach Altersgruppen, Geschlecht und Beteiligung am Erwerbsleben im April 1970

Altersgruppe	Ins- gesamt	Männer	Frauen		
			zu- sammen	ver- heiratet	nicht ver- heiratet
Wohnbevölkerung <sup>1)</sup> (1 000)					
unter 15 Jahre	901	466	435	-	435
15 - 20 "	267	140	127	5	121
20 - 25 "	185	85	100	56	44
25 - 30 "	197	93	104	89	14
30 - 35 "	287	144	143	130	13
35 - 40 "	231	119	112	100	11
40 - 45 "	243	123	120	106	14
45 - 50 "	237	98	139	111	28
50 - 55 "	163	66	96	71	26
55 - 60 "	209	89	120	75	45
60 - 65 "	228	99	130	72	57
65 Jahre und älter	501	198	303	101	202
Insgesamt	3 647	1 719	1 928	915	1 013
Erwerbspersonen <sup>1)</sup> (1 000)					
unter 15 Jahre	.	.	.	-	.
15 - 20 "	161	87	74	.	72
20 - 25 "	139	72	67	28	40
25 - 30 "	135	89	46	33	13
30 - 35 "	200	141	59	48	11
35 - 40 "	165	117	48	39	9
40 - 45 "	173	121	53	41	12
45 - 50 "	159	92	67	46	21
50 - 55 "	102	61	41	25	16
55 - 60 "	122	77	45	26	19
60 - 65 "	103	69	34	17	17
65 Jahre und älter	69	42	27	11	17
Insgesamt	1 532	969	563	316	247
Erwerbsquoten <sup>2)</sup> (%)					
unter 15 Jahre	.	.	.	-	.
15 - 20 "	60	62	58	.	60
20 - 25 "	75	85	67	50	91
25 - 30 "	69	96	44	37	93
30 - 35 "	70	98	41	37	85
35 - 40 "	71	98	43	39	82
40 - 45 "	71	98	44	39	86
45 - 50 "	67	94	48	41	75
50 - 55 "	63	92	43	35	62
55 - 60 "	58	87	38	35	42
60 - 65 "	45	70	26	24	30
65 Jahre und älter	14	21	9	11	8
Insgesamt	42	56	29	35	24

1) Ohne Soldaten. - 2)  $\frac{\text{Erwerbspersonen}}{\text{Wohnbevölkerung}} \cdot 100$ .

Der Grad der Erwerbsbeteiligung ist bei den Frauen nicht nur, wie bei den Männern der Fall, nach dem Alter abgestuft, sondern zeigt zudem wegen der besonderen sozialen Stellung der Frau starke Unterschiede nach dem Familienstand. Erreichte im Berichtsjahr die Erwerbsquote aller über 15jährigen Männer 77%, so betrug die Quote der gleichaltrigen nichtverheirateten Frauen 43%, die der verheirateten Frauen dagegen nur 35%. Die Erwerbsquote der nichtverheirateten über 15jährigen Frauen hatte während der 60er Jahre eine stärkere Abnahme zu verzeichnen als die der Männer gleichen Alters. Sie sank von 1961 bis 1970 um 10 Prozentpunkte auf 43%, während die Quote der Männer im selben Zeitraum von 83% auf 77%, also lediglich um 6 Prozentpunkte, abnahm. Ein Grund für diese Entwicklung dürfte der zunehmende Besuch der Mädchen von weiterbildenden Schulen und Hochschulen sein. Interessant ist die Tatsache, daß die Erwerbsquote der verheirateten Frauen während des gesamten Zeitraumes nur äußerst geringen Veränderungen unterlag.

## 3. Alter

Auch bei einer altersspezifischen Untersuchung der Erwerbsbeteiligung empfiehlt sich für die Frauen eine Differenzierung nach dem Familienstand. In allen Altersgruppen der über 15jährigen Frauen, mit Ausnahme der über 65jährigen, wiesen die nichtverheirateten Frauen eine größere Erwerbsquote auf als die verheirateten. 60% der nichtverheirateten 15- bis 20jährigen standen im Erwerbsleben; in der Altersgruppe der 20- bis 25jährigen Frauen sprang dieser Anteil auf 91%, erreichte in der darauffolgenden Fünfjahresgruppe mit 93% seinen Höchstwert, um danach leicht, später stärker abzusinken. Die verheirateten Frauen dagegen erreichten bereits mit 20 bis 25 Jahren, also in einem Alter, in dem viele von ihnen erst seit kurzer Zeit verheiratet und noch kinderlos sind, mit 50% ihre größte Erwerbsbeteiligung. In den beiden folgenden Altersgruppen müssen viele Ehefrauen infolge hausfraulicher Aufgaben, insbesondere Betreuung der Kinder, ihre berufliche Tätigkeit einschränken, was sich an der Abnahme der Erwerbsquote auf 37% zeigt. Nach dem 35. Lebensjahr kehren viele in das Berufsleben zurück und bewirken dadurch ein erneutes Ansteigen der Erwerbsquote bis auf 41% bei den 45- bis 50jährigen.

Die Erwerbsquote der Männer betrug bei den 15- bis 20jährigen 62%, stieg in den beiden folgenden Altersgruppen auf 85 bzw. 96%, um sodann in der Gruppe der 30- bis 35jährigen mit 98% das Maximum zu erreichen. Dieses hohe Niveau wurde bis zu den 40- bis 45jährigen gehalten, fiel danach jedoch zunächst leicht (auf 94% bei den 45- bis 50jährigen und 92% bei den 50- bis 55jährigen), sodann stärker (auf 87% bei den 55- bis 60jährigen und 70% bei den 60- bis 65jährigen) zurück. Von den über 65jährigen Männern standen immerhin noch 21% im Erwerbsleben.

Ein Vergleich mit den Verhältnissen Anfang der 60er Jahre zeigt, daß heutzutage der Eintritt in das



Erwerbsleben später, die Beendigung der Erwerbstätigkeit früher erfolgt. Trugen im Jahre 1961 von den 15- bis 20jährigen noch 81% zum Lebensunterhalt bei (auch Lehrlinge gehören zu den Erwerbspersonen), so waren es im Jahre 1970 nur noch 60%. Bei den über 60jährigen sank die Erwerbsbeteiligung in dem genannten Zeitraum von 29 auf 24%. Verantwortlich für diese Entwicklung sind hauptsächlich auf der einen Seite die aktive Bildungspolitik und auf der anderen Seite die Herabsetzung des rentenbezugsfähigen Alters.

#### 4. Stellung im Beruf

Vermindert man die Zahl der Erwerbspersonen um die im April 1970 registrierten 24 000 Erwerbslosen (Arbeitslosen), so erhält man die Zahl der Erwerbstätigen. Die Erwerbstätigen wurden der beruflichen Stellung und dem Wirtschaftsbereich zugeordnet, in dem sie ihre einzige oder, um Doppelzählungen zu vermeiden, ihre Haupttätigkeit ausübten. Ihre Zahl war mit 1,508 Mill. um 42 000 geringer als ein Jahr zuvor und um 97 000 niedriger als im Jahre 1961.

Von 100 Erwerbstätigen waren 13 Selbständige und 11 mithelfende Familienangehörige. Die übrigen 76 befanden sich in abhängiger Stellung. Die weitaus meisten von diesen, nämlich 44, waren Arbeiter, zu denen auch die gewerblichen Lehrlinge gezählt werden, 26 Angestellte bzw. kaufmännische und technische Lehrlinge sowie 6 Beamte oder Richter. Im Vergleich dieser Zahlen mit denen des Jahres 1961 wird die Verschiebung des sozialen Gefüges deutlich, die in den 60er Jahren stattgefunden hat. Während der Anteil der Arbeiter, die seit jeher die stärkste soziale Gruppe bilden, genauso wie der der Beamten und Richter nahezu unverändert blieb, nahm der Prozentanteil der Angestellten um 5 Prozentpunkte zu, bei gleichzeitiger Abnahme des Anteils der Selbständigen um 2 und der mithelfenden Familienangehörigen um 3 Punkte.

In der Gruppe der mithelfenden Familienangehörigen waren die meisten Erwerbstätigen, nämlich 86%, Frauen. Unter den Angestellten war fast jede zweite (47%), von den Arbeitern gut jede vierte (26%) und von den Selbständigen fast jede vierte (24%) eine Frau. Beamten- und Richterberufe werden hauptsächlich von Männern ausgeübt. Nur gut jeden siebenten (13%) Arbeitsplatz nahm hier eine Frau ein.

#### 5. Wirtschaftsbereiche

Gemessen an der Gesamtzahl aller Erwerbstätigen lag das produzierende Gewerbe mit 668 000 Personen (44%) mit Abstand an der Spitze. 54% aller Männer und 27% aller Frauen waren hier beschäftigt. An zweiter Stelle rangierte der Dienstleistungsbereich mit 390 000 oder 26% aller Beschäf-

Erwerbstätige nach Stellung im Beruf, Wirtschaftsbereichen und Geschlecht im April 1970

Stellung im Beruf	Insgesamt 1)	Land- und Forst- wirt- schaft	Produ- zie- rendes Ge- werbe	Handel und Ver- kehr	Dienst- lei- stungen
	1 000				
Insgesamt					
Selbständige	200	74	45	41	41
Mithelfende Familien- angehörige	160	112	16	14	17
Beamte und Richter	89	.	-	31	57
Angestellte 2)	396	.	136	97	160
Arbeiter 3)	664	17	471	60	115
Insgesamt	1 508	206	668	244	390
%	100	14	44	16	26
Männer					
Selbständige	152	57	42	27	27
Mithelfende Familien- angehörige	22	17	.	.	.
Beamte und Richter	77	.	-	29	46
Angestellte 2)	212	.	92	37	81
Arbeiter 3)	495	12	384	46	51
Zusammen	957	89	519	142	207
%	100	9	54	15	22
Frauen					
Selbständige	48	17	.	14	14
Mithelfende Familien- angehörige	137	95	15	12	15
Beamte und Richter	12	-	-	.	11
Angestellte 2)	185	.	44	60	79
Arbeiter 3)	170	.	87	14	64
Zusammen	551	118	149	102	183
%	100	21	27	19	33

1) Ohne Soldaten. - 2) Einschl. kaufmännischer und technischer Lehrlinge. - 3) Einschl. gewerblicher Lehrlinge.

tigten, gefolgt von Handel und Verkehr, wo 244 000 Personen und damit 16% aller Erwerbstätigen ihren Lebensunterhalt suchten. Die Land- und Forstwirtschaft, als einziger Wirtschaftsbereich mit überwiegend weiblichen Beschäftigten, bot nur noch 206 000 Menschen (14%) einen Arbeitsplatz.

Auch zwischen den Wirtschaftsbereichen hat in den 60er Jahren ein starker Umstrukturierungsprozeß stattgefunden. Das produzierende Gewerbe blieb zwar, was die Erwerbstätigenzahl anbelangt, seit 1961 unangefochten an der Spitze, die Beschäftigtenzahl nahm jedoch ab (-2%). Der Dienstleistungsbereich, der während der genannten Jahre am stärksten zunahm (+22%), setzte sich 1962 an die zweite Stelle und verdrängte dabei die Land- und Forstwirtschaft, die den dritten Rang bis 1969 vor dem Handel und Verkehr behaupten konnte. Im Berichtsjahr schließlich wurde die Land- und Forstwirtschaft, die in den 60er Jahren von allen Wirtschaftsbereichen die meisten Erwerbstätigen verlor (-41%), zahlenmäßig vom Handel und Verkehr (-4%) übertroffen.

Diplom-Volkswirt H. Jucknat

### Tiefbauaufträge der öffentlichen Hand 1970

Die Statistik der Auftragsvergaben im Tiefbau erfaßt alle Aufträge der öffentlichen Hand ab 25 000 DM. Gemeinden werden erst ab 5 000 Einwohner in die Erhebung einbezogen. Private Tiefbauaufträge bleiben unberücksichtigt. Als Bauherr ist der Auftraggeber

ausgewiesen, der nicht mit dem Geldgeber identisch sein muß. So sind beispielsweise die Zuschüsse des Landes an Gemeinden und Gemeindeverbände in deren Zahlen enthalten, so daß die Landesmittel zu gering ausgewiesen sind.



## 1. Auftragsvolumen

Insgesamt sind in Rheinland-Pfalz 1970 öffentliche Tiefbauaufträge in Höhe von 723 Mill. DM vergeben worden. Gegenüber dem Rekordergebnis aus dem Vorjahr (921 Mill. DM) lag die Auftragssumme damit um rund 22% niedriger, aber immer noch auf gleicher Höhe wie zu Beginn der neuerlichen Baukonjunktur 1968. In den 723 Mill. DM ist nicht der Wert des vom Bauherren gestellten Materials enthalten (12,9 Mill. DM); für Zwecke der Vergleichbarkeit mit den Ergebnissen anderer Bundesländer muß dieser Posten zu der Vergabesumme hinzuaddiert werden. Erwartungsgemäß lagen die Auftragsvergaben der ihrer Fläche nach größten Länder an der Spitze. So entfielen auf Nordrhein-Westfalen, Bayern, Baden-Württemberg und Niedersachsen mehr als zwei Drittel der im Bundesgebiet erfaßten Tiefbauaufträge in Höhe von 12,4 Mrd. DM. Im Vergleich zum Vorjahr hatte Rheinland-Pfalz den stärksten Rückgang (— 22%) und das Saarland den höchsten Anstieg zu verzeichnen (+ 38%). Während Rheinland-Pfalz 1969 mit einer Auftragssumme von 255 DM je Einwohner weit über dem Durchschnitt von 209 DM lag, verzeichnete es 1970 mit 200 DM eine knapp unter dem Mittelwert von 202 DM rangierende Kopfquote.

Die Entwicklung der öffentlichen Auftragsvergaben im Tiefbau 1970 läßt eindeutig die Ausrichtung der Finanzpolitik des Bundes zu einer konjunkturgerechten antizyklischen Fiskalpolitik erkennen. Im Gegensatz zur Rezession 1966/67, als die stark gesunkenen Privatinvestitionen durch erhöhte öffentliche Ausgaben kompensiert wurden, ergriff die öffentliche Hand 1970 restriktive Maßnahmen zur Konjunktursteuerung, die nicht zuletzt Auswirkungen auf die Auftragsvergaben im Tiefbau hatten. Der Finanzplanungsrat empfahl Mitte Dezember 1969 Bund, Ländern und Gemeinden, in ihren Haushaltsplänen Ausgabensperren vorzusehen und diese erst aufzulösen, wenn es die konjunkturelle Lage im zweiten Halbjahr 1970 erlauben sollte. Die Bundesregierung verfügte im Januar 1970 in ihrem Etatentwurf Haushaltssperren in Höhe von 2,7 Mrd. DM. Gleichzeitig erging ein Erlass des Bundesministers der Finanzen über die „vorläufige Haushaltsführung“ im Rechnungsjahr 1970, wonach unter anderem für Baumaßnahmen nur über Beträge bis zur Höhe von 60% der Haushaltsansätze des Jahres 1969 verfügt werden dürfe. Weitere negative Auswirkungen auf die Auftragsvergabe der öffentlichen Hand im Tiefbau ergaben

sich durch die Bildung von Konjunkturausgleichsrücklagen. Danach hatten der Bund 1,5 Mrd. DM und die Länder 1,0 Mrd. DM ihrer Einnahmen bis zur Jahresmitte 1970 bei der Deutschen Bundesbank einzuzahlen. Zusätzlich sperrten die Länder 1,3 Mrd. DM ihres geplanten Haushaltsvolumens. Im April 1970 beschloß der Finanzplanungsrat, die Haushaltssperren aufrechtzuerhalten, die vom Bund daraufhin bis auf einen Restbetrag von 440 Mill. DM in endgültige Kürzungen umgewandelt wurden. Unterdessen wurde den Gemeinden empfohlen, ihre Steuermehreinnahmen zur Verminderung ihres Nettokreditbedarfs oder zur verstärkten Bildung allgemeiner Ausgleichsrücklagen zu verwenden und ebenfalls Ausgabensperren vorzunehmen. Zurückschließend läßt sich sagen, daß die Gemeinden in ihrer Haushaltsgestaltung diesen Empfehlungen nicht gefolgt sind. Damit lag das Hauptgewicht der stabilitätspolitischen Bemühungen während der ersten Jahreshälfte eindeutig auf der Ausgaben-

Alle diese unter konjunkturpolitischen Gesichtspunkten erforderlichen Maßnahmen haben insofern negative Auswirkungen, als durch das Verhalten der öffentlichen Hand nicht nur die Stetigkeit der Entwicklung in der Bauwirtschaft, sondern auch die der öffentlichen Investitionen gestört werden kann. So sah sich die Bundesregierung zum Beispiel gezwungen, die Haushaltssperren im Bereich des Verkehrsministeriums zum Teil wieder aufzuheben.

Was die voraussichtliche Entwicklung der Tiefbauaufträge der öffentlichen Hand für 1971 anbelangt, so ist trotz einer im Jahreswirtschaftsbericht 1971 der Bundesregierung geschätzten Zunahme des Staatsverbrauchs um 12,5 bis 13,5% mit etwa dem gleichen Ergebnis wie für 1970 zu rechnen, obwohl die Auftragsvergaben im ersten Quartal 1971 um ein Drittel niedriger lagen als im Vorjahreszeitraum.

## 2. Baumaßnahmen

Die Auswirkungen des erstmals seit 1964 wieder rückläufigen Gesamtauftragsvolumens zeigten sich am deutlichsten bei Straßenbauten (— 45%) und sonstigen Tiefbauten (— 20%). Alle anderen erfaßten Baumaßnahmen konnten einen Anstieg der Vergabesumme aufweisen. Gegenüber dem Vorjahr erhöhten sich die Auftragssummen bei Tiefbauten an Bundeswasserstraßen um 19,3 Mill. DM (+ 111%), bei wasserwirtschaftlichen Tiefbauten um 43,9 Mill. DM (+ 47%) und bei Straßenbrückenbauten um 10,9 Mill. DM (+ 9%). Die außergewöhn-

Öffentliche Auftragsvergaben im Tiefbau nach Baumaßnahmen 1966 - 1970

Baumaßnahme	1966		1967		1968		1969		1970	
	1 000 DM	%	1 000 DM	%	1 000 DM	%	1 000 DM	%	1 000 DM	%
Straßenbauten	299 096	61,0	365 694	64,1	445 922	61,7	549 846	59,7	303 514	42,0
Straßenbrückenbauten	41 590	8,5	63 436	11,1	124 451	17,2	125 134	13,6	136 028	18,8
Tiefbauten an Bundeswasserstraßen	15 097	3,1	25 954	4,5	10 244	1,4	17 460	1,9	36 785	5,1
Wasserwirtschaftliche Tiefbauten	107 538	21,9	72 446	12,7	90 845	12,6	94 037	10,2	137 913	19,1
Sonstige Tiefbauten	27 089	5,5	43 211	7,6	50 995	7,1	134 950	14,6	108 691	15,0
<b>Insgesamt</b>	<b>490 410</b>	<b>100,0</b>	<b>570 741</b>	<b>100,0</b>	<b>722 457</b>	<b>100,0</b>	<b>921 427</b>	<b>100,0</b>	<b>722 931</b>	<b>100,0</b>



lich hohe Steigerung der Ausgaben für Tiefbauten an Bundeswasserstraßen ist hauptsächlich auf Ausbaggerung und Verbreiterung der Rheinfahrinne des „Binger Lochs“ zwischen Rüdesheim und Aßmanshausen zurückzuführen. Hierfür stellte der Bund allein im August 23,3 Mill. DM zur Verfügung.

Gemessen am prozentualen Anteil der einzelnen Tiefbauarten an der Gesamtsumme dominiert, wie bereits in den Vorjahren, der Straßenbau mit 42%, obwohl sein Anteil gegenüber 1969 um fast 18 Prozentpunkte gesunken ist. Profitiert haben hiervon alle übrigen Tiefbaumaßnahmen, die, mit Ausnahme der wasserwirtschaftlichen Bauten, im Rahmen der Tiefbaustatistik 1970 ihre bisher höchsten Anteile erzielen konnten. Jeweils knapp ein Fünftel entfiel auf Straßenbrückenbauten und wasserwirtschaftliche Tiefbauten, 5% auf Tiefbauten an Bundeswasserstraßen und 15% auf sonstige Tiefbauten. Zählt man zum Straßenbau die damit eng verbundenen Ausgaben für Straßenbrückenbauten, so kam auf Straßenverkehrsbauten insgesamt ein Anteil von fast 61% am Gesamtvolumen des öffentlichen Tiefbaus.

Im Gegensatz zu 1969, als Rheinland-Pfalz nach der Auftragssumme je Einwohner im Straßenbau weit an der Spitze aller Bundesländer lag, nahm es 1970 mit 120 DM (Bundesdurchschnitt 112 DM) einen Mittelplatz ein. Damit stellte die öffentliche Hand für Ausbau und Verbesserung des Straßenverkehrsnetzes weniger Mittel als in den vergangenen Jahren zur Verfügung. Das gilt nur für den Straßenbau, nicht aber für den Straßenbrückenbau, der an Bedeutung gewonnen hat, da insbesondere im Rahmen städtebaulicher Verkehrsmaßnahmen die vorgesehenen und notwendigen Entlastungen der Innenstädte durch moderne Umgehungsstraßen, kreuzungsfreie Straßenverläufe sowie Unter- und Überführungen erfolgen.

### 3. Auftraggeber

Auch 1970 war der Bund der bedeutendste Bauherr. Mit einem Betrag von 378 Mill. DM und einem Anteil von 52% an der Gesamtsumme aller Auftragsvergaben lag er eindeutig an erster Stelle, gefolgt von den Gemeinden mit 185 Mill. DM (26%). Auf Land, Gemeindeverbände und sonstige Bauherren kamen Anteile von 9, 6 und 7%. Die gegenüber 1969 festzustellende Verminderung des Bundesanteils führte bei allen übrigen Auftraggebern zu einer fast gleichmäßigen Zunahme. Trotzdem ist aber die Beteiligung des Bundes an den Tiefbauten in Rheinland-Pfalz noch überdurchschnittlich, wenn man vergleichsweise die Beteiligung der einzelnen Bauherren im Bundesdurchschnitt heranzieht. Danach entfallen auf den Bund 35%, auf die Gemeinden 33% und auf die Länder 18% der erfaßten Auftragswerte.

Eine Aufgliederung der vergebenen Mittel nach Bauherren und Bauobjekten zeigt, mit Ausnahme der wasserwirtschaftlichen Tiefbauten, überall den Bund als größten Auftraggeber. Seine vorherrschende Position findet den stärksten Niederschlag bei den Tiefbauten an Bundeswasserstraßen, den

Öffentliche Auftragsvergaben im Tiefbau nach Bauherren und Baumaßnahmen 1966 - 1970

Bauherr	1966	1967	1968	1969	1970
1 000 DM					
Insgesamt					
Bund	196 384	294 030	424 184	566 354	378 168
Land	66 150	32 758	62 028	73 328	65 352
Gemeinden	143 567	167 437	171 358	211 356	184 769
Gemeindeverbände	39 032	43 982	47 847	46 164	46 198
Sonstige Bauherren	45 277	32 534	17 040	24 225	48 444
Insgesamt	490 410	570 741	722 457	921 427	722 931
Straßenbauten					
Bund	126 243	195 617	264 027	316 903	154 549
Land	60 393	24 641	56 161	60 943	48 176
Gemeinden	62 164	102 175	85 701	131 574	62 973
Gemeindeverbände	30 658	28 938	32 279	34 220	30 456
Sonstige Bauherren	19 638	14 323	7 754	6 206	7 360
Zusammen	299 096	365 694	445 922	549 846	303 514
Straßenbrückenbauten					
Bund	37 067	53 513	108 079	107 964	98 408
Land	2 759	5 560	3 618	9 490	14 159
Gemeinden	1 120	3 547	10 554	7 447	22 325
Gemeindeverbände	449	462	2 079	233	189
Sonstige Bauherren	195	354	121	-	947
Zusammen	41 590	63 436	124 451	125 134	136 028
Tiefbauten an Bundeswasserstraßen					
Bund	13 242	23 101	8 959	15 454	35 059
Land	33	264	77	1 225	123
Gemeinden	1 822	2 589	1 208	781	1 603
Gemeindeverbände	-	-	-	-	-
Sonstige Bauherren	-	-	-	-	-
Zusammen	15 097	25 954	10 244	17 460	36 785
Wasserwirtschaftliche Tiefbauten					
Bund	2 887	729	1 226	3 183	800
Land	2 601	1 417	387	1 018	1 030
Gemeinden	74 916	51 242	68 596	63 301	88 454
Gemeindeverbände	7 250	11 722	13 111	11 567	13 621
Sonstige Bauherren	19 884	7 336	7 525	14 968	34 008
Zusammen	107 538	72 446	90 845	94 037	137 913
Sonstige Tiefbauten					
Bund	16 945	21 070	41 893	122 850	89 352
Land	364	876	1 785	652	1 864
Gemeinden	3 545	7 884	5 299	8 253	9 414
Gemeindeverbände	675	2 860	378	144	1 932
Sonstige Bauherren	5 560	10 521	1 640	3 051	6 129
Zusammen	27 089	43 211	50 995	134 950	108 691

sonstigen Tiefbauten und den Straßenbrückenbauten, an denen er mit 95, 82 bzw. 72% als Auftraggeber vertreten war. Aber auch die Vergaben für wasserwirtschaftliche Tiefbauten (64%) und Straßenbauten (51%) lassen eine Dominanz des Bundes erkennen. Von den Bundesmitteln flossen zwei Drittel dem Straßen- und Straßenbrückenbau zu, knapp ein Viertel den sonstigen Tiefbauten. Bei der Vergabe der Landesmittel dominierte eindeutig der Straßenbau (74%), während die Gemeindemittel zu einem Drittel dem Straßenbau und fast zur Hälfte dem wasserwirtschaftlichen Tiefbau zufielen. Dieser hatte mit 64% den größten Anteil bei den Gemeinden, da es mit zu ihren Hauptaufgaben gehört, für Gewinnung, Bevorratung, Nutzung und Verbrauch von Wasser, für Abwasserbeseitigung, Fluß- und Bachregulierung zu sorgen. Die Auftragsvergaben der Gemeindeverbände bezogen sich zu fast zwei Drittel auf den Straßenbau und zu 29% auf den wasserwirtschaftlichen Tiefbau.



#### 4. Vorgesehene Ausführungszeiten

Eine wesentliche Rolle spielt bei der Beurteilung der Auftragsituation im Tiefbaugewerbe die vertraglich vorgesehene Abwicklungsdauer, die entscheidend durch Größe und Schwierigkeitsgrad der Bauvorhaben mitbestimmt wird. Die erfaßten Aufträge werden von der amtlichen Tiefbaustatistik in vier Kategorien von Ausführungszeiten aufgeteilt. Man unterscheidet Sofortaufträge, die innerhalb von drei Monaten auszuführen sind (Typ A), kurzfristige Aufträge von drei bis sechs Monaten (Typ B), mittelfristige mit einer Bearbeitungszeit von sechs bis zwölf Monaten (Typ C) und langfristige Projekte mit einer Fertigungszeit von mehr als zwölf Monaten (Typ D).

Wie schon 1969 lag im Berichtsjahr das Hauptgewicht bei den Auftragsvergaben des Typs D mit

einem Anteil von 36% am Gesamtvolumen. Mit kürzer werdender Ausführungszeit sanken die Werte für die Typen C, B und A auf 25, 21 und 18%. Damit hat sich für die Jahre 1967 bis 1970 eine ständige Verschiebung zum Typ D hin ergeben. Belief sich der Anteil der Tiefbauaufträge mit über zwölf Monate dauernden Ausführungszeiten 1967 noch auf 23%, so waren es 1968 und 1969 schon 25 bzw. 34%. Umgekehrt nahmen die Sofortaufträge ständig ab.

Die vorgesehenen Ausführungszeiten lassen auf die Größe der Projekte bei den einzelnen Tiefbaumaßnahmen schließen. 1970 waren jeweils zwei Drittel der Vergaben für Tiefbauten an Bundeswasserstraßen und für Straßenbrückenbauten langfristiger Natur, während bei sonstigen Tiefbauten

Öffentliche Auftragsvergaben im Tiefbau nach Baumaßnahmen, vorgesehenen Ausführungszeiten und Bauherren 1970

Baumaßnahme	Ins- gesamt	Mit einer vorgesehenen Ausführungszeit				Vom Bauherrn gestelltes Material
		bis 3 Monate	über 3 bis 6 Monate	über 6 bis 12 Monate	über 12 Monate	
	1 000 DM					
Insgesamt						
Straßenbauten	303 514	68 756	59 766	67 292	107 700	718
Straßenbrückenbauten	136 028	5 464	16 349	26 946	87 269	-
Tiefbauten an Bundeswasserstraßen	36 785	564	5 890	5 743	24 588	-
Wasserwirtschaftliche Tiefbauten	137 913	28 359	35 316	35 590	38 648	6 160
Sonstige Tiefbauten	108 691	31 038	33 695	43 735	223	6 012
Insgesamt	722 931	134 181	151 016	179 306	258 428	12 890
Bund						
Straßenbauten	154 549	16 581	20 172	24 325	93 471	-
Straßenbrückenbauten	98 408	3 779	11 100	17 651	65 878	-
Tiefbauten an Bundeswasserstraßen	35 059	403	4 375	5 693	24 588	-
Wasserwirtschaftliche Tiefbauten	800	586	214	-	-	-
Sonstige Tiefbauten	89 352	23 980	28 563	36 586	223	5 591
Zusammen	378 168	45 329	64 424	84 255	184 160	5 591
Land						
Straßenbauten	48 176	10 508	12 294	23 010	2 364	-
Straßenbrückenbauten	14 159	478	2 468	7 867	3 346	-
Tiefbauten an Bundeswasserstraßen	123	-	123	-	-	-
Wasserwirtschaftliche Tiefbauten	1 030	1 030	-	-	-	-
Sonstige Tiefbauten	1 864	1 864	-	-	-	-
Zusammen	65 352	13 880	14 885	30 877	5 710	-
Gemeinden						
Straßenbauten	62 973	28 584	13 630	11 155	9 604	693
Straßenbrückenbauten	22 325	930	1 922	1 428	18 045	-
Tiefbauten an Bundeswasserstraßen	1 603	161	1 392	50	-	-
Wasserwirtschaftliche Tiefbauten	88 454	19 736	25 970	17 026	25 722	5 897
Sonstige Tiefbauten	9 414	3 611	2 424	3 379	-	421
Zusammen	184 769	53 022	45 338	33 038	53 371	7 011
Gemeindeverbände						
Straßenbauten	30 456	9 270	12 058	6 867	2 261	-
Straßenbrückenbauten	189	-	189	-	-	-
Tiefbauten an Bundeswasserstraßen	-	-	-	-	-	-
Wasserwirtschaftliche Tiefbauten	13 621	989	1 603	5 211	5 818	133
Sonstige Tiefbauten	1 932	345	517	1 070	-	-
Zusammen	46 198	10 604	14 367	13 148	8 079	133
Sonstige Tiefbauten						
Straßenbauten	7 360	3 813	1 612	1 935	-	25
Straßenbrückenbauten	947	277	670	-	-	-
Tiefbauten an Bundeswasserstraßen	-	-	-	-	-	-
Wasserwirtschaftliche Tiefbauten	34 008	6 018	7 529	13 353	7 108	130
Sonstige Tiefbauten	6 129	1 238	2 191	2 700	-	-
Zusammen	48 444	11 346	12 002	17 988	7 108	155



nur 0,2% der Auftragssumme langfristig vergeben wurde. Im wasserwirtschaftlichen Tiefbau verteilen sich die Projekte nahezu gleichmäßig auf die vorgesehenen Ausführungszeiten.

Zwischen Ausführungszeiten und Auftraggebern besteht ein enger Zusammenhang. Beim Bund bildet Typ D (49%) das Hauptmerkmal. Diese Tatsache ist nicht überraschend, da er in den meisten Fällen für große Bauvorhaben mit langen Ausführungszeiten verantwortlich ist. Das Land hingegen hat mit 47% Schwerpunkte bei den mittelfristigen Aufträgen (Typ C), während bei den Gemeinden die Typen A und D jeweils mit 29% an der Spitze liegen. Vorherrschend bei den Gemeindeverbänden ist Typ B mit 31%.

5. Wertgrößenklassen

Die Untergliederung der von der öffentlichen Hand erteilten Tiefbauaufträge nach sechs Wertgrößenklassen enthält nicht die Auftragswerte der Tiefbauten aus der koordinierten Vergabestatistik der Finanzbauverwaltungen. Diese werden in globaler Form vom Statistischen Bundesamt den einzelnen Statistischen Landesämtern mitgeteilt. Für 1970 ergaben sich nach Abzug dieser Aufträge (74 Mill. DM) noch 1 935 Aufträge in Höhe von insgesamt 649 Mill. DM.

Gegenüber 1969 haben sich im Berichtsjahr die Fälle um 16% und die Wertbeträge um 20% ver-

Tiefbauaufträge nach Wertgrößenklassen  
(Ohne Finanzbauverwaltungen)

Wertgrößenklasse	Fälle		Wert	
	Anzahl	%	1 000 DM	%
25 000 - 50 000 DM	565	29	19 577	3
50 000 - 100 000 "	446	23	32 360	5
100 000 - 300 000 "	493	26	86 871	13
300 000 - 500 000 "	189	10	74 272	11
500 000 - 1 Mill. "	141	7	94 980	15
1 Mill. und mehr "	101	5	340 646	53
Insgesamt	1 935	100	648 706	100

mindert. Im Vergleich zum Vorjahr konnte für die prozentualen Anteile der einzelnen Wertgrößenklassen keine nennenswerte Verschiebung festgestellt werden. Auf die Gruppe 25 000 bis 50 000 DM entfielen die meisten Aufträge (29%), dagegen lag ihr wertmäßiger Anteil bei nur 3%. Umgekehrt war das Verhältnis in der Klasse 1 Mill. und mehr DM. 101 Aufträge (5%) vereinigten 53% der gesamten Vergabesumme auf sich. In der Gruppe 300 000 bis 500 000 DM ergaben sich für die Zahl der Aufträge (10%) und für ihren Anteil an der Gesamtvergabesumme (11%) fast die gleichen prozentualen Werte.

Diplom-Volkswirt I. Hawliczek

Aufwand der Sozialhilfe 1970

In der jährlichen Statistik der Sozialhilfe werden die für die einzelnen Sozialhilfemaßnahmen aufgewendeten direkten Mittel, die Einnahmen und die Empfänger von Hilfen erfaßt. Der Aufwand ist indessen nicht mit den Haushaltsausgaben, die den Gebietskörperschaften des Landes für die Durchführung der gesamten Sozialhilfe erwachsen, gleichzusetzen. Diese sind wesentlich höher, denn sie enthalten unter anderem die Personalkosten und die Kosten für Einrichtungen. Die Einnahmen kommen fast ausschließlich aus den Leistungen der Empfänger selbst oder der zum Unterhalt Verpflichteten sowie aus Rückerstattungen von Sozialleistungsträgern. Das sind in erster Linie Rentenversicherungen und Krankenkassen. Die Empfänger werden mittels Zählblätter gesondert erfaßt und nach Hilfearten, Alter

und Familientypen untergliedert ausgewiesen. Diese Daten werden, wie üblich, zu einem späteren Zeitpunkt in einem eigenen Aufsatz kommentiert.

1. Ausgaben und Einnahmen der Sozialhilfe  
(ohne Tbc-Hilfe)

Ausgaben

Die Ausgaben der Sozialhilfe erreichten 1970 mit etwa 156 Mill. DM fast das Dreifache des Betrages, der 1960 dafür ausgegeben wurde, ohne daß sich die Zahl der Empfänger wesentlich verändert hätte. Auch gegenüber 1969 betrug die Erhöhung der aufgewendeten Mittel immerhin noch rund 24 Mill. DM (+ 18%). Werden die Ausgaben auf die Wohn-

Ausgaben und Einnahmen der Sozialhilfe (ohne Tuberkulosehilfe) 1961 - 1970

Jahr	Ausgaben					Einnahmen	
	insgesamt	je Einwohner	für Hilfe außerhalb von Anstalten		für Hilfe in Anstalten	insgesamt	Anteil an den Ausgaben
			zusammen	laufende Leistungen			
	1 000 DM	DM	1 000 DM			%	
1961	63 461	18,57	27 010	20 080	36 451	16 721	26,3
1962	64 792	18,80	27 163	21 111	37 628	16 011	24,7
1963	73 750	21,01	37 684	22 088	36 066	14 118	19,1
1964	80 871	22,81	40 640	22 039	40 231	16 109	19,9
1965	93 015	25,97	42 264	22 000	49 752	16 427	17,7
1966	108 550	30,05	52 881	24 953	55 669	20 253	18,6
1967	120 299	33,18	55 285	28 084	65 014	21 324	17,7
1968	121 717	33,40	55 473	28 919	66 244	19 876	16,3
1969	132 175	36,00	59 096	30 321	73 078	22 865	17,3
1970	155 823	42,28	73 940	34 052	81 883	27 888	17,9



Regierungsbezirk Sozialhilfeträger	Hilfe zum Lebensunterhalt			Hilfe in besonderen Lebenslagen				
	insgesamt	außerhalb von Anstalten	in Anstalten	insgesamt	vorbeugende Gesund- heitshilfe	Kranken- hilfe	Blinden- hilfe	Hilfe zur Pflege
	1 000 DM							
Koblenz	19 392	15 522	3 870	23 486	1 041	4 391	5 846	10 090
Trier	6 366	4 594	1 772	7 826	275	1 596	1 393	3 598
Rheinhausen-Pfalz	26 438	20 473	5 965	24 672	665	5 222	5 201	9 866
Kreisfreie Städte	22 255	17 000	5 255	19 540	626	4 946	3 206	8 339
Landkreise	29 941	23 589	6 352	36 444	1 355	6 263	9 234	15 215
Landessozialamt	38	38	-	47 605	-	752	102	36 993
Rheinland-Pfalz	52 234	40 627	11 607	103 589	1 981	11 961	12 542	60 547

bevölkerung bezogen, so ergibt sich ein Mittelwert von mehr als 42 DM je Einwohner, im Vorjahr waren es 36 DM und 1960 etwa 16 DM. Über 81 Mill. DM, ungefähr 9 Mill. DM mehr als im Jahr zuvor, beanspruchte die Anstaltsunterbringung. Wesentlich stärker als diese Kosten sind die Ausgaben für die Hilfegewährung außerhalb von Anstalten gestiegen. Sie nahmen allein um 15 Mill. DM bzw. um über 25% gegenüber 1969 zu. Etwas über ein Drittel der Gesamtkosten entfiel auf die Hilfe zum Lebensunterhalt und zwei Drittel wurden als Hilfe in besonderen Lebenslagen ausgegeben. Während die Ausgaben der erstgenannten Hilfeart sich um 14% erhöht haben, stiegen sie für die Hilfe in besonderen Lebenslagen um 20%. Die Ausgaben für Sozialhilfe an Zugewanderte sind dagegen um weitere 13% zurückgegangen.

Mehr als 60 Mill. DM wurden für die Hilfe zur Pflege aufgewendet. Das sind allein 58% der für die Hilfe in besonderen Lebenslagen angefallenen Mittel und 39% der Gesamtkosten der Sozialhilfe. Die Mehrkosten für diese Hilfe beliefen sich auf über 11 Mill. DM. Das bedeutet eine Zunahme von 22%, die vor allem auf die beträchtliche Erhöhung des Pflegegeldes und der Pflegesätze zurückzuführen ist. Eine prozentual noch stärkere Zunahme hat durch die Erhöhung dieser Sätze die Blindenhilfe erfahren. Die Ausgaben stiegen hier um nahezu 31% auf über 12,5 Mill. DM. Diese Hilfe wird hauptsächlich, zu etwa 97%, Empfängern außerhalb von Anstalten gewährt.

Mit einem Gesamtbetrag von 12,6 Mill. DM waren die Kosten der Eingliederungshilfe für Behinderte

ebenfalls wesentlich höher als im Vorjahr. Die Mehrausgaben (+ 15%) erreichten nicht ganz 2 Mill. DM. Den Hauptteil, nämlich 79% der dafür verwendeten Mittel, beanspruchten die Schulausbildung und berufliche Maßnahmen. Die Ausgaben für diese sind allein um 20% gestiegen, während die für Körperersatzstücke angefallenen Kosten (2,2 Mill. DM) sogar etwas niedriger waren als 1969.

Eine im Verhältnis nur geringe Steigerung der Ausgaben war bei der Krankenhilfe festzustellen, die jedoch im Jahre 1970 immerhin knapp 12 Mill. DM erforderte. Die Zunahme belief sich auf nicht ganz 9%. Den größeren Teil der Ausgaben für diese Zwecke, etwa 58%, beanspruchten die ambulanten Behandlungen, deren Kosten sich um 14% erhöhten. Die für stationäre Behandlungen ausgegebenen Mittel von rund 5 Mill. DM stiegen nur um annähernd 2%.

Die noch verbleibenden Arten von Hilfe in besonderen Lebenslagen sind hinsichtlich der dafür aufzubringenden Mittel relativ unbedeutend. Auch hier sind die Ausgaben teilweise etwas gestiegen, reichen aber, mit Ausnahme der Ausbildungshilfe und der vorbeugenden Gesundheitshilfe, deren Kostenaufwand jeweils nicht ganz 2 Mill. DM ausmachte, bei weitem nicht an die Grenze von 1 Mill. DM heran.

#### Einnahmen

Die Einnahmen waren 1970 ebenfalls wesentlich höher als im Vorjahr. Sie nahmen um etwa 22% auf fast 28 Mill. DM zu und konnten somit 18% der Ausgaben ersetzen. Bereits 1969 waren der Kostenbeitrag bzw. der Aufwendungsersatz erheblich gestiegen und übertrafen die nicht unbeträchtlichen Ersatzleistungen der Sozialleistungsträger zum ersten Male bei weitem. Auch 1970 erhöhten sich diese Einnahmen nochmals um 38% und lagen nunmehr um ein Drittel über den Ersatzleistungen der Sozialleistungsträger. Da dieser Kostenbeitrag zu 92% auf Hilfe innerhalb von Anstalten entfällt, müssen die Erstattungen vornehmlich von untergebrachten Personen selbst erbracht worden sein. Etwas zurückgegangen, und zwar um etwa 4% auf 2,8 Mill. DM, sind die Ersatzleistungen von Unterhaltsverpflichteten. Auf 8,7 Mill. DM (+ 10%) erhöhten sich dagegen die Zahlungen der Sozialleistungsträger, während sich die Ersatzleistungen sonstiger Träger, die annähernd je zur Hälfte auf

Ausgaben für die Tuberkulosehilfe 1966 - 1970

Jahr	Ins- gesamt	Hilfe außer- halb von An- stalten	Hilfe in An- stalten	Heil- be- hand- lung	Ein- glie- de- rungs- hilfe	Hilfe zum Lebens- unter- halt	Übrige Hilfen
1 000 DM							
1966	5 768	3 832	1 936	1 894	141	3 467	266
1967	5 952	4 022	1 930	1 733	121	3 856	242
1968	5 915	3 704	2 211	2 053	109	3 409	344
1969	5 938	3 469	2 469	2 386	42	3 257	253
1970	5 739	3 350	2 389	2 336	41	3 148	214



die Hilfe außerhalb und innerhalb von Anstalten entfielen, auf 1,5 Mill. DM beliefen. Verhältnismäßig gering und kostenmäßig kaum von Bedeutung blieben die Einnahmen aus Tilgung und Zinsen von Darlehen. Die dafür ausgewiesenen Beträge lagen sogar unter denen des Vorjahres.

### 2. Tuberkulose-Hilfe

Die Tuberkulose-Hilfe ist zwar eine Hilfe in besonderen Lebenslagen, nimmt aber, da für sie im Gegensatz zu anderen Hilfen dieser Art spezifizierte Angaben anfallen, eine Sonderstellung ein. Deshalb wird sie in der textlichen Darstellung der Ergebnisse über den Aufwand der Sozialhilfe ausführlicher behandelt.

Von einigen Schwankungen abgesehen waren die Ausgaben für die Tuberkulose-Hilfe in den letzten Jahren leicht rückläufig. Auch für 1970 wurde mit 5,7 Mill. DM Gesamtausgaben ein etwas geringerer Betrag ausgewiesen als 1969. Der Rückgang betrug knapp 4%. Über die Hälfte (55%) der Ausgaben entfiel auf die Hilfe zum Lebensunterhalt, nicht ganz 41% auf die Heilbehandlung und der Rest fast ausschließlich auf Sonderleistungen, die in erster Linie zur Verbesserung der Wohnverhältnisse dienen, teilweise auch Besuchsbeihilfen sind. Der Rückgang des Aufwandes hängt ohne Zweifel mit dem sich seit Jahren mehr und mehr verringern den Bestand von Tuberkuloseerkrankten zusammen. Nach der Statistik über die meldepflichtigen Tuberkulose-Erkrankungen ging die Zahl der Erkrankten von 1968 bis 1969 um über 7%, im Jahre 1970 um weitere 10%, auf weniger als 11 000 zurück.

Als Einnahmen wurde 1970 ein Betrag von 1,2 Mill. DM, etwas mehr als im Vorjahr, verbucht. Sie konnten die Ausgaben zu nahezu 22% decken. Von den Einnahmen kamen allein rund 39% von Sozialleistungsträgern und weitere 28% aus Erstattungen anderer Kostenträger. Der Kostenbeitrag der Betreuten selbst, der nicht unerheblich um ein Viertel zurückgegangen ist, brachte nur etwa 11% der Einnahmen.

### 3. Weitere und sonstige Leistungen

Weitere und sonstige Leistungen werden für Maßnahmen erbracht, die wohl im Prinzip ebenfalls als

Ausgaben für weitere und sonstige Leistungen der Sozialhilfe  
1961 - 1970

Jahr	Insgesamt	Kranken- versorgung nach § 276 LAG	Weihnachts- beihilfen
		1 000 DM	
1961	4 123	2 103	1 664
1962	4 123	2 167	1 684
1963	5 015	2 309	1 760
1964	5 070	2 346	1 737
1965	5 501	2 483	1 869
1966	6 103	2 881	1 962
1967	5 933	2 876	1 728
1968	6 144	3 037	1 652
1969	5 945	2 874	2 198
1970	6 814	3 006	2 301

Sozialhilfe bezeichnet werden können, aber wegen ihrer Besonderheit einer eigenen gesetzlichen Regelung bedürfen. Ihre Laufzeit ist im Gegensatz zu den vorher genannten Arten der Sozialhilfe zeitlich begrenzt. Die Rechtsbestimmungen für solche Leistungen konnten daher nicht in das Sozialhilfegesetz eingebaut werden.

Der Aufwand für diese Leistungen betrug 1970 annähernd 6,3 Mill. DM und war somit um 13% höher als im Vorjahr. Die beiden größten Ausgabe-posten mit 48% bzw. fast 37% waren die Kranken-versorgung nach dem Lastenausgleichsgesetz und die Weihnachtsbeihilfen. Für beide Hilfearten wurden jeweils nicht ganz 5% Mehrausgaben gegen-über 1969 nachgewiesen. Um annähernd das Dop-pelte sind dagegen die Sozialhilfe und der Kosten-ersatz für Deutsche im Ausland gestiegen. Die hier-für nachgewiesenen Ausgaben kamen nunmehr nahe an 1 Mill. DM heran, während sie noch im Vorjahr unter 500 000 DM lagen. Sie sind an den Gesamtkosten der weiteren und sonstigen Leistun-gen mit über 15% beteiligt.

Die Einnahmen waren wesentlich geringer als im Vorjahr. Sie betrugen etwas mehr als 11% der Ausgaben, während sie noch 1969 die Kosten zu 17% abzudecken vermochten.

Dr. Th. Walter

## Struktur der bewohnten Gebäude 1968

In gebäudestatistischer Hinsicht kam der Gebäude- und Wohnungszählung vom 25. Oktober 1968 die Auf-gabe zu, den Bestand an Wohngebäuden, ganz gleich, ob sie zum Zeitpunkt der Erhebung leer standen oder bewohnt waren, ferner an sonstigen Gebäuden, soweit sie bewohnt waren oder aber mindestens eine leer-stehende Wohnung enthielten, zum Beispiel Fabrik- und Verwaltungsgebäude, Anstaltsgebäude und Geschäftshäuser, und schließlich an bewohnten Unter-künften (Behelfsheime, Wohnlauben, Wohnwagen) zu ermitteln. Mit dieser Abgrenzung sollte eines der klas-sischen Ziele jeder Gebäude- und Wohnungszählung erreicht werden, nämlich Einblick in die Struktur der von Menschen bewohnten „Gehäuse“ zu erhalten. Struktur bedeutet hier die Aufgliederung des erfaßten Gebäudebestandes nach Gebäudearten, Baualter, Zu-stand der Versorgungs- und Entsorgungsanlagen und Grad der Unterkellerung, wobei der Schwerpunkt der Untersuchung bei den Wohngebäuden liegt.

### 1. Gesamtüberblick

#### Baualter und Gebäudearten

Für die Beurteilung der Wohnverhältnisse und des Wohnstandards eines Landes kann die Bau-altersstruktur des Gebäude- und Wohnungsbestan-des erste grobe Anhaltspunkte liefern, wobei die Regel gilt, daß, je älter der Gebäudebestand ist, um so weniger der Forderung nach einem bestimmten minimalen Wohnkomfort Genüge getan ist. Selbst-verständlich handelt es sich hier um eine Faust-regel, die nicht ausschließt, daß auch alte Gebäude durch entsprechende Investitionen modernen Wohn-wünschen gerecht werden können.

Rheinland-Pfalz mit seinen weiten ländlichen Gebieten und den relativ wenigen großen Städten — allein 55% der Bevölkerung lebten



Gebäude und Wohnungen nach Gemeindegrößenklassen und Baualter am 25. 10. 1968  
(Ohne Wochenend- und Ferienhäuser)

Gemeindegrößenklasse Baualter	Insgesamt		Nichtlandwirt- schaftliche		Landwirtschaftliche		Sonstige	
	Gebäude	Woh- nungen	Gebäude	Woh- nungen	Gebäude	Woh- nungen	Gebäude	Woh- nungen
Anzahl								
In Gemeinden mit ... Einwohnern								
unter 2 000	284 670	357 776	208 141	271 316	72 612	80 946	3 917	5 514
2 000 - 5 000	117 712	174 268	102 729	154 182	11 466	14 501	3 517	5 585
5 000 - 10 000	85 569	142 480	77 613	130 252	4 111	5 623	3 845	6 605
10 000 - 20 000	42 148	74 151	38 193	67 980	1 840	2 467	2 115	3 704
20 000 - 50 000	53 834	118 145	49 759	110 782	1 097	1 540	2 978	5 823
50 000 - 100 000	43 124	103 514	39 808	97 476	1 447	2 021	1 869	4 017
100 000 und mehr	63 524	186 240	60 010	178 948	1 117	1 599	2 397	5 693
bis 1900 errichtet	249 668	360 318	183 433	279 601	57 784	66 265	8 451	14 452
1901 - 1918 "	60 118	107 097	49 203	92 728	8 445	10 061	2 470	4 308
1919 - 1948 "	113 738	191 535	98 698	172 253	12 378	14 745	2 662	4 537
1949 oder später "	267 057	497 624	244 919	466 354	15 083	17 626	7 055	13 644
Insgesamt	690 581	1 156 574	576 253	1 010 936	93 690	108 697	20 638	36 941
Anteile in %								
In Gemeinden mit ... Einwohnern								
unter 2 000	41	31	36	27	78	74	19	15
2 000 - 5 000	17	15	18	15	12	13	17	15
5 000 - 10 000	13	12	13	13	4	5	19	18
10 000 - 20 000	6	7	7	7	2	2	10	10
20 000 - 50 000	8	10	9	11	1	2	14	16
50 000 - 100 000	6	9	7	9	2	2	9	11
100 000 und mehr	9	16	10	18	1	2	12	15
bis 1900 errichtet	36	31	32	28	62	61	41	39
1901 - 1918 "	9	9	9	9	9	9	12	12
1919 - 1948 "	16	17	17	17	13	14	13	12
1949 oder später "	39	43	42	46	16	16	34	37
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100

zum Zählungstermin in Gemeinden mit weniger als 5 000 Einwohnern, und infolgedessen befanden sich 58% der bewohnten Gebäude mit 46% der Wohnungen in dieser Größenklasse — hatte in dieser Beziehung eine ungünstige Ausgangslage. Hinzu kommt, daß die Zerstörungen des zweiten Weltkrieges insgesamt gesehen hier weit weniger stark waren als in Ländern mit vielen Großstädten und bevorzugten Luftangriffszielen in Form industrieller Ballungsgebiete. 36% der bewohnten Gebäude mit 31% des Wohnungsbestandes stammen daher noch aus der Zeit von 1900 und früher (Uraltbau). Dies ist die höchste Quote unter den Bundesländern. 1961 fielen sogar noch 38% der Wohnungen in die genannte Altersklasse. Auch der Anteil der von 1901 bis 1948, dem Jahr der Währungsreform und des beginnenden Wiederaufbaus, errichteten Gebäude lag mit einem Viertel (26% der Wohnungen) noch relativ hoch. Als Neubauten der Wiederaufbauperiode nach 1948 blieben damit 39% der bewohnten Gebäude mit allerdings 43% der Wohnungen. Die gleichen Relationen treffen auch auf die reinen Wohngebäude zu.

In der Gliederung nach Gebäudearten weist die Altersschichtung erhebliche Unterschiede auf. Am ungünstigsten ist sie erwartungsgemäß bei den landwirtschaftlichen Wohngebäuden, auf welche 14% des Bestandes an bewohnten Gebäuden, aber nur 9% der Wohnungen entfielen. 62% der Gebäude und, da hier Gebäude und Wohnung fast immer identisch sind, 61% der Wohnungen stammen aus der Zeit von 1900 und früher, und nur jeweils 16%

datieren von 1949 oder später. Die nichtlandwirtschaftlichen Wohngebäude (83% des bewohnten Gebäude- und 88% des Wohnungsbestandes) verteilten sich etwas günstiger als im Gesamtschnitt zu 42% (mit 46% der Wohnungen) auf Neubau und zu 32% (mit 28% der Wohnungen) auf Uraltbau. Bei den sonstigen Gebäuden, welche ein Konglomerat der verschiedensten Gebäudearten, je nach Nutzungszweck, darstellen, waren die Gebäude zu 41% (mit 39% der Wohnungen) Uraltbau und zu 34% (mit 37% der Wohnungen) Neubau.

Untersucht man die nichtlandwirtschaftlichen Wohngebäude in der Untergliederung nach der Zahl der in ihnen befindlichen Wohnungen, so stellt man erhebliche Differenzen je nach Gebäudegröße fest, und zwar weisen die Gebäude mit drei oder mehr Wohnungen die weitaus günstigste Altersschichtung auf. Nur ein Viertel der Gebäude mit einem Fünftel der Wohnungen war Uraltbau, aber 46% der Gebäude mit 55% der Wohnungen Neubau nach 1948. Der Grund ist darin zu sehen, daß als Folge der Konzentration von Mehrfamilienhäusern in den größeren Städten sich bei dieser Gebäudeart die höchsten Kriegszerstörungen ergaben, die daher, verstärkt durch den Bevölkerungszufluß nach dem Kriege in die Städte, zwangsläufig zu verstärktem Wiederaufbau und Neubau und damit zu einem hohen Anteil der jüngsten Baualtersklasse führten. Die nichtlandwirtschaftlichen Wohngebäude mit einer Wohnung — Gebäude und Wohnungen sind hier kongruent — stammen noch zu 35% aus der Zeit von 1900 und früher und zu 43% aus der Nach-



kriegszeit. Bei den Gebäuden mit zwei Wohnungen scheint eine starke Bauperiode zwischen 1901 und 1948 gelegen zu haben, denn 32% datieren aus dieser Zeit.

Unterkellerung

Ausgelöst durch Fragen im Zusammenhang mit Maßnahmen des zivilen Bevölkerungsschutzes wurde festgestellt, inwieweit die bewohnten Gebäude voll, teilweise oder überhaupt nicht unterkellert sind. In Verbindung mit dem Baualter gibt dieses Merkmal zusätzliche Hinweise auf den Qualitätsstand der bewohnten Gebäude.

Infolge der relativ ungünstigen Altersstruktur des Gebäudebestandes sowie der zahlreichen nichtlandwirtschaftlichen Wohngebäude mit einer Wohnung und landwirtschaftlichen Wohngebäude war zu erwarten, daß sich auch hinsichtlich der Unterkellerung kein allzu günstiges Bild ergeben würde. Unter den Wohngebäuden wiesen denn auch die landwirtschaftlichen besondere Mängel auf, indem nur 38% von ihnen voll, 49% teilweise und 13% überhaupt nicht unterkellert waren. Für die nichtlandwirtschaftlichen Wohngebäude mit einer Wohnung waren die entsprechenden Anteilsätze 57, 33 und 10%. Sehr günstig stellten sich dagegen die Wohngebäude mit drei und mehr Wohnungen dar, denn hier betrug der Grad der Vollunterkellerung 81%, nur 3% waren nicht unterkellert. Die sonstigen Gebäude waren mit 36% ebenfalls verhältnismäßig stark teilweise unterkellert. Unterkünfte, Wochenend- und Ferienhäuser unter 50 qm Wohnfläche fielen zu 60 bzw. 63% in die Kategorie der nicht unterkellerten Gebäude.

Die Einführung des Baualters in diese Betrachtung differenziert die Aussagen erheblich. So hatten von den insgesamt sehr ungünstig abschneidenden landwirtschaftlichen Wohngebäuden die Neubauten von 1949 bis 1960 einen Vollunterkellerungsgrad von immerhin 72% und die noch später errichteten Gebäude kamen sogar auf 77%. Umgekehrt war diese Gebäudekategorie, soweit sie 1900 oder früher erbaut war, nur zu 21% voll unterkellert. Ein ähnliches Bild ergibt sich für nichtlandwirtschaftliche Wohngebäude mit einer Wohnung. Der Uraltbau wies nur zu 21% volle Unterkellerung auf, der Neubau nach 1948 etwa zu 80%. Wohngebäude mit drei und mehr Wohnungen hatten ab 1949 sogar zu 92% Vollunterkellerung. Mit zunehmender Intensivierung der Stadtsanierung und Dorferneuerung und mit dem damit verbundenen Verschwinden des Alt- und Uraltbaus wird sich der Anteil der voll unterkellerten Wohngebäude am gesamten Wohngebäudebestand zweifellos noch sehr erheblich verbessern.

Wasserversorgung,  
Abwasser- und Fäkalienbeseitigung

Ein hinsichtlich des Wohnkomforts weit aussagekräftigeres Merkmal als Baualter und Unterkellerung sind die Art der Wasserversorgung eines Gebäudes und der darin liegenden Wohnungen sowie der Grad der Entsorgung (Beseitigung von Abwasser und Fäkalien). Es kann mit Genugtuung vermerkt werden, daß der qualifizierteste Wasserversorgungsgrad, nämlich der Anschluß an das öffentliche Wassernetz, trotz der weithin ländlichen und kleingemeindlichen Struktur des Landes mit

Wohngebäude nach Art der Unterkellerung am 25. 10. 1968  
(Ohne Wochenend- und Ferienhäuser)

Baualtersgruppe	Von den nichtlandwirtschaftlichen Wohngebäuden									Von den landwirtschaftlichen Wohngebäuden		
	mit 1 Wohnung			mit 2 Wohnungen			mit 3 und mehr Wohnungen					
	waren ... unterkellert											
	voll	teil- weise	nicht	voll	teil- weise	nicht	voll	teil- weise	nicht	voll	teil- weise	nicht
Anzahl												
bis 1900	26 328	73 031	22 708	13 709	24 476	5 030	10 148	6 847	1 156	12 227	35 398	10 159
1901 - 1918	12 502	9 401	1 720	10 611	5 277	533	7 584	1 419	156	4 071	3 777	597
1919 - 1948	37 137	11 501	3 106	27 431	6 015	826	11 128	1 358	196	8 024	3 639	715
1949 - 1960	63 339	9 815	3 833	32 030	3 940	843	19 078	1 383	287	6 471	2 083	462
1961 oder später	56 804	9 951	4 408	22 314	2 655	1 041	12 084	839	275	4 665	1 131	271
Insgesamt	196 110	113 699	35 775	106 095	42 363	8 273	60 022	11 846	2 070	35 458	46 028	12 204
Anteile nach Art der Unterkellerung in %												
bis 1900	21	60	19	32	56	12	56	38	6	21	61	18
1901 - 1918	53	40	7	65	32	3	83	15	2	48	45	7
1919 - 1948	72	22	6	80	18	2	88	11	1	65	29	6
1949 - 1960	82	13	5	87	11	2	92	7	1	72	23	5
1961 oder später	80	14	6	86	10	4	92	6	2	77	19	4
Insgesamt	57	33	10	68	27	5	81	16	3	38	49	13
Anteile nach Baualter in %												
bis 1900	14	64	63	13	58	61	17	58	56	35	77	83
1901 - 1918	6	8	5	10	13	6	13	12	8	11	8	5
1919 - 1948	19	10	9	26	14	10	18	11	9	23	8	6
1949 - 1960	32	9	11	30	9	10	32	12	14	18	5	4
1961 oder später	29	9	12	21	6	13	20	7	13	13	2	2
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100



Wohngebäude und Wohnungen nach Art der Wasserversorgung am 25. 10. 1968

Gebäudeart	Insgesamt		Mit Anschluß an Wassernetz		Mit eigener Wasser- versorgung mit Zapfstelle				Mit sonstiger Wasser- versorgung (Pumpe, Brunnen)		Keine Wasser- versorgung			
	im Gebäude													
	Ge- bäude	Woh- nungen	Ge- bäude	Woh- nungen	Ge- bäude	Woh- nungen	Ge- bäude	Woh- nungen	Ge- bäude	Woh- nungen				
Anzahl		%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl					
Nichtlandwirtschaftliche Wohngebäude														
mit 1 und 2 Wohnungen	502 315	659 046	495 762	99	651 294	99	4 256	1	5 193	1	914	1 051	1 383	1 508
mit 3 und mehr Wohnungen	73 938	351 890	73 614	100	350 354	100	279	.	1 358	.	30	115	15	63
Landwirtschaftliche Wohngebäude	93 690	108 697	90 342	96	104 885	96	2 671	3	3 078	3	429	471	248	263
Wochenend- und Ferien- häuser mit 50 und mehr qm Wohnfläche	1 972	2 007	1 433	73	1 460	73	299	15	305	15	100	101	140	141
Insgesamt	671 915	1 121 640	661 151	98	1 107 993	99	7 505	1	9 934	1	1 473	1 738	1 786	1 975

98% bei Wohngebäuden und bei 99% des darin liegenden Wohnungsbestandes praktisch erreicht ist. Die nichtlandwirtschaftlichen Wohngebäude mit drei und mehr Wohnungen kamen samt ihrer Wohnungen sogar an 100% heran, und selbst die landwirtschaftlichen Wohngebäude waren zu jeweils 96% entsprechend versorgt. Nur die Wochenend- und Ferienhäuser mit 50 und mehr qm Wohnfläche, die definitionsgemäß zu den Wohngebäuden zählen, waren lediglich zu 73% an ein öffentliches Netz angeschlossen, 15% hatten eine eigene Wasserversorgung mit Zapfstelle, 5% sonstige Wasserversorgung (Pumpe oder Brunnen) und 7% keine Wasserversorgung im Gebäude. Fehlende Wasserversorgung im Gebäude wurde noch relativ häufig mit 19% bei den Unterkünften und mit 36% bei den Wochenend- und Ferienhäusern unter 50 qm Wohnfläche nachgewiesen.

Wesentlich differenzierter waren die Verhältnisse in bezug auf die Entsorgung, nicht zuletzt wegen der unterschiedlichen Bedeutung, die der Beseiti-

gung von Fäkalien oder Schmutzwasser in den einzelnen Gebäudearten zukommen. Es ist zum Beispiel aus dem Vorhandensein einer mangelhaften Fäkalienbeseitigung bei 44% der rund 94 000 landwirtschaftlichen Wohngebäude und 42% der etwa 109 000 Wohnungen nicht ohne weiteres zu schließen, daß es sich hier um unzureichende Wohnverhältnisse handelt, denn bei einem Großteil dieser Landwirtschaftsbetriebe werden Fäkalien als Felddünger verwendet. Zum Teil trifft dieses Argument sicher auch auf nichtlandwirtschaftliche Wohngebäude mit einer oder zwei Wohnungen zu, insoweit sie mit größeren Gärten oder Feldbestellung im kleineren Rahmen verbunden sind. 19% dieser Gebäudekategorie hatten ebenfalls mangelhafte Fäkalien- und Schmutzwasserbeseitigung. Am besten wurden nichtlandwirtschaftliche Wohngebäude mit drei und mehr Wohnungen entsorgt, sie waren zu 77% mit 82% ihres Wohnungsbestandes an eine Kanalisation für Fäkalien mit oder ohne Schmutzwasserbeseitigung angeschlossen, gefolgt von den sonstigen Gebäuden (68%).

Wohngebäude und Wohnungen nach Art der Fäkalien- und Schmutzwasserbeseitigung am 25. 10. 1968

Gebäudeart	Insgesamt		Mit Anschluß an Kanalisation für Fäkalien mit oder ohne Schmutz- wasserbeseitigung		Mit Hauskläranlage		Mit sonstiger Fäkalien- und Schmutz- wasserbeseitigung <sup>1)</sup>	
	Ge- bäude	Woh- nungen	Ge- bäude	Woh- nungen	Ge- bäude	Woh- nungen	Ge- bäude	Woh- nungen
	Anzahl	Anzahl	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Nichtlandwirtschaftliche Wohngebäude								
mit 1 und 2 Wohnungen	502 315	659 046	253 681	50	340 065	52	154 226	31
mit 3 und mehr Wohnungen	73 938	351 890	57 064	77	288 416	82	13 002	18
Landwirtschaftliche Wohngebäude	93 690	108 697	30 407	32	36 472	34	22 292	24
Wochenend- und Ferien- häuser mit 50 und mehr qm Wohnfläche	1 972	2 007	297	15	304	15	1 293	66
Insgesamt	671 915	1 121 640	341 449	51	665 257	59	190 813	28

1) Anschluß nur für Schmutzwasser, Fäkalienabfuhr, Ableitung ohne Kläranlage in Graben oder Bach oder keine Fäkalienabfuhr oder -ableitung.



## 2. Gemeindegrößenklassen

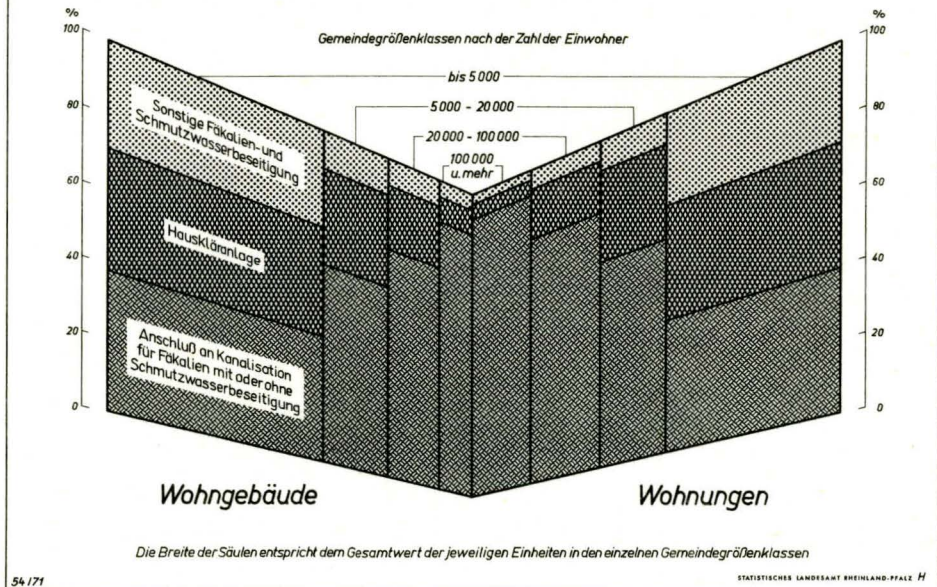
Die Zuordnung der Gemeinden zu den Größenklassen erfolgte nach dem Gebietsstand vom 1. Januar 1970. Wegen der Vielzahl kleiner und kleinster Gemeinden im Lande lagen 41% der bewohnten Gebäude mit 31% der vorhandenen Wohnungen in Gemeinden mit weniger als 2 000 Einwohnern. Hier war naturgemäß der Anteil der landwirtschaftlichen Gebäude (26% mit 23% des Wohnungsbestandes) besonders hoch, denn 78% aller landwirtschaftlichen Wohngebäude mit 74% der Wohnungen in dieser Gebäudeart entfielen auf solche Kleingemeinden. Mit zunehmender Gemeindegrößenklasse änderte sich die Zusammensetzung des Gebäudebestandes erheblich. So zählten in den Großstädten nur noch 2% der bewohnten Gebäude mit 1% der Wohnungen zu den landwirtschaftlichen Wohngebäuden. Die sonstigen bewohnten Gebäude waren anteilmäßig in den einzelnen Gemeindegrößenklassen relativ fast gleich stark vertreten, jedoch muß man hier den Bevölkerungsanteil der einzelnen Klassen in Betracht ziehen. Bei dieser Betrachtungsweise kommt man zu einer gewissen Konzentration der Wohnungen in bewohnten sonstigen Gebäuden in den oberen Größenklassen, denn einem Bevölkerungsanteil von 18% in Gemeinden ab 50 000 Einwohnern stand ein Anteil der genannten Wohnungen in Höhe von 26% gegenüber.

Während über den Grad der Unterkellerung in den einzelnen Gemeindegrößenklassen keine Ergebnisse vorliegen, läßt sich der Stand der Entsorgung in der gleichen Gliederung für die Wohngebäude nachweisen. Es besteht eine starke positive Korrelation der Art, daß bei einem Landesdurchschnitt von 51% mit zunehmender Gemeindegröße prozentual immer mehr Häuser an die Kanalisation für Fäkalien mit oder ohne Schmutzwasserbeseitigung angeschlossen sind. In Gemeinden mit weniger als 2 000 Einwohnern waren nur 33% der Wohngebäude mit ebenfalls 33% der Wohnungen angeschlossen, in Gemeinden mit 5 000 bis 10 000 Einwohnern waren es schon 60% (62%) und in Großstädten schließlich 87% (92%). Entsprechend negativ verlief die Korrelation bei dem Vorhandensein von Hauskläranlagen oder sonstiger Fäkalien- und Schmutzwasserbeseitigung.

### 3. Regionale Unterschiede

Die relativ günstigste Baualtersstruktur des Gesamtwohngebäudebestandes hatte der Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz (Gebietsstand 1.

Wohngebäude und Wohnungen nach Gemeindegrößenklassen und Art der Fäkalien- und Schmutzwasserbeseitigung am 25.10.1968



Januar 1970), wo 39% der Gebäude und 45% der Wohnungen aus der Neubauperiode von 1949 und später stammen. Da in diesem Bezirk die meisten größeren Städte liegen, die im Krieg besonders durch Luftangriffe betroffen waren, ist dieser Anteil namentlich bei den nichtlandwirtschaftlichen Wohngebäuden mit drei und mehr Wohnungen sehr hoch. Von dieser Gebäudeart sind 47% der Gebäude und 58% der Wohnungen nach 1948 erbaut (in Koblenz 44 bzw. 50%, in Trier 44 bzw. 48%). Andererseits war im Bezirk Rheinhessen-Pfalz bei den landwirtschaftlichen Wohngebäuden die mit Abstand ungünstigste Altersstruktur festzustellen, denn 68% stammten noch aus der Zeit von 1900 und früher (Koblenz 58%, Trier 59%).

Der Grad der Unterkellerung war bei den nichtlandwirtschaftlichen Wohngebäuden mit einer oder zwei Wohnungen im Regierungsbezirk Trier verhältnismäßig ungünstig, denn bei einem Landeschnitt von 60% voll unterkellerten und 9% nicht unterkellerten Gebäude betrugen die korrespondierenden Werte hier 53 und 15%. Der Bezirk Koblenz lag mit 78% voll unterkellerten nichtlandwirtschaftlichen Wohngebäuden mit drei und mehr Wohnungen am Ende der Skala (Rheinhessen-Pfalz 83%), dafür hatte er aber 43% voll unterkellerte landwirtschaftliche Wohngebäude (Landesschnitt 38%, Trier 31%).

Die Entsorgung der Wohngebäude hat sich in den Landkreisen und kreisfreien Städten seit 1961, dem Zeitpunkt der letzten Gebäudezählung, erheblich verbessert. Waren 1961 erst 22% der Wohngebäude in den Landkreisen an eine Kanalisation für Fäkalien mit oder ohne Schmutzwasserbeseitigung angeschlossen, so verdoppelte sich dieser Anteilssatz bis 1968 auf 44%. In den kreisfreien Städten erhöhte sich der entsprechende Wert von 64 auf 81%, im Landesdurchschnitt von 30 auf 51%. Mangelhafte



Wohngebäude und Wohnungen nach Regierungsbezirken, Baualter und Gebäudearten am 25.10.1968  
(Ohne Wochenend- und Ferienhäuser)

Regierungsbezirk Baualter	Insgesamt		Nichtlandwirtschaftliche Wohngebäude mit ... Wohnungen					Landwirtschaftliche Wohngebäude	
			1	2		3 oder mehr			
	Gebäude	Wohnungen	Gebäude Wohnungen	Gebäude	Wohnungen	Gebäude	Wohnungen	Gebäude	Wohnungen
Anzahl									
<u>Koblenz</u>	258 542	409 386	133 789	61 926	123 852	25 928	109 794	36 899	41 951
bis 1900 errichtet	93 413	133 541	47 477	17 473	34 946	7 131	27 298	21 332	23 820
1901 - 1918   "	22 543	38 437	9 109	6 466	12 932	3 328	12 141	3 640	4 255
1919 - 1948   "	41 783	66 967	19 056	12 910	25 820	4 045	15 346	5 772	6 745
1949 oder später   "	100 803	170 441	58 147	25 077	50 154	11 424	55 009	6 155	7 131
<u>Trier</u>	94 160	134 480	46 771	15 008	30 016	7 119	30 022	25 262	27 671
bis 1900 errichtet	38 174	48 205	17 568	3 992	7 984	1 698	6 552	14 916	16 101
1901 - 1918   "	7 539	12 038	3 014	1 367	2 734	986	3 835	2 172	2 455
1919 - 1948   "	14 622	21 978	6 557	3 087	6 174	1 270	5 091	3 708	4 156
1949 oder später   "	33 825	52 259	19 632	6 562	13 124	3 165	14 544	4 466	4 959
<u>Rheinhausen-Pfalz</u>	317 241	575 767	165 024	79 797	159 594	40 891	212 074	31 529	39 075
bis 1900 errichtet	109 630	164 120	57 022	21 750	43 500	9 322	37 254	21 536	26 344
1901 - 1918   "	27 566	52 314	11 500	8 588	17 176	4 845	20 287	2 633	3 351
1919 - 1948   "	54 671	98 053	26 131	18 275	36 550	7 367	31 528	2 898	3 844
1949 oder später   "	125 374	261 280	70 371	31 184	62 368	19 357	123 005	4 462	5 536
<u>Rheinland-Pfalz</u>	669 943	1 119 633	345 584	156 731	313 462	73 938	351 890	93 690	108 697
bis 1900 errichtet	241 217	345 866	122 067	43 215	86 430	18 151	71 104	57 784	66 265
1901 - 1918   "	57 648	102 789	23 623	16 421	32 842	9 159	36 263	8 445	10 061
1919 - 1948   "	111 076	186 998	51 744	34 272	68 544	12 682	51 965	12 378	14 745
1949 oder später   "	260 002	483 980	148 150	62 823	125 646	33 946	192 558	15 083	17 626
Anteil der Gebäude und Wohnungen in %									
<u>Koblenz</u>	100	100	100	100	100	100	100	100	100
bis 1900 errichtet	36	33	35	28	28	27	25	58	57
1901 - 1918   "	9	9	8	10	10	13	11	10	10
1919 - 1948   "	16	16	14	21	21	16	14	15	16
1949 oder später   "	39	42	43	41	41	44	50	17	17
<u>Trier</u>	100	100	100	100	100	100	100	100	100
bis 1900 errichtet	41	36	38	27	27	24	22	59	58
1901 - 1918   "	8	9	6	9	9	14	13	8	9
1919 - 1948   "	15	16	14	21	21	18	17	15	15
1949 oder später   "	36	39	42	43	43	44	48	18	18
<u>Rheinhausen-Pfalz</u>	100	100	100	100	100	100	100	100	100
bis 1900 errichtet	35	29	35	27	27	23	17	68	67
1901 - 1918   "	9	9	7	11	11	12	10	9	9
1919 - 1948   "	17	17	16	23	23	18	15	9	10
1949 oder später   "	39	45	42	39	39	47	58	14	14
<u>Rheinland-Pfalz</u>	100	100	100	100	100	100	100	100	100
bis 1900 errichtet	36	31	35	28	28	25	20	62	61
1901 - 1918   "	8	9	7	10	10	12	10	9	9
1919 - 1948   "	17	17	15	22	22	17	15	13	14
1949 oder später   "	39	43	43	40	40	46	55	16	16



Fäkalien- und Schmutzwasserbeseitigung ging daher in den Landkreisen von 58 auf 24%, in den kreisfreien Städten von 25 auf 7% und im Landesdurchschnitt von 52 auf 21% zurück, nicht zuletzt auch deshalb, weil die Hauskläranlagen, besonders in den Landkreisen, an Bedeutung gewannen.

Zwischen den Regierungsbezirken ergeben sich verhältnismäßig differenzierte Entsorgungsgrade. Im Bezirk Koblenz waren nur 45% der Wohngebäude mit 51% der Wohnungen an eine Kanalisation für Fäkalien mit oder ohne Schmutzwasser-

beseitigung angeschlossen. In Trier stellten sich die entsprechenden Werte auf 52 und 60%, im Bezirk Rheinhessen-Pfalz auf 55 und 65%. Dafür hatte aber der Bezirk Koblenz den höchsten Entsorgungsgrad in bezug auf Hauskläranlagen (37% der Gebäude und 35% der Wohnungen), so daß der Anteil der ausgesprochen mangelhaften Fäkalien- und Schmutzwasserbeseitigung in allen Regierungsbezirken fast gleich hoch war (18 bis 24% bei Gebäuden, 14 bis 17% bei Wohnungen).

Dr. P. Baron

## Ertragslage und Investitionstätigkeit der Handwerkswirtschaft 1967

### Ergebnisse der Ergänzungserhebung der Handwerkszählung 1968

Erste Ergebnisse der Allgemeinen Erhebung der Handwerkszählung 1968 über die Entwicklung der wichtigsten Strukturdaten wie Betriebe, Beschäftigte und Umsatz nach Handwerks- und Wirtschaftszweigen, Verwaltungs- und Kammerbezirken wurden bereits zu einem früheren Zeitpunkt veröffentlicht<sup>1)</sup>. Die endgültigen Werte und Relationen werden in ausführlicher Darstellung als Band 215 der Reihe Statistik von Rheinland-Pfalz „Das Handwerk in Rheinland-Pfalz 1968“ publiziert. Da die endgültigen Ergebnisse von den vorläufigen nur unbeträchtlich abweichen, erscheint deren Wiedergabe hier nicht angezeigt.

<sup>1)</sup> K. H. Speth: Die Handwerkswirtschaft im Jahre 1968. Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, Jg. 21, Heft 12, Dezember 1968.  
Ders.: Die Struktur der Handwerkswirtschaft im Jahre 1968. Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, Jg. 22, Heft 2, Februar 1969.  
Ders.: Struktur und Entwicklung des Handwerks in den neuen kreisfreien Städten und Landkreisen 1962 bis 1969. Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, Jg. 23, Heft 5, Mai 1970.

Nunmehr ist auch die Aufbereitung der in der repräsentativen Ergänzungserhebung erfragten Ertrags-Aufwandsstruktur und der Investitionen der heimischen Handwerkswirtschaft abgeschlossen. Die wesentlichsten Ergebnisse und das Resultat der Fortschreibung des Beschäftigtenstandes und des Umsatzes bis zum Jahre 1970 sind Gegenstand des nachstehenden Beitrags. Die Ausführungen beschränken sich auf das selbständige Handwerk — für handwerkliche Nebenbetriebe liegen nur Teilergebnisse vor — und für 1967 auf die Betriebe mit vollem Geschäftsjahr.

### 1. Ertrags- und Aufwandsstruktur

Im rheinland-pfälzischen Handwerk belief sich 1967 der Verbrauch von Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen sowie von eingesetzter Handelsware auf insgesamt reichlich 3,8 Mrd. DM, womit der Vergleichswert aus 1962 um 30,1% übertroffen wurde. Der Bruttoproduktionswert betrug nahezu 7,7 Mrd. DM und lag um 2,7% unter dem Umsatz. Gegen-

Brutto- und Nettoproduktion, Materialverbrauch, Löhne, Gehälter und Sozialaufwendungen der Handwerkswirtschaft nach Wirtschaftszweigen und Beschäftigtengrößenklassen 1967

Wirtschaftszweig	Brutto- produk- tionswert 1)	Material- verbrauch <sup>2)</sup>		Nettoproduktionswert <sup>1)</sup>			Netto- quote 1)	Löhne, Gehälter und Sozial- aufwendungen <sup>4)</sup>	
		ins- gesamt	Anteil 3)	ins- gesamt	je Be- trieb	je tätiger Person		ins- gesamt	Anteil am Umsatz
	1 000 DM		%	1 000 DM			%	1 000 DM	%
Verarbeitendes Gewerbe	3 673 129	2 084 474	56,7	1 588 655	69,2	16,7	43,3	526 896	14,2
Eisen- und NE-Metallerzeugung,									
Gießerei und Stahlverformung	128 537	54 169	42,1	74 368	41,0	13,6	57,9	23 870	18,2
Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau	1 038 336	611 825	58,9	426 511	153,9	17,2	41,1	173 767	16,5
Elektrotechnik, Feinmechanik, Optik u.ä.	254 359	105 710	41,6	148 649	90,7	17,2	58,4	55 788	21,9
Holz-, Papier- und Druckgewerbe	444 517	204 671	46,0	239 846	56,4	16,6	54,0	87 894	19,5
Leder-, Textil- und Bekleidungsgewerbe	141 489	64 443	45,5	77 046	15,8	8,7	54,5	19 322	13,7
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	1 541 477	988 778	64,1	552 699	78,6	18,6	35,9	140 798	9,1
Baugewerbe	2 639 062	876 869	33,2	1 762 193	171,3	18,0	66,8	847 478	30,0
Bauhauptgewerbe	1 825 621	530 500	29,1	1 295 121	320,3	19,7	70,9	648 744	32,4
Ausbau- und Bauhilfsgewerbe	813 441	346 369	42,6	467 072	74,8	14,4	57,4	198 734	24,1
Handel	1 092 516	842 284	77,1	250 232	118,0	18,0	22,9	82 779	7,6
Einzelhandel	556 662	391 911	70,4	164 751	85,0	16,4	29,6	51 140	9,2
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	6 816	2 437	35,8	4 379	486,6	26,1	64,2	1 678	24,7
Dienstleistungen	267 184	62 051	23,2	205 133	49,1	9,3	76,8	86 882	32,5
<b>Insgesamt</b>	<b>7 678 707</b>	<b>3 868 115</b>	<b>50,4</b>	<b>3 810 592</b>	<b>96,4</b>	<b>16,6</b>	<b>49,6</b>	<b>1 545 713</b>	<b>19,6</b>
Betriebe mit 1 - 9 Beschäftigten	3 412 433	1 777 613	52,1	1 634 820	46,4	14,5	47,9	494 769	14,4
10 - 19 "	1 118 776	530 710	47,4	588 066	226,9	17,1	52,6	260 989	22,9
20 und mehr "	3 147 498	1 559 792	49,6	1 587 706	916,2	19,4	50,4	789 955	23,7

1) Einschl. selbsterstellter Anlagen und Umsatz aus Handelsware. - 2) Einschl. Handelsware und vergebene Lohnarbeiten. - 3) Anteil am Bruttoproduktionswert. - 4) Ohne 884 000 DM Heimarbeiterlöhne, einschl. Aufwendungen für Lehrlinge.



über 1962 war eine durchschnittliche Steigerung um 37,4% zu verzeichnen. Dabei nahm der Steigerungssatz mit wachsender Betriebsgröße beträchtlich zu und belief sich bei Betrieben mit 20 und mehr Beschäftigten auf + 55,1%. Die Differenz zwischen Bruttoproduktionswert und Materialverbrauch entspricht dem Rothertrag oder Nettoproduktionswert, der sich im Vergleich zu 1962 um 45,7% auf rund 3,8 Mrd. DM erhöht hat. Die Gegenüberstellung dieser unterschiedlichen durchschnittlichen Steigerungsraten von Brutto- und Nettoproduktionswert läßt erkennen, daß die Wertschöpfung der Handwerkswirtschaft während des betrachteten Zeitraums überproportional zugenommen hat. Reichlich die Hälfte des Materialverbrauchs verteilte sich auf das verarbeitende Gewerbe, wobei das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe (989 Mill. DM) sowie der Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau (612 Mill. DM) besonders hervortraten. Hierunter dominierten wiederum die Schlachtereier und Fleischverarbeitung (622 Mill. DM) und der Straßenfahrzeugbau einschließlich Reparaturleistungen (389 Mill. DM). Neben dem ohnehin nicht stark ins Gewicht fallenden Verkehr und der Nachrichtenübermittlung war der Materialverbrauch im Dienstleistungsgewerbe weitaus am geringsten, welches auch mit 23,2% die kleinste Materialquote auswies. Für das Baugewerbe ergab sich mit 33,2% ebenfalls ein relativ niedriger Anteil des Materialverbrauchs bzw. der Vorleistungen anderer Unternehmen am Bruttoproduktionswert, wobei für das gesamte Handwerk ein Durchschnittssatz von 50,4% ermittelt wurde. Im Jahre 1962 hatte sich die Materialquote noch auf 53,2% belaufen. Die Wirtschaftsabteilung mit der höchsten Materialquote war der Handel (77,1%). Im verarbeitenden Gewerbe mit ebenfalls überdurchschnittlicher Materialquote (56,7%) stand das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe (64,1%) infolge hochwertiger Veredlungsprozesse an der Spitze.

Setzt man den Rothertrag zum Bruttoproduktionswert in Beziehung, ergibt sich für das gesamte Handwerk eine Rothertrags- oder Nettoquote von 49,6%. Die höchste Nettoquote errechnet sich mit 76,8% für die Dienstleistungen, worunter die Wirtschaftsgruppe Wäscherei und Reinigung, Schornsteinfeger mit 91,7% führte. Der niedrigste Satz wurde mit 22,9% für den Handel ermittelt. Beim Großhandel waren es sogar nur 15,4%. Eine relativ hohe Nettoquote von 66,8% ergibt sich auch im Baugewerbe, wobei Stukkateurgewerbe, Gipserei und Verputzerei mit 82,8% herausragen. Das verarbeitende Gewerbe wies entsprechend seinem erheblichen Materialeinsatz eine Rothertragsquote von lediglich 43,3% aus, die sich für den Nahrungs- und Genußmittelsektor nur auf 35,9% belief. Je Handwerksbetrieb betrug der Nettoproduktionswert 96 400 DM und hat sich damit gegenüber 1962 um 63,7% erhöht. Der Rothertrag je tätiger Person betrug rund 16 600 DM, wobei sich im Vergleich zu 1962 eine Steigerung um 38,3% ergab. Betrachtlich unter dem Durchschnittswert lagen das Leder-, Textil- und Bekleidungsgewerbe mit 8 700 DM und die Dienstleistungshandwerke mit 9 300 DM. Die Dienstleistungen erreichten somit nur die Hälfte

des Satzes von 18 600 DM im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe, wo das fleischverarbeitende Handwerk mit 21 300 DM die Backwarenherstellung mit 16 000 DM noch beträchtlich übertraf. Die Werte für die übrigen Wirtschaftsabteilungen bewegten sich um den Durchschnitt.

Diese Veränderungssätze charakterisieren die während der letzten Jahre im Handwerk zu verzeichnenden allgemeinen Strukturwandlungen. Der Nettoproduktionswert je Handwerksunternehmen wird vornehmlich durch die unterschiedlichen Betriebsgrößenordnungen in den einzelnen Wirtschaftsabteilungen bestimmt. Reichlich 45% des Nettoproduktionswertes entfielen auf das Baugewerbe. Einen nahezu gleich hohen Anteil konnte das verarbeitende Gewerbe auf sich vereinigen, und zwar mit Schwerpunkten im Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau sowie im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe.

Als Entgelt für den Kapitalverzehr und zur Abdeckung anderer Vorleistungen verblieben knapp 2,3 Mrd. DM, da reichlich 1,5 Mrd. DM des Nettoproduktionswertes Personalkosten waren. Bezogen auf den Umsatz, ergibt sich eine Lohn- und Gehaltsquote von 19,6%. Da die Personalkosten wesentlich durch den Einsatz familieneigener Arbeitskräfte bestimmt werden, schwankt die Lohn- und Gehaltsquote in den einzelnen Wirtschaftsabteilungen und -unterabteilungen beträchtlich. Dementsprechend war die Lohn- und Gehaltsquote im Handel (7,6%) und im Nahrungsmittelhandwerk (9,1%) am geringsten, während die höchsten Werte im Dienstleistungs- (32,5 %) und im Baugewerbe (30,0%) ermittelt wurden. Die Personalkosten verteilten sich zu 73% auf Löhne, zu 15% auf Gehälter und zu 12% auf die Arbeitgeberanteile zu den Beiträgen zur Sozialversicherung und auf Beiträge zur Berufsgenossenschaft. Von der Lohn- und Gehaltssumme entfielen 83% auf Lohn- und 17% auf Gehaltszahlungen. Bezogen auf den Nettoproduktionswert erreichte die Personalkostenquote knapp 41%, während sie 1962 erst 38% betragen hatte.

## 2. Investitionen

### Bruttoanlageinvestitionen

Im Jahre 1967 wurden in der Handwerkswirtschaft Bruttoanlageinvestitionen in Höhe von reichlich 260 Mill. DM getätigt. Die nur relativ geringfügige Erhöhung der Bruttoanlageinvestitionen gegenüber 1962 um etwa 7,1% dürfte in erster Linie auf die temporär begrenzte nachlassende Investitionsbereitschaft infolge der konjunkturellen Rezession der Jahre 1966 und 1967 zurückzuführen sein. Von der Gesamtsumme verteilten sich knapp 48% auf das verarbeitende Gewerbe und nahezu 42% auf das Baugewerbe. Innerhalb des verarbeitenden Gewerbes traten die Nahrungs- und Genußmittelhandwerke mit über 20% des Gesamtbetrags hervor, die sich wiederum zum weitaus größten Teil auf die Wirtschaftsgruppen Herstellung von Backwaren sowie Schlachtereier und Fleischverarbeitung verteilten (18,2%). Annähernd 11% der Bruttoanlageinvestitionen entfielen auf den Stahl-,



Wirtschaftszweig	Bruttoanlageinvestitionen						Material- und Warenbestände 1) am 31. 12.		Vorratsinvestitionen 1967	
	ins- gesamt	Anteil am Umsatz	je tätiger Person	Grund- stücke und Ge- bäude	Maschinen und Ausstattung			ins- gesamt	Halb- fertig- und Fertiger- zeugnisse	
						1966	1967			
	1 000 DM	%	DM	1 000 DM	%	1 000 DM				
Verarbeitendes Gewerbe	124 458	3, 4	1 310	38 044	86 414	69, 4	307 764	276 732	- 31 032	- 27 823
Eisen- und NE-Metallerzeugung, Gießerei und Stahlverformung	5 074	3, 9	931	1 502	3 572	70, 4	11 841	9 639	- 2 202	- 2 570
Stahl-, Maschinen- u. Fahrzeugbau	28 336	2, 7	1 146	11 793	16 543	58, 4	125 739	103 303	- 22 436	- 17 019
Elektrotechnik, Feinmechanik, Optik u. ä.	9 854	3, 9	1 142	3 917	5 937	60, 2	32 261	32 929	668	- 399
Holz-, Papier- und Druckgewerbe	20 805	4, 6	1 436	5 416	15 389	74, 0	52 822	46 478	- 6 344	- 7 485
Leder-, Textil- und Bekleidungs- gewerbe	2 888	2, 0	327	1 001	1 887	65, 3	22 185	21 448	- 737	47
Nahrungs- u. Genußmittelgewerbe	52 311	3, 4	1 759	13 123	39 188	74, 9	51 479	51 364	- 115	157
Baugewerbe	108 662	3, 8	1 108	20 691	87 971	81, 0	424 072	232 587	- 191 485	- 196 206
Bauhauptgewerbe	84 210	4, 2	1 280	12 860	71 350	84, 7	347 327	165 408	- 181 919	- 184 854
Ausbau- und Bauhilfsgewerbe	24 452	3, 0	756	7 831	16 621	68, 0	76 745	67 179	- 9 566	- 11 352
Handel	19 302	1, 8	1 391	9 291	10 011	51, 9	156 243	146 629	- 9 614	- 93
Einzelhandel	8 577	1, 5	854	2 984	5 593	65, 2	104 043	99 123	- 4 920	- 80
Verkehr u. Nachrichtenübermittlung	585	8, 6	3 482	31	554	94, 7	153	162	9	1
Dienstleistungen	7 498	2, 8	340	477	7 021	93, 6	20 171	20 547	376	- 323
I n s g e s a m t	260 505	3, 3	1 137	68 534	191 971	73, 7	908 403	676 657	- 231 746	- 224 444
Betriebe mit										
1 - 9 Beschäftigten	111 311	3, 3	985	29 737	81 574	73, 3	287 352	273 400	- 13 952	- 15 347
10 - 19 "	38 881	3, 3	1 133	11 306	27 575	70, 9	108 935	87 234	- 21 701	- 22 177
20 und mehr "	110 313	3, 3	1 346	27 491	82 822	75, 1	512 116	316 023	- 196 093	- 186 920

1) Einschl. Halbfertig- und Fertigerzeugnisse aus eigener Produktion.

Maschinen- und Fahrzeugbau mit dem Schwerpunkt im Straßenfahrzeugbau einschließlich Reparaturleistung (5,9%). Die für das Baugewerbe ermittelten Bruttoanlageinvestitionen von über 108 Mill. DM betrafen zu etwa 80% das Bauhauptgewerbe. Die Dienstleistungshandwerke erreichten hingegen nur knapp 3% der Gesamtinvestitionen, welche überwiegend die Sparten Wäscherei und Reinigung sowie das Friseur- und sonstige Körperpflegegewerbe betrafen.

Die Investitionen machten im Berichtsjahr 3,3% des Umsatzes aus gegenüber 4,4% im Jahre 1962. Die beachtliche Verminderung dieser Relation, auch Investitionsquote genannt, ist dadurch bedingt, daß sich die Zunahme der Investitionen in erheblich schwächerem Maße vollzogen hatte als die Steigerung des Umsatzes. Sie belief sich bei der Abteilung Verkehr und Nachrichtenübermittlung auf 8,6%, beim Bauhauptgewerbe auf 4,2% und beim gesamten verarbeitenden Gewerbe auf 3,4%. Auch die Nahrungsmittelhandwerke bewegten sich nahe um den Durchschnitt. Beträchtlich unter dem Mittelwert lagen hingegen die Dienstleistungshandwerke mit 2,8%, das Leder-, Textil- und Bekleidungsgewerbe mit 2,0% sowie der Handel mit 1,8%. Im Bekleidungsgewerbe, welches im wesentlichen das Schneiderhandwerk umfaßt, machten die Bruttoanlageinvestitionen nur 1,3% des Umsatzes aus.

Je tätiger Person wurden 1967 im Handwerk durchschnittlich 1 137 DM für Bruttoanlagezugänge ausgewiesen, wobei Verkehr und Nachrichtenübermittlung mit 3 482 DM die Spitzenposition hinsichtlich der Investitionsintensität einnahmen. An zweiter und dritter Stelle folgten in deutlichem Abstand der Handel mit 1 391 DM und das ver-

arbeitende Gewerbe mit 1 310 DM, worunter das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe mit 1 759 DM herausragte. Die geringsten Investitionsbeträge wurden für das Dienstleistungshandwerk sowie für das Leder-, Textil- und Bekleidungsgewerbe mit 340 bzw. 327 DM je tätiger Person ausgewiesen. Äußerst niedrige Werte ergaben sich für das Schneiderhandwerk mit 153 und das Uhrmacherhandwerk mit 53 DM je tätiger Person.

Von dem Gesamtinvestitionsvolumen, welches sich auf 260,5 Mill. DM bezifferte, wurden 62,7 Mill. DM (24,0%) für die Anschaffung bebauter Grundstücke und 5,9 Mill. DM (2,3%) für den Erwerb unbebauter Grundstück verwendet. Die bedeutendsten Anteile entfielen jedoch mit 89,5 Mill. DM (34,4%) auf die Anschaffung von Maschinen und maschinellen Anlagen sowie mit 102,4 Mill. DM (39,3%) auf die Erneuerung oder Ergänzung der Betriebs- und Geschäftsausstattung. Der Anteil für die Beschaffung von Grundstücken und Gebäuden an den Gesamtinvestitionen war beim Handel mit 48,1% am größten, in der Abteilung Verkehr und Nachrichtenübermittlung mit 5,3% am geringsten. Auch das Dienstleistungsgewerbe wies für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden nur einen Anteil von 6,4% aus. An nächster Stelle rangiert das Bauhauptgewerbe mit 19%. Die Nahrungs- und Genußmittelhandwerke bewegten sich um den Durchschnitt von reichlich 25%.

Bei einer Aufgliederung nach Betriebsgrößenklassen entfielen auf Kleinbetriebe mit ein bis neun Beschäftigten nahezu 43% aller Bruttoanlageinvestitionen. Ein weiteres knappes Drittel verteilte sich auf die Betriebe mit zehn bis 49 Beschäftigten, während etwa 11% auf die Größenklasse mit 50



bis 99 und rund 13% auf Betriebe mit 100 und mehr Beschäftigten entfielen. Das Verhältnis der Bruttoanlageinvestitionen zum Umsatz betrug für die drei Größenklassen mit ein bis neun, zehn bis 19 sowie 20 und mehr Beschäftigten einheitlich 3,3%. Somit hat sich gegenüber 1962, als die entsprechende Relation für die kleineren Betriebe etwa 4% und für die größeren mit zehn und mehr Beschäftigten fast 5% ausmachte, eine Angleichung der Investitionsquoten vollzogen.

#### Vorratsinvestitionen

Für die Material- und Warenbestände des Handwerks wurden Ende 1966 und 1967 Werte von 908,4 Mill. DM bzw. 676,7 Mill. DM ausgewiesen, woraus sich eine Abnahme der Vorratsinvestitionen um insgesamt 231,7 Mill. DM errechnet. Diese Entwicklung ist auf den sehr starken Lagerabbau im Berichtszeitpunkt zurückzuführen, welcher einerseits aus der Einführung der Mehrwertsteuer zum 1. Januar 1968 und den dadurch bedingten Schwierigkeiten beim Vorsteuerabzug resultierte, andererseits durch die konjunkturelle Entwicklung erklärbar wird. Bedingt durch die Gesamtheit der damaligen gesamtwirtschaftlichen Gegebenheiten verteilte sich diese Minderung an Vorratsinvestitionen auf fast alle Wirtschaftszweige und war im Baugewerbe mit — 191,5 Mill. DM am stärksten ausgeprägt. Darunter bezifferte sich der negative Saldo für das Bauhauptgewerbe auf 181,9 Mill. DM. Mit der Änderung des Steuersystems war hier zugleich der Übergang von der Ist- auf die Sollbesteuerung verbunden, was diese Entwicklung erklärt. Lediglich die für das Handwerk relativ unbedeutende Wirtschaftsabteilung Verkehr und Nachrichtenübermittlung sowie die arbeitsintensiven Dienst-

leistungshandwerke hatten eine bescheidenen positiven Saldo aufzuweisen. Die mit — 231,7 Mill. DM im Handwerk ausgewiesenen beträchtlichen negativen Vorratsinvestitionen resultierten zum größten Teil aus einer Abnahme der Halbfertig- und Fertigerzeugnisse aus eigener Produktion um 224,4 Mill. DM, welche zu über drei Vierteln zu Lasten des Bauhauptgewerbes ging. Dagegen haben sich die Vorräte an Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen um 6,7 Mill. DM leicht erhöht, während der Bestand an Handelsware eine Minderung um 14,0 Mill. DM erfahren hat, welche sich überwiegend aus Einbußen beim verarbeitenden Gewerbe (— 5,8 Mill. DM) und Handel (— 9,1 Mill. DM) zusammensetzte. Im Baugewerbe und in den Dienstleistungshandwerken hat dagegen der Bestand an Handelsware um zusammen etwa 0,8 Mill. DM leicht zugenommen. Nach Betriebsgrößenklassen betrachtet, betraf die Abnahme der Vorratsinvestitionen im Handwerk zum weit überwiegenden Teil (— 196,1 Mill. DM) Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten.

### 3. Umsatz

#### Funktionsarten

In modernen Handwerksbetrieben sind erfahrungsgemäß oft mehrere Wirtschaftsfunktionen miteinander verknüpft. Mit knapp 5,9 Mrd. DM entfielen rund drei Viertel des Gesamtumsatzes auf spezifisch handwerkliche Tätigkeiten. Im Jahre 1962 hatte sich der Handwerksumsatz auf etwa 70% des Gesamtwertes belaufen. Der nichthandwerkliche Umsatz wurde 1967 zu fast 93% als Handelsumsatz ausgewiesen, wobei letzterer annähernd 24% des Gesamtumsatzes betrug. Entsprechend der unterschiedlichen Eignung für eine Handelstätig-

Umsatz der Handwerkswirtschaft nach Umsatzarten 1967

Wirtschaftszweig	Umsatz			Handwerksumsatz					Handels- umsatz	Gast- stätten- und son- stiger Umsatz
	ins- gesamt	je Be- trieb	je tätiger Person	zu- sammen	je tätiger Person	aus eigenen Erzeug- nissen 1)	aus Re- para- turen	aus Dienst- lei- stungen		
	1 000 DM					%			1 000 DM	
Verarbeitendes Gewerbe	3 697 870	161	38,9	2 914 386	30,7	87,1	12,7	0,2	699 489	83 995
Eisen- und NE-Metallerzeugung, Gießerei und Stahlverformung	131 039	72	24,0	118 184	21,7	88,2	11,7	0,1	11 735	1 120
Stahl-, Maschinen- u. Fahrzeugbau	1 054 017	380	42,6	662 198	26,8	57,6	42,2	0,2	367 305	24 514
Elektrotechnik, Feinmechanik, Optik u. ä.	254 670	155	29,5	207 639	24,1	82,2	17,7	0,1	46 449	582
Holz-, Papier- und Druckgewerbe	451 036	106	31,3	407 622	28,3	97,8	1,7	0,5	41 557	1 857
Leder-, Textil- und Bekleidungs- gewerbe	141 332	29	15,9	113 469	12,7	72,0	27,3	0,7	27 398	465
Nahrungs- u. Genußmittelgewerbe	1 540 862	219	51,8	1 298 358	43,7	99,9	0,1	0,0	187 256	55 248
Baugewerbe	2 829 395	275	28,8	2 651 966	27,0	96,6	3,4	-	137 292	40 137
Bauhauptgewerbe	2 005 314	496	30,5	1 954 503	29,7	97,1	2,9	-	21 102	29 709
Ausbau- und Bauhilfsgewerbe	824 081	132	25,5	697 463	21,6	95,1	4,9	-	116 190	10 428
Handel	1 092 113	515	78,7	111 691	8,0	34,2	63,9	1,9	973 137	7 285
Einzelhandel	556 395	287	55,4	83 330	8,3	36,9	60,6	2,5	469 120	3 945
Verkehr u. Nachrichtenübermittlung	6 805	756	40,5	373	2,2	16,9	83,1	-	783	5 649
Dienstleistungen	267 444	64	12,1	211 096	9,6	7,3	0,2	92,5	41 526	14 822
I n s g e s a m t	7 893 627	200	34,4	5 889 512	25,7	87,5	9,1	3,4	1 852 227	151 888
Betriebe mit										
1 - 9 Beschäftigten	3 424 210	97	30,3	2 648 612	23,4	87,1	8,3	4,6	696 566	79 032
10 - 19 "	1 139 733	440	33,2	894 079	26,1	86,1	11,5	2,4	220 928	24 726
20 und mehr "	3 329 684	1 921	28,6	2 346 821	28,6	88,4	9,0	2,6	934 733	48 130

1) Sowie aus Installationen und Montage.



Umsatz der Handwerkswirtschaft nach Absatzrichtung 1967

Wirtschaftszweig	Insgesamt	Lieferungen und Leistungen an					
		private Haushalte	öffentliche Auftraggeber	Landwirtschaft	Industrie und Handwerk	Groß- und Einzelhandel	Gaststätten- und sonstige Abnehmer
1 000 DM							
Verarbeitendes Gewerbe	3 697 870	2 060 302	266 459	197 035	571 583	436 523	165 968
Eisen- und NE-Metallerzeugung, Gießerei und Stahlverformung	131 039	40 734	25 572	19 083	33 167	7 601	4 882
Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau	1 054 017	358 970	118 368	121 926	299 015	106 365	49 373
Elektrotechnik, Feinmechanik, Optik u.ä.	254 670	85 291	23 099	5 670	67 681	53 981	18 948
Holz-, Papier- und Druckgewerbe	451 036	207 643	68 656	24 183	74 205	58 120	18 229
Leder-, Textil- und Bekleidungsgewerbe	141 332	109 989	8 389	1 859	7 440	11 270	2 385
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	1 540 862	1 193 109	11 287	18 461	67 247	181 780	68 978
Baugewerbe	2 829 395	1 035 037	1 058 886	143 161	425 217	91 394	75 700
Bauhauptgewerbe	2 005 314	658 365	857 225	98 596	295 013	63 125	32 990
Ausbau- und Bauhilfsgewerbe	824 081	376 672	201 661	44 565	130 204	28 269	42 710
Handel	1 092 113	426 296	31 186	332 036	110 174	149 910	42 511
Einzelhandel	556 395	375 977	18 109	35 635	57 392	47 938	21 344
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	6 805	1 628	630	59	3 842	619	27
Dienstleistungen	267 444	213 467	17 908	861	21 966	6 917	6 325
Insgesamt	7 893 627	3 736 730	1 375 069	673 152	1 132 782	685 363	290 531
Betriebe mit 1 - 9 Beschäftigten	3 224 205	2 360 794	216 581	207 078	291 890	232 616	115 246
10 - 19 "	1 139 736	535 019	166 599	83 079	188 001	117 177	49 861
20 und mehr "	3 329 686	840 917	991 889	382 995	652 891	335 570	125 424

keit ergaben sich allerdings in den einzelnen Wirtschaftszweigen teils beträchtliche Abweichungen von der Gesamtrelation. Der größte Anteil des Handelsgeschäfts mit durchschnittlich 90% vom Gesamtumsatz wurde erwartungsgemäß im Handel festgestellt. Demgegenüber waren im Baugewerbe kaum 5% des Gesamtumsatzes als Handelsumsatz ausgewiesen, in der Unterabteilung Bauhauptgewerbe sogar nur etwa 1%. Im verarbeitenden Gewerbe belief sich der Anteil des Handelsumsatzes auf 18,9%, wobei der Betrag für das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe unter 13% lag. Beim Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau waren hingegen reichlich 34% des Gesamtumsatzes Handelsumsatz, worunter der Straßenfahrzeugbau mit annähernd 44% herausragte. Die Dienstleistungsgewerbe bewegten sich mit einem Handelsanteil von etwa 15,4% beträchtlich unter dem Durchschnitt. Dabei lagen jedoch die Friseur- und sonstigen Körperpflegehandwerke mit einem Anteil von über 24% wesentlich höher. Der sonstige Umsatz machte weniger als 2% des gesamten Umsatzes aus und war somit von untergeordneter Bedeutung.

Aufschlußreich für die Art und Weise der handwerklichen Produktion ist die Aufschlüsselung des eigentlichen Handwerksumsatzes nach der Herstellung eigener Erzeugnisse mit Installationen und Montage sowie nach Reparaturen und nach Dienstleistungen. Während 1962 knapp 78% des Handwerksumsatzes auf Neuherstellungen mit Installation und Montage entfielen, hat sich dieser Anteil 1967 auf 87,5% erhöht. Demgegenüber ist der Anteil der Reparaturen von 14,6 auf 9,1% merklich zurückgegangen. Daraus geht hervor, daß das Schwergewicht der handwerklichen Tätigkeit heute eindeutig im Bereich der Fertigung liegt, wobei neben der Stoffverarbeitung allerdings auch der

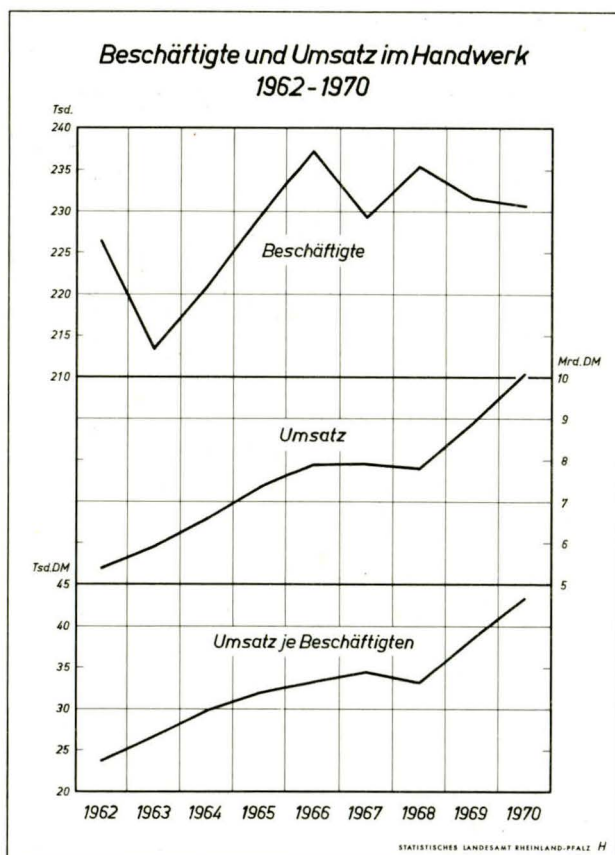
Stoffveredelung eine wachsende Bedeutung zukommen dürfte. Im Baugewerbe überschritt der Anteil der Neuherstellungen mit 96,6% den Handwerksdurchschnitt beträchtlich, dagegen lag das gesamte verarbeitende Gewerbe mit 87,1% nur leicht unter dem Mittelwert. Hierunter resultierte der Handwerksumsatz beim Nahrungs- und Genußmittelgewerbe praktisch zu 100% aus der Herstellung eigener Erzeugnisse. Im Friseur- und sonstigen Körperpflegehandwerk war der Handwerksumsatz zu über 98% auf Dienstleistungen zurückzuführen.

#### Marktverflechtung

Für die Umsatzstruktur der Handwerkswirtschaft ist deren Marktverflechtung mit den übrigen Wirtschaftsbereichen außerordentlich aufschlußreich. Im Jahre 1967 bezogen die privaten Haushalte mit 47% den größten Anteil der handwerklichen Güter und Leistungen, welcher sich jedoch gegenüber 1962 leicht vermindert hatte. Im Vergleich zur vorangegangenen Zählung sind unter den Abnehmern die Anteile von Industrie und Handwerk sowie des Groß- und Einzelhandels, welche sich auf 14 bzw. 9% beliefen, ebenfalls geringfügig zurückgegangen. Die öffentlichen Auftraggeber konnten hingegen merklich expandieren und nahmen in der Reihe der Handwerkskunden mit 17% vom Handwerksumsatz die zweite Stelle ein. Als weitere Käufer folgten die Landwirtschaft mit rund 9% sowie das Gaststättengewerbe und sonstige Abnehmer mit knapp 4%.

Eine Gliederung des Absatzes nach Betriebsgrößenklassen läßt erhebliche Differenzierungen erkennen. Betriebe mit ein bis neun Beschäftigten, wozu über 88% aller Handwerksunternehmen zählen, erbrachten reichlich zwei Drittel ihrer Produkte und Dienste für private Haushalte. Demgegenüber war die Gruppe der privaten Abnehmer am Absatz der Betriebe mit zehn und mehr Beschäf-





tigten nur noch mit knapp 31% beteiligt. Für Unternehmen mit 50 und mehr tätigen Personen betrug der Anteil der privaten Haushalte sogar weniger als ein Fünftel. Abgesehen vom etwa gleichbleibenden Anteil des Gaststättengewerbes und der sonstigen Abnehmer in den verschiedenen Größenklassen nahmen die Anteilsätze der übrigen Wirtschaftsbereiche mit steigender Betriebsgröße zum Teil stark zu. So lieferten Unternehmen mit weniger als zehn Beschäftigten ihre Leistungen nur zu 6% an öffentliche Auftraggeber und zu 9% an Abnehmer aus Industrie und Handwerk. Unter der Kundschaft der Betriebe mit zehn und mehr Arbeitskräften hat sich hingegen der Anteil der Behörden auf reichlich das Vierfache und der des verarbeitenden Gewerbes auf weit mehr als das Doppelte erhöht. Unternehmen mit 50 und mehr tätigen Personen erbrachten allein ein volles Drittel ihrer Gesamtleistung für öffentliche Auftraggeber. Insbesondere auf dem Bausektor trat die öffentliche Hand in zunehmendem Maße als Abnehmer handwerklicher Leistungen hervor.

Infolgedessen ist das Baugewerbe mit einem Anteil von 37% am stärksten von öffentlichen Auftraggebern abhängig. Demgegenüber wurden die Produkte und Leistungen des verarbeitenden Gewerbes lediglich zu 7% von Behörden in Anspruch genommen, wobei das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe mit einem Satz von weniger als 1% ohne Bedeutung blieb. Bei Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung sowie Dienstleistungen ergaben sich Anteile der öffentlichen Auftraggeber von 3%, 9% und 7%. Die privaten Haushalte dominierten unter den Abnehmern handwerklicher Leistun-

gen eindeutig im Leder-, Textil- und Bekleidungsgewerbe (77,8%), im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe (77,4%) und im Einzelhandel (67,6%) und in den Dienstleistungshandwerken (79,8%). Innerhalb der letzten war die Tätigkeit des Friseur- und sonstigen Körperpflegegewerbes naturgemäß fast ausschließlich auf private Abnehmer ausgerichtet. Unter den Kunden der Handwerkswirtschaft traten Industrie- und wiederum Handwerksunternehmen in den Eisen und Metall verarbeitenden Branchen des verarbeitenden Gewerbes mit jeweils etwa 25 bis 30% sowie im Verkehr und der Nachrichtenübermittlung mit annähernd 57% des jeweiligen Umsatzes am stärksten hervor. Hierbei handelt es sich vornehmlich um diejenigen Bereiche des Handwerks, welche in zunehmendem Maße als Vorlieferanten für andere Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes in Erscheinung treten. Aus Gründen einer optimalen Kostengestaltung sind derartige Formen einer zwischenbetrieblichen Kooperation während der letzten Jahrzehnte auch innerhalb der Handwerkswirtschaft außerordentlich bedeutungsvoll geworden.

#### 4. Entwicklung von Beschäftigung und Umsatz bis 1970

Zur Aktualisierung der im Rahmen des Zensus ermittelten Ergebnisse wurden der Beschäftigtenstand am 30. September 1967 und der im Kalenderjahr 1967 erzielte Umsatz mit den jährlichen Veränderungsraten aus der vierteljährlichen Handwerksberichterstattung bis 1970 fortgeschrieben. Es ergaben sich bei den auf Basis 1962 hochgerechneten Zahlen für 1967 Abweichungen gegenüber dem Ergebnis der Handwerkszählung von nur 1% bei den Beschäftigten und nicht ganz 3% beim Umsatz.

Die Entwicklung seit 1963 läßt sowohl beim Beschäftigtereinsatz als auch beim Umsatz einen stetigen Aufwärtstrend erkennen, welcher allerdings durch die konjunkturelle Rezession der Jahre 1966 und 1967 empfindlich beeinträchtigt wurde. Während 1968 auf der Beschäftigtenseite mit insgesamt mehr als 235 000 tätigen Personen ein Höchststand erreicht werden konnte, war die Umsatzentwicklung des rheinland-pfälzischen Handwerks bei einem Gesamtbetrag von knapp 7,8 Mrd. DM im Vergleich zu 1966 und 1967 leicht zurückgeblieben, wobei zu berücksichtigen ist, daß die Vergleichbarkeit hier im Zusammenhang mit der Einführung der Mehrwertsteuer und der genannten zusätzlichen Änderung im Bauhauptgewerbe beeinträchtigt wurde. Demgegenüber wurde für den Zeitraum 1968 bis 1970 eine Steigerung des Umsatzes um annähernd 30% auf über 10 Mrd. DM ermittelt, bei einem gleichzeitigen Rückgang des Beschäftigtenstandes um fast 2% auf weniger als 231 000 Arbeitskräfte. Infolgedessen konnte innerhalb des betrachteten Intervalls auch hinsichtlich des je Beschäftigten erzielten Umsatzes eine sehr beträchtliche Zunahme von rund 33 100 DM im Jahre 1968 auf nahezu 43 600 DM im Jahre 1970 verbucht werden. Hieraus kann geschlossen werden, daß sich der schon seit geraumer Zeit im Handwerk zu beobachtende Konsolidierungsprozeß im großen und ganzen auch während der letzten Jahre fortgesetzt hat.

Diplom-Wirtschaftsingenieur H. Peifer



# Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (\*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1965	1970					1971		
		Monatsdurchschnitt	Januar	Februar	März	Dezember	Januar	Februar	März	
<b>Bevölkerung und Erwerbstätigkeit</b>										
<b>Bevölkerungsstand</b>										
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	3 567	3 684 <sup>P</sup>	3 672	3 674	3 677	3 697	...	...	...
<b>Natürliche Bevölkerungsbewegung</b>										
* Eheschließungen 1)	Anzahl	2 304	2 305	1 521	1 481	2 326	2 337	1 375	1 645 <sup>P</sup>	2 113 <sup>P</sup>
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr	Anzahl	6,5	6,3	4,9	5,3	7,5	7,4	4,4 <sup>P</sup>	5,8 <sup>P</sup>	6,7 <sup>P</sup>
* Lebendgeborene 2)	Anzahl	5 373	4 059	4 804	4 131	4 432	4 451	3 569	4 180 <sup>P</sup>	4 768 <sup>P</sup>
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr	Anzahl	15,1	11,0	15,5	14,7	14,2	14,2	11,4 <sup>P</sup>	14,7 <sup>P</sup>	15,2 <sup>P</sup>
* Gestorbene (ohne Totgeborene) 3)	Anzahl	3 345	3 641	3 629	3 529	3 844	3 928	3 738	3 481 <sup>P</sup>	4 297 <sup>P</sup>
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr	Anzahl	9,4	9,9	11,7	12,5	12,3	12,5	11,9 <sup>P</sup>	12,3 <sup>P</sup>	13,7 <sup>P</sup>
* Im 1. Lebensjahr Gestorbene	Anzahl	129	103	120	99	121	128	84	...	...
* je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	24,0	25,4	25,0	24,0	27,3	28,8	23,5	...	...
* Überschuß der Geborenen	Anzahl	2 028	418	1 175	602	588	523	- 169	699 <sup>P</sup>	471 <sup>P</sup>
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr	Anzahl	5,7	1,1	3,8	2,1	1,9	1,7	- 0,5 <sup>P</sup>	2,5 <sup>P</sup>	1,5 <sup>P</sup>
<b>Wanderungen</b>										
* Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	10 083	10 792 <sup>P</sup>	9 172	8 266	10 297	9 177	...	...	...
* Über die Landesgrenze Fortgezogene	Anzahl	9 074	9 090 <sup>P</sup>	7 339	6 578	8 105	9 639	...	...	...
* Wanderungsgewinn oder -verlust	Anzahl	1 009	1 702 <sup>P</sup>	1 833	1 688	2 192	- 462	...	...	...
* Innerhalb des Landes Umgezogene 4)	Anzahl	10 017	10 380 <sup>P</sup>	8 987	7 642	8 956	10 032	...	...	...
<b>Arbeitslage</b>										
* Arbeitslose	1 000	8,4	9,5	23,4	20,6	12,4	13,1	22,2	17,2	11,2
* Männer	1 000	6,8	6,5	19,7	17,2	9,6	8,9	17,0	12,3	7,0
Ausgewählte Berufsgruppen: Land- und forstwirtschaftliche Berufe										
Bauberufe	Anzahl	755	905	4 244	3 643	1 649	703	2 987	1 582	574
Bauberufe	Anzahl	948	933	4 102	3 236	1 533	1 434	3 057	2 010	804
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	4 372	4 705	9 868	9 050	5 868	7 014	10 398	8 900	6 310
Offene Stellen	Anzahl	27 607	33 113	30 285	33 812	36 020	23 678	24 796	27 577	29 317
Männer	Anzahl	15 420	20 838	18 266	20 912	22 631	14 863	15 612	17 508	18 559
Ausgewählte Berufsgruppen: Land- und forstwirtschaftliche Berufe										
Bauberufe	Anzahl	327	461	415	503	534	377	456	569	525
Bauberufe	Anzahl	2 508	3 110	2 246	3 123	3 704	1 827	2 070	2 848	3 043
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	15 003	16 790	16 278	17 324	17 999	11 586	11 829	12 636	13 469
<b>Landwirtschaft</b>										
<b>Viehbestand</b>										
* Rindvieh (einschl. Kälber)	1 000	739	726	.	.	.	726	.	.	.
* Milchkühe	1 000	298	266	.	.	.	266	.	.	.
* Schweine	1 000	722	827	.	.	785	827	.	.	825
* Zuchtsauen	1 000	56	77	.	.	70	77	.	.	73
* Trächtige Zuchtsauen	1 000	33	46	.	.	42	46	.	.	42
<b>Schlachtungen von Inlandtieren</b>										
* Rinder	1 000	17	20	21	19	22	22	21	18	22
* Kälber	1 000	5	2	2	2	3	2	2	2	2
* Schweine	1 000	101	100	104	95	114	116	106	97	118
* Hausschlachtungen	1 000	24	20	32	26	25	40	33	25	29
* Schlachtmengen 5)	1 000 t	11,0	11,9	11,2	10,5	13,0	11,9	11,4	10,4	13,1
* Rinder	1 000 t	4,2	5,2	5,1	4,7	5,4	5,4	5,2	4,5	5,8
* Kälber	1 000 t	0,3	0,1	0,1	0,1	0,2	0,1	0,1	0,1	0,2
* Schweine	1 000 t	6,4	6,5	5,9	5,6	7,3	6,2	6,0	5,8	7,1
<b>Geflügel</b>										
Eingelegte Bruteier 6)										
* für Legehennenküken	1 000	310	320	455	719	656	121	185	356	403
* für Masthühnerküken	1 000	17	-	-	-	-	-	-	-	-
* Geflügelfleisch 7)	1 000 kg	18	50	68	43	35	53	52	43	31
<b>Milch</b>										
* Milchherzeugung an Molkereien und Händler geliefert	1 000 t	82	83	80	78	89	75	76	75	86
* Milchleistung je Kuh und Tag	%	72,1	79,5	77,3	76,6	78,5	75,8	79,3	78,4	79,1
	kg	8,9	9,7	9,0	9,6	10,2	8,6	9,3	10,0	10,5

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. - 5) Aus gewerblichen Schlachtungen; einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien und ohne Geflügel. - 6) In Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern. - 7) Aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren.



# Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1965	1970					1971		
		Monatsdurchschnitt	Januar	Februar	März	Dezember	Januar	Februar	März	
Industrie und Handwerk										
Industrie 1)										
Betriebe (örtliche Einheiten)	Anzahl	3 229	3 005	2 998	3 002	3 009	3 004	3 006	3 023	3 045
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inh.)	1 000	379	407	400	401	404	409	406	407	409
* Arbeiter 2)	1 000	294	306	301	303	306	306	304	304	306
* Geleistete Arbeiterstunden	Mill.	48	48	47	46	49	48	46	45	51
Löhne und Gehälter (brutto)	Mill. DM	302	491	426	418	448	663	488	472	514
* Löhne (brutto)	Mill. DM	209	328	285	277	302	419	321	307	346
* Gehälter (brutto)	Mill. DM	93	163	141	141	146	244	167	165	168
* Kohleverbrauch	1 000 t SKE 3)	203	103	125	115	120	118	106	92	110
* Gasverbrauch (ohne Erdgas)	1 000 Nm 3	32 600	30 876	36 600	35 589	38 032	24 139	23 246	21 314	23 512
* Heizölverbrauch	1 000 t	117	195	233	215	228	220	240	218	235
* Stromverbrauch	Mill. kWh	592	788	768	726	874	745	778	761	836
* Stromerzeugung (industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	231	313	379	347	367	319	354	320	346
* Umsatz (ohne Mehrwertsteuer) 4)	Mill. DM	1 412	2 331	1 942	2 024	2 172	2 581	2 125	2 299	2 681
* Auslandsumsatz	Mill. DM	230	504	436	458	511	610	439	523	581
Index der industriellen Produktion 5)										
Gesamtindustrie	1962 = 100	129	200	163	179	195	197	180	198	202 <sup>P</sup>
ohne Bauhauptgewerbe	1962 = 100	131	210	182	199	210	210	198	214	218 <sup>P</sup>
ohne Bauhauptgewerbe und Energiewirtschaft	1962 = 100	131	211	182	200	211	210	197	214	219
Energiewirtschaft	1962 = 100	115	175	185	182	180	198	211	206	195 <sup>P</sup>
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	1962 = 100	137	219	191	207	218	197	203	227	239
Industrie der Steine und Erden	1962 = 100	119	154	66	81	111	138	71	113	134
Chemische Industrie	1962 = 100	151	256	247	264	269	228	259	282	293
Investitionsgüterindustrien	1962 = 100	128	280	215	261	274	329	247	273	262
Maschinenbau und Datenverarbeitung	1962 = 100	111	237	165	225	240	332	169	224	182
Verbrauchsgüterindustrien	1962 = 100	123	162	155	161	173	155	166	165	172
Schuhindustrie	1962 = 100	118	111	115	132	132	97	121	125	128
Nahrungs- und Genussmittelindustrien	1962 = 100	128	162	144	146	152	186	153	161	155
Bauhauptgewerbe	1962 = 100	118	148	57	70	117	131	82	114	115
Handwerk 6)										
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	Sept. 1962=100	.	103	.	.	100	102	.	.	...
* Umsatz	VjD 1962=100	.	181	.	.	137	230	.	.	...
* Handwerksumsatz	VjD 1962=100	.	177	.	.	127	232	.	.	...
Öffentliche Energieversorgung										
* Elektrizitätserzeugung (brutto)	Mill. kWh	170	233	301	222	287	271	225	...	...
Strombezug (netto)	Mill. kWh	474	708	706	663	674	755	817	723	...
Stromaufkommen	Mill. kWh	637	928	990	872	946	1 012	1 028	960	...
* Gaserzeugung (brutto)	Mill. Nm 3	12,1	6,9	1,3	1,1	1,0	1,3	1,4	1,0	1,0
* Gasbezug (netto)	Mill. Nm 3	52	118	155	140	149	169	204	184	...
* Gasaufkommen	Mill. Nm 3	57	118	156	141	150	170	205	185	...
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe 7)										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inh.)	1 000	99	89	84	83	87	89	86	85	88
Facharbeiter	1 000	51	48	45	44	47	48	47	46	48
Helfer und Hilfsarbeiter	1 000	33	27	25	25	26	26	25	25	26
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	13 994	12 871	5 174	6 095	10 060	11 327	6 823	9 416	10 773
Privater Bau	1 000	7 759	7 113	3 039	3 727	5 849	6 349	3 995	5 537	6 007
* Wohnungsbauten	1 000	4 899	4 623	1 793	2 241	3 778	4 058	2 358	3 521	3 789
Landwirtschaftliche Bauten	1 000	415	164	40	90	114	131	84	96	119
Gewerbliche Bauten	1 000	2 445	2 326	1 206	1 396	1 957	2 160	1 553	1 920	2 099
* Verkehrs- und öffentl. Bauten	1 000	6 235	5 758	2 135	2 368	4 211	4 978	2 828	3 879	4 766
Hochbau	1 000	1 791	1 311	504	613	1 030	1 153	732	975	1 227
Tiefbau	1 000	4 444	4 447	1 631	1 755	3 181	3 825	2 096	2 904	3 539
Straßenbau	1 000	2 027	2 180	680	772	1 471	1 797	812	1 173	1 595
Löhne und Gehälter (brutto)	1 000 DM	75 603	99 530	41 437	44 525	66 518	108 400	64 702	77 470	87 180
* Löhne (brutto)	1 000 DM	69 161	89 676	32 776	35 848	57 659	95 756	54 298	67 275	76 824
* Gehälter (brutto)	1 000 DM	6 442	9 854	8 661	8 677	8 859	12 644	10 404	10 195	10 356
* Umsatz (ohne Mehrwertsteuer)	1 000 DM	217 848	255 982	103 209	103 355	169 918	471 941	232 465	212 506	220 994

1) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. - 2) Einschl. gewerblicher Lehrlinge. - 3) Eine Tonne Steinkohleinheit (t SKE) = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenscheitels = 1,45 t Braunkohlenbriketts. - 4) 1965 einschl. Umsatzsteuer. - 5) Von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt. - 6) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. - 7) Ab März 1971 vorläufige Ergebnisse.



# Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1965	1970					1971		
		Monatsdurchschnitt	Januar	Februar	März	Dezember	Januar	Februar	März	
<b>Baugenehmigungen</b>										
* Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	1 346	1 143	1 220	861	1 188	456	1 277	1 016	1 433
* Ein- und Zweifamilienhäuser	Anzahl	.	1 034	1 116	772	1 071	416	1 167	923	1 316
* Umbauter Raum	1 000 cbm	1 226	1 224	1 207	994	1 317	476	1 397	1 120	1 434
* Veranschlagte reine Baukosten	1 000 DM	122 133	150 553	140 874	115 111	159 614	62 879	183 670	150 473	189 580
* Wohnfläche	1 000 qm	210	213	209	179	233	86	240	190	239
<b>Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)</b>										
* Umbauter Raum	Anzahl	339	273	303	210	287	116	279	199	257
* Veranschlagte reine Baukosten	1 000 cbm	1 067	1 279	1 581	713	1 090	534	1 189	917	1 304
* Nutzfläche	1 000 DM	76 216	99 284	129 719	48 390	99 583	72 204	92 169	58 906	152 263
	1 000 qm	187	207	267	131	190	83	186	150	226
* Wohnungen insgesamt	Anzahl	2 790	2 479	2 391	2 005	2 808	1 014	2 739	2 320	2 682
<b>Bauleistungspreise</b> (einschl. Mehrwertsteuer)										
Ausheben einer Baugrube (mittelschwerer Boden)	1962 = 100	104	116	.	111	.	.	.	118	.
Mauerwerk (Mauerziegel bzw. Kalksandsteine)	1962 = 100	119	155	.	147	.	.	.	164	.
Hohlblockmauerwerk	1962 = 100	124	158	.	150	.	.	.	165	.
Leichttrennwand	1962 = 100	121	158	.	147	.	.	.	166	.
Stahlbetondecke (auch aus Stahlbetonfertigteilen)	1962 = 100	117	149	.	141	.	.	.	155	.
Beton für Wände	1962 = 100	120	154	.	147	.	.	.	159	.
Bauholz (Normalklasse)	1962 = 100	105	124	.	118	.	.	.	128	.
Innenwandputz	1962 = 100	127	164	.	155	.	.	.	168	.
Deckenputz	1962 = 100	129	162	.	154	.	.	.	164	.
Außenwandputz	1962 = 100	130	171	.	161	.	.	.	174	.
Wandbelag (Fliesen)	1962 = 100	117	139	.	134	.	.	.	142	.
Zimmertür, einflüglig	1962 = 100	.	151	.	146	.	.	.	165	.
<b>Handel und Gastgewerbe</b>										
<b>Ausfuhr (Spezialhandel)</b>										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	262,2	566,3	495,1	529,8	587,7	617,6	582,4	576,5	...
<b>Nach Warengruppen</b>										
* Ernährungswirtschaft	Mill. DM	7,8	18,8	10,3	15,4	26,0	14,9	13,7	14,5	...
* Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	254,4	547,4	484,8	514,3	561,3	602,7	568,7	562,0	...
* Rohstoffe	Mill. DM	6,9	9,7	7,4	6,5	8,5	9,1	6,9	10,1	...
* Halbwaren	Mill. DM	21,8	29,6	21,0	25,5	30,2	33,9	31,1	35,9	...
* Fertigwaren	Mill. DM	225,7	508,2	456,4	482,4	523,0	559,7	530,7	516,1	...
* Vorerzeugnisse	Mill. DM	119,9	195,9	187,5	196,6	208,4	184,4	231,3	199,3	...
* Enderzeugnisse	Mill. DM	105,8	312,3	269,0	285,8	314,6	375,3	299,4	316,8	...
<b>Nach ausgewählten Verbrauchs-</b> <b>ländern</b>										
* EWG - Länder	Mill. DM	88,3	217,6	199,4	207,6	230,9	232,7	230,3	227,9	...
Belgien - Luxemburg	Mill. DM	18,5	38,9	37,5	36,1	40,0	42,4	41,3	39,2	...
Frankreich	Mill. DM	27,0	83,0	79,2	85,3	83,7	89,0	80,9	83,5	...
Italien	Mill. DM	20,0	47,6	43,4	46,0	50,4	52,7	56,1	50,5	...
Niederlande	Mill. DM	22,8	48,2	39,3	40,2	56,9	48,6	52,1	54,6	...
* EFTA - Länder	Mill. DM	72,1	120,4	101,1	113,1	122,0	138,1	109,9	122,7	...
Dänemark	Mill. DM	7,5	12,3	10,4	13,1	12,3	11,6	11,7	11,8	...
Großbritannien	Mill. DM	17,3	22,7	20,1	21,2	22,4	26,7	23,8	27,6	...
Österreich	Mill. DM	13,2	23,3	17,3	19,6	20,9	27,3	18,2	23,0	...
Schweden	Mill. DM	10,5	17,0	14,2	15,6	19,6	20,0	15,0	13,6	...
Schweiz	Mill. DM	17,8	33,4	28,7	31,1	35,6	38,9	30,6	34,6	...
USA und Kanada	Mill. DM	17,6	36,7	26,9	31,0	36,9	35,4	51,9	33,3	...
Ostblockländer	Mill. DM	11,2	23,0	25,2	22,6	34,9	21,7	15,6	24,4	...
<b>Einfuhr (Generalhandel)</b>										
* Einfuhr insgesamt	Mill. DM	...	390,8	372,4	346,0	365,7	431,8	389,2	405,3	...
<b>Nach Warengruppen</b>										
* Ernährungswirtschaft	Mill. DM	...	62,1	55,0	51,1	68,2	80,9	64,4	65,5	...
* Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	...	328,7	317,3	294,8	297,5	350,9	324,8	339,7	...
<b>Handel mit Berlin (West)</b>										
* Bezüge	1 000 DM	12 201	19 803	16 881	21 554	21 448	19 879	15 936	20 353	...
* Lieferungen	1 000 DM	32 468	40 707	36 094	38 333	34 862	43 618	40 326	43 121	...
<b>Einzelhandel</b>										
Beschäftigte	1962 = 100	98	97	99	96	96	101	99	95	93
* Umsatz	1962 = 100	122	158	134	123	150	228	147	136	163
Waren verschiedener Art	1962 = 100	158	229	197	161	207	391	226	184	214
Nahrungs- und Genußmittel	1962 = 100	114	138	127	117	132	171	128	118	134
Bekleidung, Wäsche, Sport-	1962 = 100	114	146	115	89	150	232	133	99	149
artikel und Schuhe	1962 = 100	114	146	115	89	150	232	133	99	149
Waren aus Metall, Kunststoff,	1962 = 100	122	170	121	124	149	267	148	145	172
Keramik und Holz	1962 = 100	122	170	121	124	149	267	148	145	172
Elektrotechn., feinmechanische	1962 = 100	120	152	122	117	136	338	130	114	116
und optische Erzeugnisse	1962 = 100	120	152	122	117	136	338	130	114	116
Fahrzeuge, Maschinen und	1962 = 100	127	154	115	131	151	168	126	159	206
Büroeinrichtungen	1962 = 100	127	154	115	131	151	168	126	159	206



# Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1965	1970					1971		
		Monatsdurchschnitt	Januar	Februar	März	Dezember	Januar	Februar	März	
<b>Gastgewerbe</b>										
Beschäftigte	1962 = 100	107	113	108	103	105	103	103	102	101
Teilbeschäftigte	1962 = 100	185	197	167	162	171	183	179	188	178
* Umsatz	1962 = 100	132	162	127	132	130	140	141	139	136
Übernachtungsumsatz	1962 = 100	142	212	83	96	144	120	110	113	144
Beköstigungsumsatz	1962 = 100	132	156	124	131	128	134	137	136	131
<b>Fremdenverkehr</b>										
in 241 Berichtsgemeinden										
* Fremdenmeldungen	1 000	206	230	121	105	146	96	106	107	...
* Auslandsgäste	1 000	41	55	13	14	22	13	13	14	...
* Fremdenübernachtungen	1 000	767	838	367	402	546	365	381	408	...
* Auslandsgäste	1 000	81	124	28	30	48	30	30	31	...
<b>Verkehr</b>										
<b>Binnenschifffahrt</b>										
Güterumschlag	1 000 t	2 772	3 311	2 002	2 056	2 867	3 109	1 799	2 674	3 226
* Gütereingang	1 000 t	1 356	1 582	1 136	1 190	1 408	1 594	994	1 354	1 494
* Güterversand	1 000 t	1 416	1 729	866	866	1 459	1 515	805	1 320	1 732
Schiffs- und Güterdurchgangs- verkehr an der Koblenzer Fähre										
Bergverkehr										
Güterschiffe	Anzahl	4 721	3 594	3 587	2 256	3 734	3 048	3 796	3 915	4 675
Ladung	1 000 t	3 472	2 836	2 393	1 787	3 005	2 346	2 173	2 689	2 959
Auslastungsgrad der beladenen Schiffe	%	82	87	74	88	90	85	62	74	68
Talverkehr										
Güterschiffe	Anzahl	4 830	3 894	3 961	2 366	3 982	3 574	4 128	4 094	5 037
Ladung	1 000 t	1 246	1 464	1 088	967	1 673	1 215	810	1 136	1 216
Auslastungsgrad der beladenen Schiffe	%	77	85	67	85	87	80	58	66	61
<b>Straßenverkehr</b>										
* Zulassungen fabrikneuer Kraft- fahrzeuge	Anzahl	8 055	11 108	8 352	10 199	13 497	9 848	8 684	11 002	...
Krafträder und Motorroller	Anzahl	32	47	18	29	57	14	16	51	...
* Personen- und Kombinations- kraftwagen	Anzahl	6 846	9 856	7 411	9 100	12 000	8 883	7 554	8 942	...
* Lastkraftwagen	Anzahl	553	696	554	521	739	587	692	834	...
Zugmaschinen	Anzahl	546	450	321	483	630	335	367	671	...
Kraftfahrzeuganhänger	Anzahl	262	366	174	210	456	191	164	253	...
<b>Personenverkehr der Straßen- verkehrsunternehmen</b>										
Beförderte Personen	1 000	20 990	24 891	24 498	23 825	22 804	26 807	26 465	25 259	...
Allgemeiner Linienverkehr	1 000	19 968	22 307	22 178	21 436	20 991	23 819	23 253	21 869	...
Sonderformen des Linienverkehrs	1 000	634	2 182	2 158	2 212	1 606	2 733	2 990	3 152	...
Berufsverkehr	1 000	576	747	755	751	744	753	821	755	...
Schülerverkehr	1 000	56	1 434	1 400	1 460	861	1 977	2 169	2 396	...
Gelegenheitsverkehr	1 000	388	402	162	177	207	255	222	238	...
Ausflugsfahrten	1 000	92	93	30	32	47	52	41	39	...
Ferienziel- Reisen	1 000	1	1	1	0	0	1	2	1	...
Mietwagenverkehr	1 000	295	308	131	145	160	202	179	198	...
Wagenkilometer	1 000	8 951	11 020	9 579	9 253	9 418	10 135	10 054	9 943	...
<b>Straßenverkehrsunfälle</b>										
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	5 696	7 399	6 646	6 997	6 764	8 025	6 727	5 779	6 421
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	1 592	1 871	1 260	1 573	1 640	1 804	1 351	1 371	1 447
bis 1 000 DM bei jedem	Anzahl	4 104	5 528	5 386	5 424	5 124	6 221	5 376	4 408	4 974
Beteiligten	Anzahl	3 508	4 627	4 592	4 565	4 309	5 214	4 494	3 595	4 074
über 1 000 DM bei einem	Anzahl	596	900	794	859	815	1 007	882	813	900
Beteiligten	Anzahl	83	101	63	85	83	88	70	82	77
* Getötete Personen	Anzahl	36	54	33	54	42	44	33	50	34
Pkw- Insassen	Anzahl	28	27	25	20	29	29	30	26	26
* Verletzte Personen	Anzahl	2 216	2 720	1 838	2 228	2 408	2 594	1 897	1 951	2 013
Pkw- Insassen	Anzahl	1 306	1 813	1 352	1 614	1 748	1 822	1 350	1 420	1 402
Fußgänger	Anzahl	355	370	274	331	329	402	319	233	259
Schwerverletzte	Anzahl	741	924	542	749	757	904	618	657	651
Pkw- Insassen	Anzahl	393	528	354	487	475	560	389	445	394
Fußgänger	Anzahl	160	182	125	166	166	210	153	110	122
<b>Bundespost</b>										
Gewöhnliche Briefsendungen	1 000	36 901	37 629	36 485	33 137	36 229	45 448	35 934	36 687	...
Gewöhnliche Paketsendungen	1 000	1 114	1 129	980	1 041	1 205	1 699	987	1 062	...
Telegramme	1 000	86	60	52	49	59	57	43	43	...
<b>Postscheckverkehr</b>										
Gutschriften	1 000 DM	773 166	1 068 962	943 415	858 059	959 866	1 277 361	1 125 248	1 046 024	...
Lastschriften	1 000 DM	772 416	1 065 972	954 765	848 493	947 359	1 283 798	1 122 172	1 031 033	...
<b>Postsparkassendienst</b>										
Einzahlungen	1 000 DM	9 164	15 671	15 327	14 999	14 617	14 502	17 648	17 396	...
Auszahlungen	1 000 DM	9 038	15 635	10 163	10 431	13 476	20 834	13 275	15 025	...
<b>Rundfunkgenehmigungen <sup>1)</sup></b>										
Tonrundfunk	1 000	997	1 096	1 090	1 092	1 092	1 103	1 065	1 066	...
Fernsehrundfunk	1 000	595	938	919	924	928	955	934	938	...

1) Ab Januar 1971 ohne gebührenfreie Genehmigungen.



# Zahlungsspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1965	1970					1971		
		Monatsdurchschnitt	Januar	Februar	März	Dezember	Januar	Februar	März	
<b>Geld und Kredit</b>										
<b>Kredite und Einlagen <sup>1)</sup></b> (Stand am Monatsende)										
* Kredite an Nichtbanken	Mill. DM	10 036	19 655	17 926	18 034	18 245	19 655	19 788	19 932	20 187
* Kurzfristige Kredite 2)	Mill. DM	2 917	5 095	4 570	4 641	4 705	5 095	5 096	5 093	5 183
* an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	2 863	4 969	4 504	4 575	4 629	4 969	4 964	4 956	5 033
* Mittelfristige Kredite 3)	Mill. DM	1 294	2 177	1 879	1 885	1 969	2 177	2 207	2 247	2 311
* an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	1 188	2 035	1 731	1 739	1 828	2 035	2 062	2 101	2 162
* durchlaufende Kredite	Mill. DM	3	8	6	6	10	8	8	8	6
* Langfristige Kredite 4)	Mill. DM	5 826	12 384	11 477	11 508	11 571	12 384	12 485	12 592	12 693
* an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	4 461	9 876	9 260	9 283	9 336	9 876	9 938	9 973	10 069
* durchlaufende Kredite	Mill. DM	372	1 626	1 602	1 603	1 600	1 626	1 630	1 631	1 643
* Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken	Mill. DM	8 531 <sup>6)</sup>	17 800	15 902	16 146	15 988	17 800	18 187	18 469	18 649
* Sicht- und Termingelder von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	2 944	5 898	5 003	5 161	4 976	5 898	6 162	6 328	6 434
* Spareinlagen	Mill. DM	2 258	4 824	4 031	4 129	4 005	4 824	5 053	5 176	5 341
* bei Sparkassen	Mill. DM	5 588	10 493	9 514	9 599	9 625	10 493	10 610	10 724	10 789
* Gutschriften auf Sparkonten	Mill. DM	3 771	6 706	6 130	6 193	6 214	6 706	6 767	6 838	6 870
* Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	301	543	697	518	503	656	759	540	593
* Zinsgutschriften	Mill. DM	246	498	617	434	477	653	660	427	532
	Mill. DM	15	44	12	1	0	504	14	1	0
<b>Zahlungsschwierigkeiten</b>										
* Konkurse	Anzahl	11	17	19	13	15	23	18	13	15
* Vergleichsverfahren	Anzahl	2	2	1	2	2	2	1	3	4
* Wechselproteste (ohne Post)	Anzahl	2 391	1 652	1 579	1 421	1 660	1 722	1 536	1 381	1 723
* Wechselsumme	1 000 DM	3 653	3 653	4 056	2 978	3 047	3 939	3 279	3 027	3 659
<b>Steuern</b>										
* Gemeinschaftliche Steuern	1 000 DM	256 725	394 473	366 313	242 429	455 926	895 467	396 436	409 611	464 144
* Steuern vom Einkommen	1 000 DM	152 021	254 214	200 364	119 448	372 444	701 138	214 820	246 919	340 707
* Lohnsteuer	1 000 DM	59 322	143 909	165 350	104 624	92 768	383 407	186 389	217 789	123 679
* Veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	58 006	62 924	10 315	427	157 885	182 825	21 549	2 661	168 433
* Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	1 000 DM	5 223	8 478	1 005	3 910	240	2 780	1 648	1 485	4 474
* Körperschaftsteuer	1 000 DM	29 470	38 904	23 694	10 487	121 551	132 126	5 234	24 984	44 121
* Steuern vom Umsatz	1 000 DM	104 704	140 259	165 949	122 981	83 482	194 329	181 616	162 692	123 437
* Umsatzsteuer	1 000 DM	83 759	104 655	143 600	106 939	59 770	129 095	157 090	136 644	98 080
* Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	20 945	35 604	22 349	16 042	23 712	65 234	24 526	26 048	25 357
* Bundessteuern	1 000 DM	67 618	87 189	55 003	63 576	72 156	126 580	59 007	87 285	110 012
* Zölle	1 000 DM	24 568	10 773	6 423	5 683	6 857	15 596	5 166	8 873	8 696
* Verbrauchsteuern	1 000 DM	39 052	68 394	41 547	53 491	54 482	99 268	47 903	73 323	82 448
* Mineralölsteuer	1 000 DM	3 541	23 337	4 976	7 627	7 213	38 865	12 947	24 624	18 746
* Branntweinmonopol	1 000 DM	14 094	23 100	12 482	24 914	29 187	23 859	13 467	34 638	30 866
* Schaumweinsteuer	1 000 DM	5 136	7 986	15 076	10 012	5 692	10 708	14 560	3 558	13 176
* Landessteuern	1 000 DM	25 951	38 529	28 855	43 715	28 811	35 482	33 554	49 436	35 554
* Vermögensteuer	1 000 DM	5 486	9 801	1 838	21 321	2 454	4 285	2 533	24 102	2 167
* Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	13 282	19 391	18 751	16 122	19 288	21 250	20 808	18 029	22 604
* Biersteuer	1 000 DM	4 670	5 531	5 472	3 167	4 051	5 362	6 129	3 274	5 103
* Gemeindesteuern <sup>5)</sup>	1 000 DM	171 391	208 603	.	.	185 906	203 879	.	.	220 184
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	1 000 DM	117 256	137 583	.	.	121 782	136 735	.	.	152 320
* Lohnsummensteuer	1 000 DM	8 458	12 664	.	.	13 088	13 327	.	.	15 280
* Grundsteuer A	1 000 DM	9 696	9 522	.	.	6 741	8 463	.	.	6 713
* Grundsteuer B	1 000 DM	22 044	28 967	.	.	24 916	25 811	.	.	26 051
* Einnahmen des Bundes	1 000 DM	229 669	307 171	259 052	202 033	299 270	599 568	281 177	310 908	346 529
* Einnahmen des Landes	1 000 DM	120 625	221 504	202 129	162 092	248 179	363 348	205 584	228 443	240 058
* Anteil an den Steuern v. Einkommen	1 000 DM	92 733	112 629	87 885	52 370	168 677	310 933	92 854	108 028	149 905
* Anteil an den Steuern vom Umsatz <sup>7)</sup>	1 000 DM	-	61 173	85 388	66 007	50 691	- 9 092	76 992	69 268	54 393
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	-	9 172	-	-	-	26 025	2 185	1 711	206
* Einnahmen der Gemeinden (Gv.)	1 000 DM	171 391	229 964	.	.	185 906	255 509	.	.	253 567
* Gemeindeeinkommensteuer	1 000 DM	-	76 400	.	.	-	162 915	.	.	41 882

1) Ohne Landeszentralbank, Postsparkassen, Postscheckkämter sowie ländliche Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsumme am 31.12.1967 unter 5 Mill. DM lag; einschl. aller im Bereich der Landeszentralbank gelegenen Niederlassungen auswärtiger Kreditinstitute und einschl. Bausparkassen. - Infolge Umgestaltung der Bankenstatistik sind die Zahlen ab 1969 mit früheren Angaben nicht voll vergleichbar. - 2) Laufzeit bis zu 1 Jahr (bis einschl. 1968 = 6 Monate). - 3) Laufzeit 1 bis 4 Jahre (bis einschl. 1968 = 6 Monate bis 4 Jahre). - 4) Ab 1969 einschl. Landeswohnungsbaufonds. - 5) Einschl. Steuern der Kreise; Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen. - 6) Ohne aufgenommene Kredite. - 7) Einschl. der auf Grund des vorläufigen Umsatzsteuerausgleichs zwischen den Ländern vereinnahmte Beträge. - 8) Einschl. Zerlegung.



# Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1965	1970					1971		
		Monatsdurchschnitt	Januar	Februar	März	Dezember	Januar	Februar	März	
Löhne und Gehälter										
Arbeiter										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste	DM	185	261	240	.	.	270	.	.	.
* Männliche Arbeiter	DM	201	286	265	.	.	297	.	.	.
Facharbeiter	DM	213	304	283	.	.	317	.	.	.
Angelernte Arbeiter	DM	199	278	259	.	.	286	.	.	.
Hilfsarbeiter	DM	169	238	214	.	.	242	.	.	.
* Weibliche Arbeiter	DM	123	170	161	.	.	182	.	.	.
Bruttostundenverdienste	DM	4,09	5,85	5,46	.	.	6,24	.	.	.
* Männliche Arbeiter	DM	4,37	6,26	5,88	.	.	6,70	.	.	.
Facharbeiter	DM	4,63	6,65	6,27	.	.	7,15	.	.	.
Angelernte Arbeiter	DM	4,29	6,09	5,72	.	.	6,48	.	.	.
Hilfsarbeiter	DM	3,73	5,22	4,80	.	.	5,51	.	.	.
* Weibliche Arbeiter	DM	2,96	4,18	3,96	.	.	4,54	.	.	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	44,9	44,5	44,1	.	.	43,3	.	.	.
* Männliche Arbeiter	Std.	45,9	45,6	45,1	.	.	44,3	.	.	.
* Weibliche Arbeiter	Std.	41,5	40,8	40,8	.	.	40,1	.	.	.
Geleistete Wochenarbeitszeit	Std.	41,2	40,2	39,4	.	.	38,3	.	.	.
* Männliche Arbeiter	Std.	42,2	41,2	40,3	.	.	39,1	.	.	.
* Weibliche Arbeiter	Std.	37,3	36,3	36,3	.	.	35,3	.	.	.
Angestellte										
Bruttomonatsverdienste										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Kaufmännische Angestellte	DM	970	1 388	1 305	.	.	1 469	.	.	.
* Männliche Angestellte	DM	876	1 250	1 183	.	.	1 329	.	.	.
* Weibliche Angestellte	DM	1 057	1 515	1 444	.	.	1 608	.	.	.
Technische Angestellte	DM	674	961	901	.	.	1 026	.	.	.
* Männliche Angestellte	DM	1 140	1 615	1 508	.	.	1 699	.	.	.
* Weibliche Angestellte	DM	1 172	1 665	1 555	.	.	1 752	.	.	.
im Handel, Kredit- und Versicherungs-	DM	651	943	906	.	.	1 004	.	.	.
Kaufmännische Angestellte	DM	646	938	901	.	.	998	.	.	.
* Männliche Angestellte	DM	852	1 235	1 183	.	.	1 322	.	.	.
* Weibliche Angestellte	DM	513	736	706	.	.	785	.	.	.
in Industrie und Handel zusammen	DM	817	1 181	1 119	.	.	1 253	.	.	.
Kaufmännische Angestellte	DM	742	1 070	1 021	.	.	1 138	.	.	.
* Männliche Angestellte	DM	952	1 371	1 310	.	.	1 462	.	.	.
* Weibliche Angestellte	DM	570	820	779	.	.	873	.	.	.
Technische Angestellte	DM	1 124	1 590	1 486	.	.	1 681	.	.	.
* Männliche Angestellte	DM	1 156	1 644	1 536	.	.	1 736	.	.	.
* Weibliche Angestellte	DM	769	1 071	996	.	.	1 149	.	.	.
Öffentliche Sozialleistungen										
Soziale Krankenversicherung <sup>1)</sup>										
Mitglieder (einschl. freiwillige)	1 000	1 055	1 113	1 105	1 109	1 111	1 105	1 113	1 119	1 121
Pflichtmitglieder	1 000	671	672	669	672	674	662	670	676	677
Rentner	1 000	241	350	347	347	348	353	356	357	358
Krankenstand der Pflichtmitglieder	%	4,9	5,1	7,1	6,4	4,9	4,5	5,3	5,1	5,5
Männer	%	4,9	5,2	7,1	6,4	5,0	4,7	5,4	5,2	5,5
Frauen	%	4,8	4,9	7,3	6,4	4,8	4,1	5,1	4,9	5,5
Arbeiterrentenversicherung <sup>2)</sup>										
Rentenempfänger	Anzahl	307 980	368 909	364 846	367 129	365 668	376 072	373 295 <sup>r</sup>	377 029	380 284
Ausgezahlte Renten	1 000 DM	58 446	102 883	99 048	99 816	98 715	105 406	107 472 <sup>r</sup>	110 548	111 841
Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenhilfe										
Hauptunterstützungsempfänger	Anzahl	7 169	7 988	20 821	19 730	15 668	6 185	17 929	15 686	13 928
Arbeitslosenversicherung	Anzahl	6 755	7 154	19 924	18 576	13 745	5 581	17 289	14 889	12 808
Ausgezahlte Unterstützungen	1 000 DM	2 507	3 937	5 843	10 385	8 728	4 671	4 535	11 145	9 423
Arbeitslosenversicherung	1 000 DM	2 400	3 700	5 721	10 139	8 387	4 359	4 425	10 857	9 010
Kriegsopferversorgung										
Rentenempfänger	1 000	176	160	.	.	161	159	.	.	158
Ausgezahlte Renten	1 000 DM	26 846	34 078	28 661	38 856	31 996	34 034	35 140	34 755	36 708

1) Ohne Ersatzkassen, Betriebskrankenkassen der Bundesbahn und Bundespost, Seekasse und Knappschaftskassen. - 2) Ohne Knappschaftsversicherung.



# Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1965	1969		1970				1971	
		Monatsdurchschnitt		Dezember	Januar	Februar	November	Dezember	Januar	Februar
Bevölkerung und Erwerbs-tätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1 000	59 297	60 848	61 195	61 217	61 273	...	...	...	...
Eheschließungen 1)	Anzahl	41 011	37 215 <sup>p</sup>	33 381	24 453	25 341	30 289	35 899	22 222	26 931
Lebendgeborene 2)	Anzahl	87 027	75 288 <sup>p</sup>	67 722	67 625	66 176	62 376	70 340	65 541	64 244
Gestorbene 3)	Anzahl	56 469	61 030 <sup>p</sup>	86 795	85 783	58 681	60 494	64 648	65 274	56 665 <sup>p</sup>
Geburtenüberschuß	Anzahl	30 558	13 258 <sup>p</sup>	19 073	-18 158	7 495	1 882	5 692	267	7 579
Arbeitslose	1 000	147	179	192	286	264	129	175	286	255
Männer	1 000	106	125	132	218	199	64	98	191	160
Landwirtschaft										
Schweinebestand	1 000	17 723	19 323	19 323	.	.	.	20 969	.	.
Gesamtschlachtgewicht aus gewerblichen Schlachtungen 4)	1 000 t	234	280	310	287	259	311	312 <sup>r</sup>	298 <sup>r</sup>	269
Milcherzeugung	1 000 t	1 765	1 846	1 654	1 745	1 674	1 491	1 612 <sup>r</sup>	1 674 <sup>r</sup>	1 610
Industrie und Energie-wirtschaft										
Industrie 5)										
Beschäftigte (einschl. tätiger Inh.)	1 000	8 460	8 308	8 479	8 488	8 532	8 683	8 618	8 585	8 578
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Std.	1 055	996	987	990	994	1 048	1 006	971	963
Umsatz (ohne Mehrwertsteuer) 6)	Mill. DM	31 218	39 211	42 897	38 574	39 503	46 808	47 862	41 660	42 528
Auslandsumsatz	Mill. DM	4 903	7 747	8 947	7 343	7 732	8 934	9 819	8 052	8 372
Index der industriellen Produktion 7)										
Gesamtindustrie	1962 = 100	118	148	156	143	151	171	158	154	159
ohne Bauhauptgewerbe	1962 = 100	118	149	159	148	155	172	159	157	161
ohne Bauhauptgewerbe und Energiewirtschaft	1962 = 100	118	148	156	144	153	170	156	153	158
Energiewirtschaft	1962 = 100	126	175	219	217	213	218	227	234	229
Bergbau	1962 = 100	100	97	102	104	102	106	101	110	107 <sup>p</sup>
Verarbeitende Industrie	1962 = 100	119	152	160	146	156	174	160	156	161 <sup>p</sup>
Grundstoffe und Produk-tionsgüter	1962 = 100	125	170	167	163	173	183	167	166	179 <sup>p</sup>
Investitionsgüter	1962 = 100	118	147	167	144	158	178	167	160	162 <sup>p</sup>
Verbrauchsgüter	1962 = 100	116	144	149	138	147	165	147	148	151
Nahrungs- und Genußmittel	1962 = 100	115	134	138	127	126	156	141	134	134
Bauhauptgewerbe	1962 = 100	119	128	89	66	70	161	125	90	127 <sup>p</sup>
Steinkohlenförderung (brutto)	1 000 t	11 256	9 302	9 185	9 707	9 189	9 541	9 333	9 527	9 369
Braunkohlenförderung (brutto)	1 000 t	8 492	8 952	9 783	9 750	8 303	9 066	9 148	9 063	8 027
Produktion von										
Roheisen	1 000 t	2 249	2 814	2 755	2 904	2 742	2 598	2 354	2 605	2 519
Stahlrohblöcken	1 000 t	3 014	3 714	3 554	3 889	3 690	3 393	3 063	3 413	3 389
Walzstahlfertigerzeugnissen	1 000 t	2 070	2 687	2 561	2 924	2 737	2 339	2 212	2 359	2 410
Elektrizitätserzeugung (brutto)	Mill. kWh	13 003	18 837	22 533	22 490	20 284	22 052	23 124	23 907	...
Gaserzeugung (brutto)	Mill. Nm <sup>3</sup>	4 980	6 147	7 425	7 531	6 945	6 848	7 442	7 813	...
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
Beschäftigte (einschl. tätiger Inh.)	1 000	1 643	1 505	1 473	1 413	1 406	1 550	1 515	1 451	1 446
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std.	233	203	133	105	109	231	190	132	157
Umsatz (ohne Mehrwertsteuer) 6)	Mill. DM	3 698	3 563	6 337	2 957	2 398	6 061	8 159	4 308	3 452
Baugenehmigungen Wohnungen	Anzahl	51 898	46 653	40 717	35 396	40 291	50 480	43 158	...	...
Handel										
Einzelhandel										
Umsatz	1962 = 100	124	152	219	141	133	193	244	156	149
Großhandel										
Umsatz	1962 = 100	122	146	166	136	142	164	168	134	144
Gastgewerbe										
Umsatz	1962 = 100	116	129	118	115	117	127	132	127	129
Außenhandel (Spezialhandel)										
Einfuhr	Mill. DM	5 871	8 167	8 316	8 600	8 109	9 737	9 884	8 701	9 779
Ausfuhr	Mill. DM	5 971	9 463	10 329	8 734	9 417	10 414	12 584	9 528	10 720
Ein- (-) bzw. Ausfuhrüberschuß	Mill. DM	100	1 296	2 013	134	1 308	677	2 701	827	941

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien und Geflügel. - 5) Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke. - 6) 1965 einschl. Umsatzsteuer. - 7) Von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt.



# Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1965	1969		1970				1971	
		Monatsdurchschnitt	Dezember		Januar	Februar	November	Dezember	Januar	Februar
<b>Verkehr</b>										
Im Güterverkehr beförderte Güter (kalendertäglich)										
Eisenbahn	1962 = 100	103	118	116	120	122	...	...	...	...
Binnenschifffahrt	1962 = 100	113	136	108	89	93	150	...	...	...
Seeschifffahrt: Güterumschlag	1962 = 100	122	146	154	150	152	165	...	...	...
Im Personenverkehr beförderte Personen (kalendertäglich)										
Eisenbahn	1962 = 100	93	85	85	86	92	...	...	...	...
Stadtschnellbahnen, Straßenbahnen, Obusse, Kraftomnibusse	1962 = 100	95	89	93	91	100	102	99	...	...
<b>Geld und Kredit</b>										
(Stand am Monatsende)										
Bargeldumlauf <sup>1)</sup>	Mill. DM	29 652	34 689	34 689	33 528	34 123	36 678	36 889	35 394	35 707 <sup>P</sup>
Kredite und Einlagen <sup>2)</sup>										
Kredite an Nichtbanken <sup>3)</sup>										
Kurzfristige Kredite	Mill. DM	316 728	491 247	491 247	493 838	497 347	532 097	543 075	543 136	546 922 <sup>P</sup>
Mittel- und langfristige Kredite	Mill. DM	71 093	108 203	108 203	107 330	109 040	114 707	119 575	118 326	119 707 <sup>P</sup>
Durchlaufende Kredite	Mill. DM	245 635	383 044	383 044	386 508	388 307	417 390	423 500	424 810	427 219 <sup>P</sup>
Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken	Mill. DM	26 007	34 099	34 099	34 338	34 449	36 071	36 579	36 395	36 343 <sup>P</sup>
Sicht- und Termingelder	Mill. DM	258 110	405 917	405 917	401 358	404 330	430 923	447 058	444 951	449 464 <sup>P</sup>
Spareinlagen	Mill. DM	123 539	181 369	181 369	174 717	176 043	194 471	200 045	195 696	197 832 <sup>P</sup>
Index der Aktienkurse	31.12.65=100	109,0	144,4	155,7	149,2	145,2	121,8	119,8	127,5	136,3
<b>Steuern</b>										
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	3 421	4 721	10 075	4 031	2 713	3 518	10 020	4 966	3 427
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	2 018	3 063	3 168	3 842	3 158	3 632	3 579	4 194	3 790
Bundessteuern	Mill. DM	1 630	2 171	3 500	1 322	1 948	2 374	3 512	1 397	2 108
Landessteuern	Mill. DM	546	720	576	638	1 012	1 177	655	682	1 131
<b>Preise</b>										
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte <sup>4)</sup>	1961/63=100	107,2	102,6	109,1	106,4	106,4	96,6	96,3 <sup>H</sup>	96,8 <sup>H</sup>	96,4 <sup>P</sup>
Index der Einkaufspreise landw. Betriebsmittel <sup>4) 5)</sup>	1962/63=100	104,4	102,4	105,1	105,4	106,9	108,9	109,5	110,5	111,4
Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte <sup>4)</sup>	1962 = 100	104,0	101,5	104,3	105,8	106,3	109,1	109,6	110,9	111,5
Preisindex für Wohngebäude <sup>6)</sup>	1962 = 100	114,6	127,2	.	.	140,8	151,8	.	.	155,8
Preisindex für den Straßenbau <sup>7)</sup>	1962 = 100	97,5	100,5	.	.	110,3	118,1	.	.	120,3
Preisindex für die Lebenshaltung <sup>8)</sup>	1938 = 100	215,8	236,3	238,8	241,8	242,6	247,1	247,9	250,7	252,9
Preisindex für die Lebenshaltung <sup>8)</sup>	1958 = 100	117,5	128,7	130,1	131,7	132,1	134,6	135,1	136,6	137,8
Preisindex für die Lebenshaltung <sup>8)</sup>	1962 = 100	109,0	119,3	120,6	122,1	122,5	124,8	125,2	126,6	127,7
Preisindex für die Lebenshaltung <sup>9)</sup>	1962 = 100	108,7	119,5	121,0	122,5	122,8	125,3	125,8	127,1	128,1
Nahrungs- und Genußmittel	1962 = 100	108,8	114,1	115,0	116,6	116,9	117,1	117,4	118,7	119,9
Kleidung und Schuhe	1962 = 100	105,8	111,3	112,6	113,7	114,1	118,2	118,4	119,4	120,1
Wohnungsmiete	1962 = 100	117,8	156,6	158,8	159,8	160,7	166,5	166,8	167,8	169,0
Elektrizität, Gas und Brennstoffe	1962 = 100	107,1	118,7	124,8	125,5	125,6	131,7	132,6	134,3	135,4
Übriges für die Haushaltsführung	1962 = 100	104,8	109,1	111,1	113,1	113,2	116,1	116,6	119,0	119,6
Waren und Dienstleistungen für Verkehr u. Nachrichtenübermittlung	1962 = 100	105,2	115,3	115,8	116,6	116,7	119,3	120,9	121,5	121,9
Körper- und Gesundheitspflege	1962 = 100	112,3	133,3	135,3	137,8	138,5	143,5	144,0	145,8	146,9
Bildung und Unterhaltung	1962 = 100	110,2	123,1	124,7	127,3	127,4	131,9	132,2	132,9	133,7
Persönliche Ausstattung, sonstiges	1962 = 100	106,0	116,4	118,0	120,0	120,3	121,7	121,8	124,4	124,9
<b>Löhne</b>										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste										
Männliche Arbeiter	1962 = 100	126,8	157,2	.	169,2	.	.	.	189,5	.
Weibliche Arbeiter	1962 = 100	127,3	161,7	.	173,0	.	.	.	193,3	.
Bruttostundenverdienste										
Männliche Arbeiter	1962 = 100	127,8	159,3	.	173,8	.	.	.	197,1	.
Weibliche Arbeiter	1962 = 100	128,2	163,5	.	175,7	.	.	.	199,3	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
Männliche Arbeiter	1962 = 100	99,4	98,6	.	97,4	.	.	.	96,2	.
Weibliche Arbeiter	1962 = 100	99,2	98,7	.	98,2	.	.	.	96,7	.

1) Ohne Bestand der Kreditinstitute. - 2) Ohne Zentralbanksystem. Infolge Umgestaltung der Bankenstatistik sind die Zahlen ab 1969 mit früheren Angaben nicht voll vergleichbar. - 3) Einschl. Wertpapiere, Ausgleichs- und Deckungsforderungen. - 4) Nettopreisindizes (ohne Mehrwertsteuer). - 5) Monatsdurchschnitte für das Wirtschaftsjahr (Juli - Juni). - 6) Bauleistungen am Gebäude ohne Baunebenleistungen. - 7) Bundesfernstraßen (vierbahniig). - 8) 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen. - 9) Alle privaten Haushalte.



# Inhalt

## Themen der letzten Hefte

### Heft 10/Oktober 1970

Industrie in den neuen Kreisen  
Wohngeldgewährung 1969  
Wanderungen 1969  
Bevölkerungsbewegung 1969  
Legehennenhaltung 1969

### Heft 11/November 1970

Erbschaftsbesteuerung 1967–1969  
Bauhauptgewerbe in den neuen Kreisen  
Bodennutzung 1970  
Straßenverkehrsunfälle 1969 – Ursachen und Orte

### Heft 12/Dezember 1970

Rheinland-Pfalz 1970  
Kleine Kommunalwahl am 8. 11. 1970  
Wohnungsmieten 1968  
Spar- und Vermögensformen 1970

### Heft 1/Januar 1971

Feldfrüchte und Futterpflanzen 1970  
Landwirtschaftliche Betriebsgrößen 1970  
Kriegsopferfürsorge 1969  
Sterbefälle und Todesursachen 1969  
Wohnungsausstattung 1968  
Unterbringung ausländischer Arbeitnehmer 1968

### Heft 2/Februar 1971

Sozialprodukt 1970  
Öffentlich Bedienstete 1970  
Wein, Obst und Gemüse 1970  
Investitionen 1969  
Bei Straßenverkehrsunfällen Verunglückte 1969  
Lohnsteuerpflichtige 1968

### Heft 3/März 1971

Löhne, Gehälter und Arbeitszeiten 1970  
Bauhauptgewerbe 1970  
Nutztviehhaltung 1970  
Wohnverhältnisse der über 65jährigen 1968  
Versorgungsempfänger 1968  
Mitwirkungsbereitschaft bei der EVS 1969

### Heft 4/April 1971

Landtagswahl 1971  
Industrie 1970  
Straßenverkehrsunfälle 1970  
Landwirtschaftliche Arbeitskräfte 1970  
Schlepper und Mähdrescher 1970  
Vermögensmillionäre 1969  
Wochenend- und Ferienhäuser 1968  
Wohnverhältnisse kinderreicher Familien 1968

## Themen der folgenden Hefte

Landtagswahl 1971 (Repräsentativergebnisse)  
Tierische Produktion 1970  
Landwirtschaftszählung 1971/72  
Schlacht- und Fleischschau 1970  
Struktur des Einzelhandels 1968  
Ausfuhr 1970  
Fremdenverkehr 1970  
Wohnverhältnisse junger Ehepaare 1968  
Kriegsopferfürsorge 1970



## **Industrielle Produktion I. Quartal 1971**

Im ersten Vierteljahr 1971 stieg die Produktion der Industrie nach vorläufigen Ergebnissen um 6,7% gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum, wobei sich die Zuwachsrate für die Industrie ohne Bauhauptgewerbe und Energiewirtschaft auf 5,0% stellte. Die Wachstumsraten vom ersten Vierteljahr 1970 mit 8,2% bzw. 9,7% konnten somit nicht erreicht werden. Dieses verminderte Wachstum war vor allem bedingt durch die stark abfallende Zuwachsrate bei den Investitionsgüterindustrien (hauptsächlich Maschinenbau) mit 3,4% gegenüber + 19,7% ein Jahr zuvor.

## **Weinbestände Ende 1970**

Am 31. Dezember 1970 lagerten in Rheinland-Pfalz Weinvorräte von insgesamt 10,35 Mill. hl. Sie überschritten damit erstmals die 10.-Mill.-Grenze und übertrafen das Vorjahresergebnis um reichlich 2,77 Mill. hl. Die Zunahme ist im wesentlichen auf die bisher größte Weinmosternte im vorangegangenen Herbst zurückzuführen. Von der Gesamtmenge entfielen 10,03 Mill. hl (+ 36%) auf Trinkwein und rund 324 000 hl (+ 41%) auf Verarbeitungswein. Unter den Trinkweinen hat der Weißwein inländischer Herkunft mit 8,53 Mill. hl den weitaus größten Anteil. An Jungweinen inländischer Herkunft wurden über 7 Mill. hl (+ 61%) nachgewiesen.

## **Die kommunalen Haushaltspläne 1971**

Gesamtausgaben in Höhe von über 5 Mrd. DM haben die rheinland-pfälzischen Gemeinden und Gemeindeverbände für das Jahr 1971 veranschlagt. Das entspricht einer Steigerung gegenüber 1970 einschließlich der Nachtragshaushalte von etwa 10%. Beträchtlich auf fast 1,9 Mrd. DM sollen sich die Bauausgaben, insbesondere für Schulen und Straßen, erhöhen. Daraus folgert mit 1,2 Mrd. DM eine verstärkte Inanspruchnahme des Kreditmarktes. An Bundes- und Landesmitteln werden rund 1 Mrd. DM erwartet. Die Steuereinnahmen sollen fast 1,1 Mrd. DM des kommunalen Finanzbedarfs decken und 0,9 Mrd. DM benötigen die Kommunalverwaltungen für ihr Personal. An den Steuern haben die Gewerbe- und Lohnsummensteuern mit 452 Mill. DM und die Gemeindeanteile an der Einkommensteuer mit 374 Mill. DM den größten Anteil.



## AUSZUG AUS DEN

### VERÖFFENTLICHUNGEN DES STATISTISCHEN LANDESAMTES RHEINLAND-PFALZ

#### Zusammenfassende Veröffentlichungen

Rheinland - Pfalz im Spiegel der Statistik

Statistisches Jahrbuch für Rheinland - Pfalz 1958, 1960, 1962, 1964, 1966, 1968, 1970

Statistische Monatshefte Rheinland - Pfalz Jg. 11 ff., 1958 ff.

Gemeindestatistik 1946, 1950, 1958, 1960/61

#### Bevölkerung und Erwerbstätigkeit

##### Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 1, 3, 12, 17, 114	Volkszählung 1946, 1950, 1961
" 34	Bevölkerung der Gemeinden 1815 - 1950
" 81, 91, 97, 136, 170, 193	Bevölkerungsentwicklung 1951 - '58, '59, '60, '61, '62, 1963 - '65, 1966 - '67
" 9	Natürliche Bevölkerungsbewegung 1946 - 1950
" 117	Haushalte und Familien 1961
" 28, 113	Pendelwanderung 1950, 1961
" 2, 13, 18, 115, 116	Berufszählung 1946, 1950, 1961

Statistische Berichte: 10 Reihen

#### Unterricht und Bildung, Rechtspflege

##### Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 1*, 5*, 8, 17*, 26*,	Allgemeinbildende Schulen 1947/48, 1949/50, 1950/51, 1951/52,
" 30*, 32*, 34*, 57, 99, 143	1952/53, 1953/54, 1954/55, 1955/56, 1957/58, 1961/62, 1964/65
" 6*, 23*, 29*, 31*, 40, 99,	Berufsbildende Schulen 1949/50, 1951/52, 1952/53, 1953/54, 1954/55,
" 143	1956/57, 1961/62, 1964/65

Statistische Berichte: 5 Reihen

#### Wahlen

##### Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 4, 29, 53, 94, 152, 203	Bundestagswahl 1949, 1953, 1957, 1961, 1965, 1969
" .., 11, 38, 69, 130, 171	Landtagswahl 1947, 1951, 1955, 1959, 1963, 1967
" .., 24, 46, 87, 142, 195	Kommunalwahlen 1948, 1952, 1956, 1960, 1964, 1969
" 39	Wahlen zum Landtag und Bundestag 1947 - 1955

Statistische Berichte: 4 Reihen (Mitteilungen des Landeswahlleiters)

#### Landwirtschaft

##### Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 16, 26	Landwirtschaftliche Betriebszählung 1949 und Schleppererhebung 1950
" 119, 120, 121, 141	Betriebsverhältnisse in der Land- und Forstwirtschaft im Jahre 1960
" 28*, 122	Gartenbauerhebung 1950, 1961
" 27	Struktur der Landwirtschaft 1949 - 1952
" 78	Produktions- und Absatzverhältnisse des Weinbaus 1957
" 33*, 44*, 162	Arbeitskräfte der Landwirtschaft 1953 und 1954, 1956, 1964/65
" 36, 42, 37*, 43*, 58, 70, 82, 92,	Bodennutzung und Ernte 1949 - 1953, 1954, 1955, 1956, 1957, 1958,
" 100, 129, 138, 148, 156, 169, 182, 192, 205	1959, 1960, 1961, 1962, 1963, 1964, 1965, 1966, 1967, 1968, 1969
" 75	Wein- und Gartenbau 1958
" 60	Gemüseanbau und Gemüseernte 1950 - 1957
" 18*,	Obstbaumzählung 1951
" 61, 165	Obstanbau und Obsternte 1950 - 1957, 1965
" 55, 167	Weinbau 1950 - 1957, 1964
" 45, 54, 64, 74, 83, 93, 104, 133,	Viehwirtschaft 1949 - 1955, 1956, 1957, 1958, 1959, 1960, 1961, 1962,
" 140, 149, 159, 168, 185, 196, 206	1963, 1964, 1965, 1966, 1967, 1968, 1969

Statistische Berichte: 23 Reihen

#### Industrie und Handwerk, Handel, Verkehr

##### Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 5	Industrie 1936, 1944, 1946 und 1947
" 89, 103, 132, 139, 150, 160, 175, 184, 197	Industrie 1950 - 1960, 1961, 1962, 1963, 1964, 1965, 1966, 1967, 1968
" 6	Index der industriellen Produktion 1948 - 1950

\*) Hefte der Kleinen Schriftenreihe des Statistischen Landesamtes Rheinland - Pfalz, die im Rahmen der Reihe Statistik von Rheinland - Pfalz aufgeführt wurden.



## **noch: Industrie und Handwerk, Handel, Verkehr**

Band 15, 20, 123	Arbeitsstättenzählung 1950, 1961
" 7, 62, 164	Handwerkszählung 1949, 1956, 1963
" 124	Großhandel, Handelsvermittlung und Einzelhandel 1960
" 125	Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe 1960
" 126	Gewerblicher und Werkverkehr der gewerblichen Wirtschaft 1962
" 44, 181	Verkehrsstruktur 1950 - 1955, 1956 - 1965
" 77	Gemeindestraßen 1956
" 128, 173	Straßennetz am 1. Januar 1961, 1966
" 155	Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung 1963
" 190, 198	Straßenverkehrsunfälle 1967, 1968

Statistische Berichte: 15 Reihen

## **Bau- und Wohnungswesen**

### **Statistik von Rheinland - Pfalz**

Band 14, 19, 56, 118	Wohnungszählung 1950, 1956, 1961
" 35, 51, 67, 76, 85, 98, 107	Bautätigkeit 1950 - 1952, 1953 - 1955, 1956 - 1957, 1958, 1959, 1960.
" 134, 144, 151, 161, 176, 187, 201	1961, 1962, 1963, 1964, 1965, 1966, 1967, 1968
" 158, 174, 183, 194, 200	Bauhauptgewerbe 1950 - 1965, 1966, 1967, 1968, 1969

Statistische Berichte: 6 Reihen

## **Geld und Kredit**

Statistische Berichte: 2 Reihen

## **Öffentliche Sozialleistungen**

### **Statistik von Rheinland - Pfalz**

Band 23, 43	Öffentliche Fürsorge 1949 - 1950, 1951 - 1954
" 71, 84, 90, 96, 106, 127,	Öffentliche Fürsorge und Jugendhilfe 1955 - 1957, 1958, 1959, 1960, 1961,
" 145, 153, 166, 180, 189, 199	1962, 1963, 1964, 1965, 1966, 1967, 1968

## **Öffentliche Finanzen**

**Taschenbuch der Finanz- und Steuerstatistik für Rheinland - Pfalz Jg. 1 ff., 1953 ff.**

### **Statistik von Rheinland - Pfalz**

Band 10	Steuerkraft der Finanzamtsbezirke 1936, 1947 - 1950
" 80	Steuerkraft der kreisfreien Städte und Landkreise 1958
" 102	Öffentliche Finanzen 1951 - 1960
" 25	Finanzen der Gemeinden und Gemeindeverbände 1948 (DM - Abschnitt), 1949 und 1950
" 59	Umlagen der Landkreise, der Ämter und des Bezirksverbandes 1953 - 1957
" 86	Lohn-, Einkommen- und Körperschaftsteuerstatistik 1957
" 30, 66, 135, 179	Lohnsteuerstatistik 1950, 1955, 1961, 1965
" 31, 49, 146, 188	Einkommen- und Körperschaftsteuerstatistik 1950, 1954, 1961, 1965
" 68, 79, 131, 154, 186	Vermögensteuer- und Einheitswertstatistik 1953, 1957, 1960, 1963, 1966
" 32, 41, 48, 50, 65, 72,	Umsatzsteuerstatistik 1950, 1954, 1955, 1956, 1957, 1958, 1959, 1960,
" 88, 95, 105, 137, 157, 178, 202	1961, 1962, 1964, 1966, 1968
" 101	Gewerbsteuer 1958

Statistische Berichte: 4 Reihen

## **Preise, Löhne und Gehälter**

### **Statistik von Rheinland - Pfalz**

Band 21*	Lohnstrukturerhebungen in der Landwirtschaft, im Weinbau und in der Forstwirtschaft 1949/50
" 33, 147, 207	Gehalts- und Lohnstrukturerhebungen 1951/53, 1962, 1966
" 73	Gehalts- und Lohnstrukturerhebung in Industrie und Handel 1957

Statistische Berichte: 7 Reihen

## **Sozialprodukt, Wirtschaftsrechnungen**

Band 45*, 177	Sozialprodukt 1950 - 1955, 1950 - 1966,
" 47	Einkommen und Verbrauch von privaten Haushaltungen 1950 - 1955

## **Verzeichnisse**

Ämtliches Gemeindeverzeichnis für Rheinland - Pfalz 1950, 1955, 1957, 1962, 1967  
Behördenverzeichnis für Rheinland - Pfalz 1952, 1957  
Anstalten und Heime in Rheinland - Pfalz 1950, 1951, 1952, 1960, 1963, 1966, 1969  
Messen und Märkte in Rheinland - Pfalz 1949 ff.